

LE LEATHERMAN SUPERTOOL 300 M

durchdachtes Tool speziell für militärische Zwecke

- » Spitzzange
- » Litzendrahtschneider
- » Crimpzange
- » Ahle mit Öhr
- » Holz-/Metallfeile
- » Paketöffner
- » Nagelzieher

- » Normale Zange
- » 420HC-Wellenschliffmesser
- » 420HC-Messer
- » Lineal (9 Zoll / 22 cm)
- » Bithalter
- » Brecheisen

- » Auswechselbarer Drahtschneider
- » Auswechselbarer Hartdrahtschneider
- » Putzstock/Bürstenadapter
- » Dosenöffner
- » Kleiner Schraubendreher
- » Carbonschaber

EXKLUSIV BEI asmc.de



Titel: Illustration: V/C3 Visual Jab. Editorial: V/C3 Visu



Europa, wir müssen reden!

Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union hat mit Großbritannien ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen, vielerorts sind nationalistische Strömungen auf dem Vormarsch, politische Grundsatzfragen, beispielsweise in der gemeinsamen Flüchtlingspolitik, bleiben ungelöst. Darüber hinaus steht die EU immer wieder in der Kritik dafür, dass sie uns bevormundet, zu bürokratisch ist oder zu schlecht auf Krisen reagiert wie jüngst beim Corona-Virus. Inwieweit ist diese Kritik berechtigt? Und hat die EU nicht auch viele positive Seiten?

Fakt ist: Die Europäische Union ermöglicht es uns, sicher und in Frieden zu leben. Sie gibt den Europäerinnen und Europäerin in weltpolitischen Fragen eine Stimme. Die EU garantiert uns freiheitlich-demokratische Werte und setzt viel daran, dass Menschen nicht nur bei uns, sondern weltweit in Freiheit leben können. Die EU sichert außerdem unseren Wohlstand: Ihr Binnenmarkt ist der größte einheitliche Wirtschaftsraum der Welt und bringt uns enorme Vorteile. Er setzt auch über Europa hinaus Standards und garantiert soziale Rechte.

Europa ist unsere Heimat. Wie wir sie gestalten, hängt von uns allen ab. Zeit, sich damit auseinanderzusetzen. Viel Spaß beim Lesen!

> **Sylvia Börner** Chefin vom Dienst





Inhalt

Maria S. 3 Intro Geschichte Wie wir wurden, wer wir sind. S. 6 Statistik Die EU in Zahlen. S. 14 Kapitel 1 — Frieden Im Bild Gemeinsam lässt sich mehr erreichen. S. 22 GASP/GSVP Die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. S. 31 Atalanta Wie ein operatives Hauptquartier der EU funktioniert. S. 40 Emanzipation Die EU entwickelt verteidigungspolitische Interessen ergänzend zur NATO. S. 44 Europa In Uneinigkeit geeint. S. 48 **EU-Ratspräsidentschaft Welche** Ziele Deutschland verfolgt. S. 53 Kapitel 2 — Freiheit Im Bild Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. 5.58 Grundrechte Diese Rechte und Freiheiten sichert die EU ihren Bürgern zu. S. 67 Grenzen So arbeitet die Grenzagentur Frontex. S. 72

Bedrohungen Rechtsruck, Terror und der Brexit. S. 80 Europol So arbeitet die Polizei grenzüberschreitend zusammen. S. 86 Datemschutz Wie die EU die Daten ihrer Bürger schützt. S. 92 Migration Kein Land in Sicht bei der Flüchtlingsfrage. S. 94 Demokratie Ist die EU demokratisch genug? S. 98 Kapitel 3 — Wohlstand Im Bild Die Grenzen von einst sind (fast) verschwunden. S. 100 Binnenmarkt Je offener der Markt, desto höher sind die Chancen auf Gewinn. S. 108 Bürokratie Legt die EU fest, wie krumm eine Gurke sein darf? S. 110 Sozial politik Was die EU mit dem Glück des Einzelnen zu tun hat. S. 117 Owwo Soldaten Die europäische Idee und die Dienenden. S. 122 1/2010 S. 126

wie jene des Make-

e Große Denker wurden immer wieder als Gefahr angesehen, Sokrates (M.) sogar zum Tode verurteilt. Astronomie, Mathematik und Medizin das Wissen im

GENSCHAFTEN **BIS HEUTE**

Die Philosophen Sokrates und Platon der Dichter Sophokles, der Mathematiker Archimedes, der Anwalt Cicero und viele andere griechische und römische Denker der Antike (8. Jahrhundert v. Chr. bis 6. Jahrhundert n. Chr.) beeinflussen bis heute unser Leben. Wie wir uns die Welt erklären, rechnen, Recht sprechen, Häuser bauen oder einfach spannende Geschichten erzählen, hat seinen Ursprung dort. Doch auch andere Kulturen beeinflussten Europa wesentlich. Unsere Ziffern stammen zum Beispiel aus dem indischen Raum Erst sie ermöglichten die höhere Mathe-

europäischen Mittelalter nachhaltig.

Schon die alten Griechen kannten die Demokratie. Der Begriff bedeutet soviel wie "Herrschaft des Staatsvolkes". Mit Volk war damals aber, anders als heute, nicht jeder gemeint. Nur sehr wenige Bürger durften mitentscheiden. So konnten in den damaligen Stadtstaaten wie Athen zumeist nur freie Männer an Volksversammlungen teilnehmen. Auch im



Spezial 4/2020

ähnliche Auffassung von Demokratie, bis die Idee im Mittelalter fast in Vergessenheit geriet. Erst mit der Entstehung des ersten modernen Parlaments in England im späten 17. Jahrhundert sowie der Amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung und der Französischen Revolution im 18. Jahrhundert erfuhr die Demokratie eine Renaissance. Mittlerweile ist sie die weitverbreitetste Herrschaftsform und bezieht große Teile der Bevölkerung mit ein.

KRIEGE

Die Antike war auch ein Zeitalter zahlreicher brutaler Konflikte. So gab es Eroberungsfeldzüge sam vergrößerte. Selbst Ägypten, Persien und Indien erreichte er mit seinen Gefolgsleuten. Daneben bekriegten sich Großmächte häufig genug um Territorien und Handelswege, so wie das Römische Reich und Karthago in den drei Punischen Kriegen (zwischen 264 bis 146 v. Chr.). Manchmal waren es aber auch nur Stämme jenseits der Grenze, die eine Großmacht herausforderten (siehe Völkerwanderung unten). Nicht selten mündeten zudem innenpolitische Querelen in Schlachten. Der römische Kaiser beispielsweise saß häufig nicht allzu fest in seinem Sattel

Punische Kriege

Heerführer Hannibal (oben Mitte) überquert mit seiner karthagischen Truppen und Elefanten die Alpen.



doniers Alexander des Großen, der von 334 bis 324 v. Chr. sein Reich gewalt-**DER AUFSTIEG** CHRISTENTUMS Die ersten christlichen Gemeinden, die im ersten bis dritten Jahrhundert entstanden, wurden oftmals als Minderheit unterdrückt und sogar verfolgt. Damit war in weiten Teilen Europas und darüber hinaus ab dem Jahr 313 Schluss. Der römische Kaiser Kons-

tantin I. garantierte nämlich ab diesem

Jahr in seinem Reich die Religionsfreiheit, später privilegierte er das Christentum sogar. Von den zu der Zeit in Europa praktizierten heidnischen Kulten unterschied sich die Religion vor allem durch die Anerkennung nur eines Gottes. Schnell entwickelten sich das Christentum und seine verschie-

denen Strömungen

zu einer weltlichen

Macht. So gab es im Mittelalter für die europäischen Herrscher keinen Weg vorbei an der römisch-katholischen Kirche und deren Oberhaupt. dem Papst. Dieser agierte als moralische Instanz, krönte Herrscher, gab Geld für Kriege und verfolgte eigene politische Ziele. Auch wenn der Vatikan zwischenzeitlich immer wieder zum Spielball mächtiger Herrscher wurde, in Intrigen versank oder Gläubige in Massen verlor, erholte sich die römisch-katholische Kirche stets. Bis heute wird der Papst von Anhängern und Politikern konsultiert, bis heute ist die römisch-katholische Kirche mit 1,3 Milliarden Anhängern die größte Kirche innerhalb des Christentums. Die Christen sind nach wie vor (2,3 Milliarden)

die größte Religions-

gemeinschaft der

Welt vor dem Islam

(1,8 Milliarden).

WIR SIND

Krisen, Erfindungen,

Kriege und Entdeckungen

prägen Europa seit jeher.

Dabei schlugen die Er-

eignisse Wellen bis weit

hinein in andere Teile der

Kontinente beeinflussten

Welt. Kulturen anderer

wiederum den Verlauf

Geschichte, Anhand

Ereignisse der ver-

lässt sich der Weg

nachzeichnen.

TEXT Jörg Fleischer Florian Stöhr &

Michael Schulz

einer Auswahl wichtiger

gangenen 2.700 Jahre

der europäischen



die Demokratie

Y-Das Magazin der Bundeswehr

Y - Das Magazin der Bundeswehr

matik. Auch

die muslimi-

schen Gelehrten

prägten mit ihren

A<u>B</u> 375/376

Was die Hunnen dazu bewegte, die Steppen in Asien zu verlassen, ist bis heute nicht geklärt. Doch das einfallende Reitervolk versetzte viele germanische Stämme, die nördlich des Römischen Reiches siedelten, in Angst und Schrecken. Die Stämme darunter Goten, Vandalen, Burgunden, Franken und Sachsen, waren daher gezwungen, die Grenzen des Reiches zu übertreten. Ihre Hoffnung: sich ein neues Siedlungsgebiet zu erkämpfen oder vom Kaiser zugewiesen bekommen. Die Trosse bestanden aus Tausenden oder sogar Zehntausenden Menschen, die all ihr Hab und Gut mitschleppten. Sie

Vielmehr wuchsen die Trosse im Laufe der Zeit an, da sich ihnen Krieger anderer Stämme ebenso wie Sklaven und römische Bürger anschlossen. Auch der Begriff Wanderung ist unpassend, da die Trosse kreuz und quer durchs Reich zogen, plünderten und töteten und selbst immer wieder angegriffen wurden. Der westliche Teil des Römischen Reiches, der bereits zuvor in zahlreiche, auch innere Konflikte verwickelt war, war mit den einfallenden Gruppen überfordert, die selbst vor Rom nicht Halt machten. Gut 100 Jahre nach dem Beginn der Völkerwanderung war das weströmische Imperium am Ende und seine Strukturen zerfielen. Auf dem Boden des Reiches entstanden germanisch-romanische Nachfolgereiche,

bildeten jedoch nicht

wirklich ein Volk.



sche Mittelalter prägen sollten. Das Oströmische Reich hingegen existier-



KARL DER

Als Papst Leo III. am ersten Weihnachtstag des Jahres 800 Karl den Großen krönt, hat Westeuropa erstmals nach vielen Jahrhunderten wieder einen Kaiser. Zu Geltung gelangte der Herrscher des Frankenreichs zuvor durch eine Reihe von Feldzügen, durch die er das Langobardenreich in Italien unterwarf oder mit denen er für das Christentum missionierte. Unter Karl dem Großen stieg das Frankenreich neben dem Oströmischen Reich zur Großmacht auf. Zentrum des Imperiums von

Y - Das Magazin der Bundeswehr

Kriege des Mittelalters

Der Holzschnitt zeigt den Franken Karl Martell im

Kampf gegen die Mauren

in der Schlacht von Tours

und Poitiers (732)

die das europäite noch bis 1453.



KRIEGE PRÄGEN DAS

Karl dem Großen

wurde Aachen.

herausragende

Stellung ein, da

er als idealer

Kaiser galt.

Unter den Herr-

schern des Mittel-

alters nahm er eine

Kriegerische Auseinandersetzungen waren im Mittelalter üblich um außen-wie innenpolitische Konflikte auszutragen, Gebietsansprüche durchzusetzen, Handelswege unter Kontrolle zu bringen oder eine Religion zu verbreiten. Die Schlacht auf dem Lechfeld am 10. August 955 markierte zum Beispiel das Ende der seit 899 andauernden Ungarneinfälle. Für den König des Ostfrankenreichs Otto den Großen, war das nicht nur ein militärischer Triumph, er brachte auch Kritiker in den eigenen Reihen zum Schweigen

4/2020 Spezia

seine Macht und die seiner Dynastie. Manche Herrscher waren gleich an zig Feldzügen beteiligt: Kaiser Friedrich I. Barbarossa unternahm im 12. Jahrhundert allein in Italien sechs davon.

und sicherte somit

Das Heilige Land mit seinen jüdischen, muslimischen und christlichen Heiligtümern sorgt seit vielen Jahrhunderten für gewaltsame Konflikte zwischen den Religionen. Es umfasst ein Gebiet, das in etwa den modernen Staat Israel, die palästinensischen Gebiete sowie Teile Jordaniens.

Syriens einschließt. Zwischen 1095 und Ende des 13. Jahrhunderts war diese Region Schauplatz der Kreuzzüge einer Reihe von Religionskriegen, die von der lateinischen Kirche (zur römisch-katholischen Kirche gehörend) initiiert, unterstützt und teilweise auch geführt wurden. Ziel der Kirche war es, das Heilige Land der muslimischen Herrschaft zu entreißen. Den Teilnehmern der Kreuzzüge wurde Vergebung ihrer Sünden versprochen. Die Kämpfe kosteten Tausenden Christen und Muslimen das Leben. Mit den Kreuzzügen, mit denen auch wirtschaftliche Interessen verbunden waren, gelang es nicht, eine langfristige christliche Vormachtstellung in der Region zu etablieren. Nach einer letzten Niederlage im Jahr 1291 endete die Zeit der Kreuzzüge.

Mit seiner Erfindung veränderte der Mainzer Johannes Gutenberg die Weltgeschichte. Mussten Bücher zuvor aufwendig handschriftlich kopiert werden, konnten sie mit Gutenbergs Presse einfach gedruckt werden. Das Buch

war damit das erste Massenprodukt der Welt. Wesentlich mehr Menschen bekamen nun Zugang zu Wissen. Auch konnten Dank des Buchdrucks zum Beispiel Kirchenreformatoren wie Martin Luther oder Humanisten ihre Werke unters Volk bringen. Die Einführung des Buchdrucks entfaltete also eine große ge-

> **Im Namen Gottes** Christen und Musnier in der Schlacht

sellschaftliche Um-

wälzung in Europa

und darüber hinaus.



Gutenberg-Bibel

Das erste gedruckte Buch der westlichen Welt war eine lateinische Bibel.

OSMANEN

Bei den Wiener Türkenbelagerungen kam es erneut zum Kräftemessen zwischen muslimischer und christlicher Welt - anders als bei den Kreuzzügen aber mit vertauschten Rollen. Wien



Tor zu Europa Türkische Soldaten mit einem Kriegsgefangenen während der zweiten Belagerung Wiens

hatte eine enorme Bedeutung sowohl für die angreifenden muslimischen Osmanen als auch für die verteidigende christliche Allianz. Die Stadt galt aufgrund ihrer Lage zwischen Alpen und Karpaten als christlicher Vorposten, die Osmanen sahen sie als "Tor nach Westeuropa". Zudem lag Wien am

ime bekämpften sich m Heiligen Land - wie bei Hattin (1187).

<mark>1618</mark> Moderne Staatenwelt

Vatikan traten an.

Im Mai 1618 stürmten protestantische Adlige die Burg des katholischen böhmischen Königs und warfen seine Statthalter in den Graben. Der Zweite Prager Fenstersturz löste einen langwierigen und blutigen Krieg in Europa aus. 30 Jahre kämpften wechselnde Koalitionen um Konfession Territorien und die Vorherrschaft im

Reich. Am Ende war Mitteleuropa verwüstet. Der Westfälische Frieden 1648 brachte eine neue Ordnung: das Zeitalter des Absolutismus. An der Spitze der Staaten standen nun Monarchen, die die territoriale Souveränität und das Gewaltmonopol für sich reklamierten. Kleine Heere lösten das Söldnerwesen ab und begrenzten die Gewalt.

Heiligen Römischen

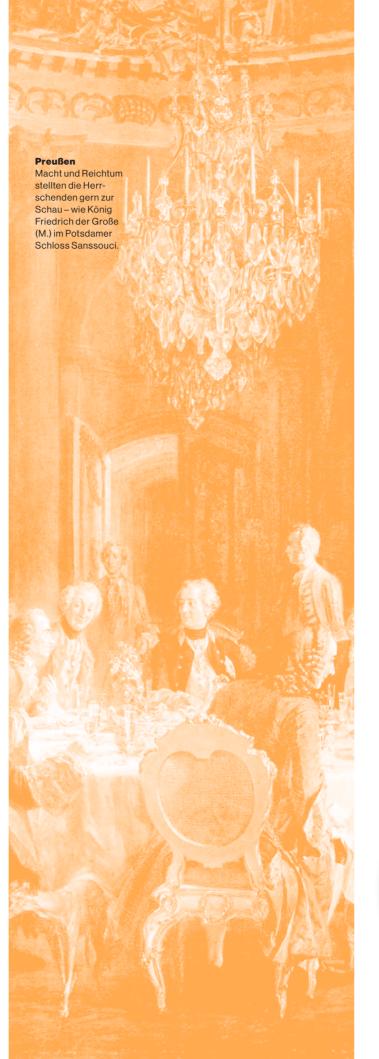
1740 AUFSTIEG Preussens

Preußens Weg zur europäischen Großmacht ist eng verbunden mit Friedrich dem Großen. 1740 wurde er König in Preußen und Markgraf von

Brandenburg. Mit dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763) etablierte sich Preußen im europäischen Mächtekonzert. Danach setzte sich Preußens Aufstieg fort - auch mit einer Reihe von Kriegen. Der gewonnene Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 verlieh Preußen so viel Macht, dass es das Deutsche Kaiserreich gründen konnte. Jetzt strebte Preußen die Vorherrschaft in Europa sowie Weltruhm an.

Dreißigjähriger Krieg
In der Schlacht bei Lützen
trat ein protestantisches,
überwiegend schwedisches Heer gegen vor allem
katholische kaiserliche
Truppen an.





<mark>1/89</mark> Revolutionäre Gedanken

1789 lehnten sich Frankreichs Bürger gewaltsam gegen die Herrschaft des Königs und des Adels unter dem Motto "Freiheit, Gleichheit. Brüderlichkeit auf. Die daraus entstehende Französische Revolution hat unser Verständnis von Nationalstaaten stark geprägt. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte sind Meilensteine für die Demokratisierung Europas. Staatsoberhaupt Napoleon Bonaparte trug die Revolution mit Gewalt in die Welthinaus (1799 bis 1815). Dabei zog er mit Frankreichs Volksarmee durch Europa und besetzte große Teile des Kontinents. Napoleon führte die Republik Frankreich diktato-

chien um Preußen. Österreich und Russland gelang es schließlich, ihn gemeinsam zurückzuschlagen. Der Funke der Französischen Revolution sprang dennoch auf andere Länder über. Vielerorts entwickelten sich in Europa Bürgerbewegungen, die für demokratische Rechte kämpften. Diese Bewegungen wurden mitunter von den Herrschenden blutig niedergeschlagen, so wie die Märzrevolution 1848/49 im Deutschen Bund von preußischen und österreichischen Truppen. In der Folge mussten in vielen europäischen Ländern die Machthaber dennoch

risch. Den Monar-

dem Bürgertum Zugeständnisse machen.

Kokarde
Wer ein solches
kreisförmiges
Abzeichen trug,
stand auf der Seite
der Französischen

1914-1918 Erster Weitkrieg

Der Erste Weltkrieg begann als Staatenkonflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien. Das Deutsche Reich trug entscheidend dazu bei, dass daraus ein europäischer Krieg wurde, der auch im Nahen Osten, Afrika und Ostasien



ausgetragen wurde. Technologische Entwicklungen wie das Maschinengewehr, Fliegerbomben und Giftgas führten zu ungekannten Materialschlachten und Opferzahlen auch unter den Zivilisten. In Europa entwickelte sich ein verlustreicher Stellungs-und Grabenkrieg ohne relevante Geländegewinne. Der Kriegseintritt der USA 1917 und innerpolitische Aufrühre kippten die Pattsituation: Die Achsenmächte um das Deutsche Reich brachen zusammen.

Lernen Sie Menschen zu helfen.

Sie möchten einen Gesundheitsoder Sozialberuf mit besten Jobchancen erlernen? Wir haben mit Sicherheit das passende Ausbildungsprogramm für Sie deutschlandweit.

Ausbildungen

- Ergotherapie
- Logopädie
- Physiotherapie
- Arbeitserziehung

Studium www.ib-hochschule.de

Aktuelle Infoveranstaltungen unter www.ib-med-akademie.de

39 Jahre Bildungserfahrung 61 Schulen an 24 Standorten

+Studium

Informieren Sie sich jetzt über das ausbildungsbegleitende Studienangebot der IB Hochschule für Gesundheit und Soziales

IB Medizinische Akademie

Hauptstätter Str. 119 - 121 70178 Stuttgart • 0711 6454-530 info@ib-med-akademie.de www.ib-med-akademie.de

EPUBLISH

1939-45

Europa kam nach dem Ersten Weltkrieg nicht zur Ruhe. Mit Faschismus und Nationalsozialismus breiteten sich neue Bewegungen aus. In Italien, Deutschland und Spanien kamen Diktatoren an die Macht. Sie unterdrückten Andersdenkende gewaltsam und verfolgten eine aggressive Außenpolitik. Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 lösten die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler den Zweiten Weltkrieg aus. In kurzer Zeit stand nicht nur Europa, sondern die ganze

Holocaust Juden aus dem Warschauer Ghetto werden 1943 in Konzentrationslager deportiert

Welt in Flammen.





Der italienische Machthaber Benito Mussolini trifft Adolf Hitler 1940 in München.

Waffe ein, deren

Zerstörungskraft

alles Bisherige in

den Schatten stellte.

über Hiroshima und Nagasaki im August

Nach dem Abwurf

von Atombomben

1945 kapitulierte

auch das Japani-

sche Kaiserreich

vor den Alliierten.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs war Die Nazis propagierder Beginn einer ten einen "totalen neuen internationa-Krieg" und verübten Kriegsverbrechen len Zeitrechnung. und Massenmorde. Vertreter von 51 So wurden mehr Staaten unterzeichals sechs Millionen neten im Juni 1945 Juden systematisch die Charta der Vereinten Nationen, um ermordet. Insgeden Weltfrieden und samt starben im die internationale Zweiten Weltkrieg rund 70 Millionen Menschen. Nach der Kapitulation von Nazi-Deutschland wurde der Krieg schließlich in Asier beendet. Die USA setzten eine neue



Sicherheit zu wah-

ren. Die Charta legt fest, dass die Staaten die Souveränität der anderen achten und Streitigkeiten friedlich schlichten. Heute gehören 193 Länder der UN und ihren Strukturen an. Auch in Europa wurden erste Verträge geschlossen und gemeinsame Organisationen gegründet. Ausgleich und Zusammenarbeit statt Konfrontation das europäische

Im Schatten der

Vereinten Nationen

entwickelte sich ein neuer globaler Konflikt: der Kalte Krieg zwischen den Alliierten des Zweiten Weltkriegs. Der Westen unter Führung der USA und der von der Sowjetunion dominierte Ostblock stritten um internationalen Einfluss. Mittendrin: Europa und das geteilte Deutschland. Hochgerüstet mit Atomwaffen standen sich die Militär bündnisse NATO und Warschauer

Pakt gegenüber.

"Heiß" wurde der

Kalte Krieg nie, doch

gab es viele Stellver-

treterkriege wie in

Korea, Vietnam und

Dritte Welt, die sich

gegen ihre Kolonia-

lisierung auflehnte,

wurde zum Spielball

und Kommunismus

von Kapitalismus

1991 zerfielen die

Sowjetunion und

Afghanistan. Die

Belgien, die Niederlande und Luxemburg die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Mit den Römischen Verträgen von 1957 trat dann die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) in Kraft. Es folgten viele weitere Schritte, um Europa zu einen und politisch zu integrieren. Seit 1992 gibt es die Europäische Union. Ihre Mitglieder arbeiten in Wirtschaft und Währungspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Bereich Inneres und Justiz eng zusammen. Das europäische Projekt

der Warschauer Pakt. Bereits im Jahr zuvor feierte Deutschland die Wiedervereinigung. Einige frühere Ostblockstaaten haben sich inzwischen der NATO angeschlossen.

1951 gründeten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, hat immer wieder Rückschläge und Fortschritte erlebt:





Kooperation

Unterschriftenseite der Römischen Verträge aus dem März 1957.

Zwar gehören mittlerweile 27 Staaten der EU an, doch ist mit Großbritannien gerade erstmals ein Mitgliedstaat ausgetreten.

Die Welt blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein gefährlicher Ort. Seit ihrer Gründung haben die Vereinten Nationen mehr als 70 Missionen durchgeführt und viele weitere im Sicherheitsrat mandatiert, um Konflikte zu entschärfen und Frieden zu fördern. Auch in Europa wird weiter gekämpft: Jugoslawien zerfiel in einer Reihe von Kriegen zwischen 1991 und 2001 Russland annektierte 2014 die Krim und ist in den bis heute andauernden Konflikt in der Ostukraine verwickelt. Die NATO stärkt deswegen wieder ihre Abschreckungsfähigkeiten.

Berliner Mauer Der 19-jährige ostdeutsche Polizist Conrad Schumann flüchtet mit einem Sprung über

Stacheldraht in den Westen



KRIEG GEGEN **DEN TERROR**

Die Bilder von den

Anschlägen in New York und Washington gingen um die Welt. Seit dem 11. September 2001 steht der islamistische Terrorismus ganz oben auf der Bedrohungsliste des Westens. Ein globales Bündnis unter Führung der USA hat al-Qaida darauf den Krieg erklärt. Die Bundeswehr beteiligte sich am Kampf in Afghanistan und am Horn von Afrika. Doch es folgten weitere Anschläge, auch in Europa wie zum Beispiel 2004 in Madrid und 2005 in London. Heute richtet sich das Augenmerk auf den "Islamischen Staat", der zwischenzeitlich große

Teile Iraks und Syriens beherrschte. Der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz 2016 machte deutlich. dass auch Deutschland im Fadenkreuz islamistischer Terroristen steht

KAMPF GEGEN CORONA

Im chinesischen Wuhan bricht eine Pandemie aus, die die Welt seitdem in Atem hält. Die Ausbreitung des Corona-Virus zwingt die Welt zur Zusammenarbeit. Viele europäische Staaten setzten zunächst auf nationale Antworten, haben sich aber mittlerweile auf Kooperation besonnen. Gemeinsam suchen sie mit internationalen Partnern nach einem Impfstoff.



Friedensprojekt nahm Fahrt auf.

12 Spezial 4/2020 Y - Das Magazin der Bundeswehr 4/2020 Spezial

Geschlechterverteilung 2020



eine Frau

Fruchtbarkeitsrate 2018 (ohne Großbritannien)

Anteil der Erwerbstätigen 2019 (20 bis 64 Jahre alt) Männer

Formen der Erwerbstätigkeit 2017 in Millionen Selbstständige

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst Die Werte beziehen sich auf Vollzeitbeschäftigte. Von allen EU-Ländern (noch inklusive

Großb<mark>ritann</mark>ie<mark>n) bele</mark>gt<mark>e Dän</mark>emark den erste</mark>n und Bulgarien den letzten Platz. Deutschland kam auf Platz 7. Die aktuellste Erhebung von Eurostat stammt aus dem Jahr 2014.

Dänemark 4.6	
Bulgarien 436€	
EU-Durchschnitt 2.610 €	
Deutschland 3.380 €	

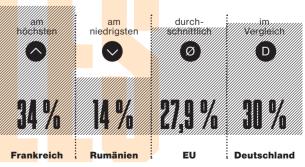


Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen 2018

im privaten Sektor (Industrie, Baugewerbe und Dienstleistungen)

Arbeitslosenquote 2019 In der EU variiert die Anzahl der Arbeitslosen je nach Land stark. durch-schnittlich höchsten niedrigsten Vergleich Ø (D) Griechenland Tschechien Deutschland

Ausgaben für Sozialschutz 2017 nach Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Dazu zählen unter anderem Leistunge<mark>n für d</mark>ie Ges<mark>undhe</mark>it<mark>svers</mark>orgung sowie für Familien.

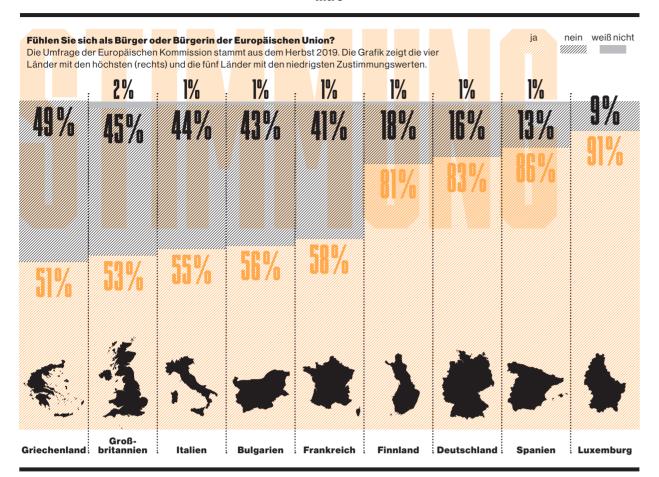


ZYPERN

BELGIEN

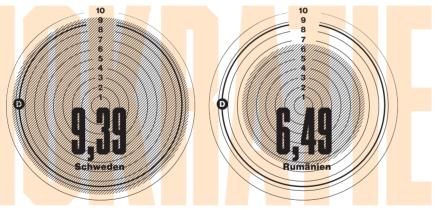
LETTLAND

FRANKREICH



Demokratieindex

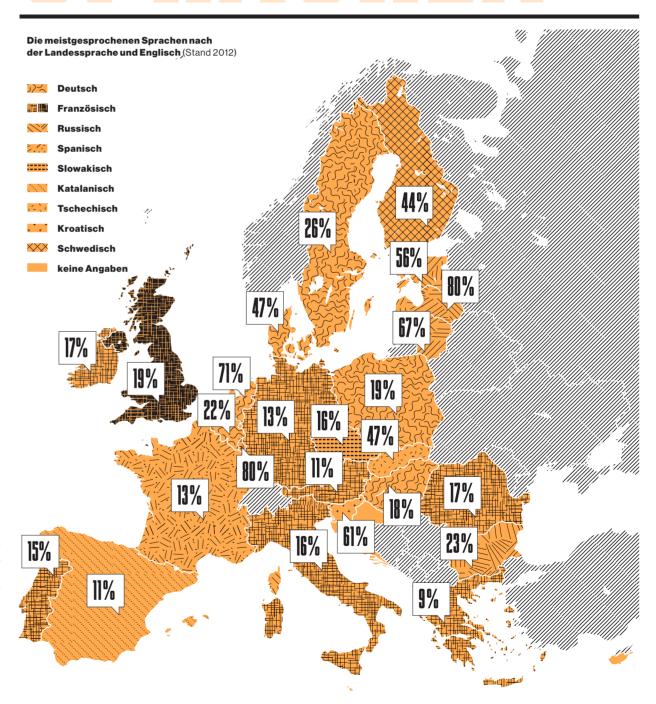
Die Zeitschrift "The Economist" berechnet jährlich anhand verschiedener Parameter den Grad der Demokratie in 167 Ländern. 2019 war Norwegen mit 9,87 von 10 Punkten das demokratischste Land der Welt, Nordkorea wurde mit 1,08 Punkten Letzter. Bester EU-Mitgliedstaat war Schweden mit Platz 3, schlechtester Rumänien mit Platz 63. Deutschland lag auf Platz 13 mit 8,68 Punkten.



Religionszugehörigkeit Die Gruppe der Nichtgläubigen ist fast halb so groß wie die der Christen. Muslime kommen als Zugehörige der zweitgrößten Religion auf drei Prozent. Die Zahlen stammen aus einer Studie der Universität Luzern und beziehen sich auf den Zeitraum 2006 bis 2015. Christen Chr

Die meistgesprochenen Sprachen
Englisch wird in der EU mit Abstand am meisten gesprochen: Mehr als ein
Drittel aller Bürgerinnen und Bürger beherrscht die Sprache. Erst mit
großem Abstand folgen andere Sprachen wie Französisch und Deutsch.

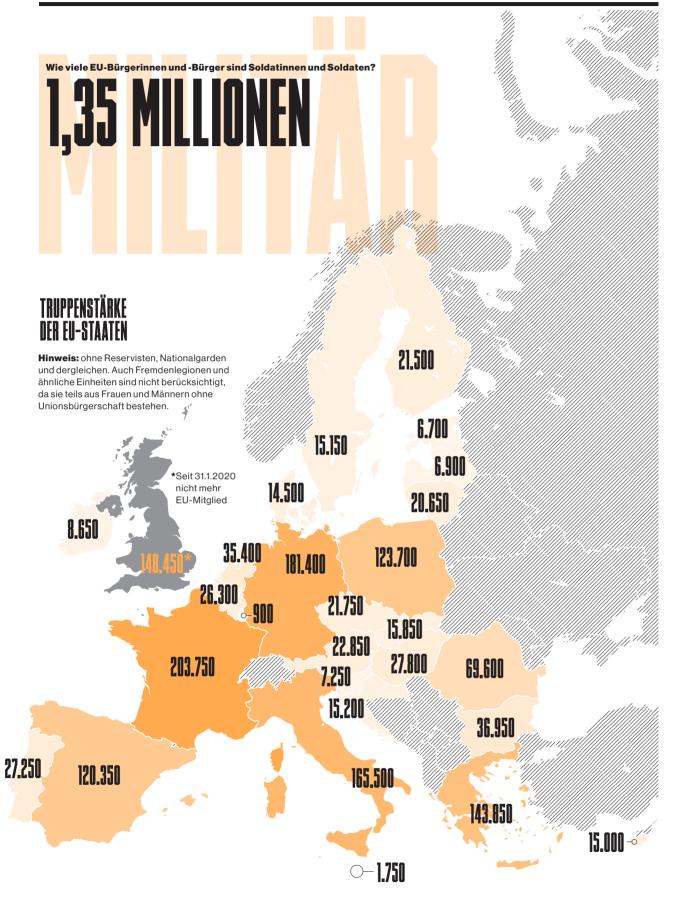
Französisch
120/
110/
7%
5%



16 Y- Das Magazin der Bundeswehr

4/2020 Spezial

Intro



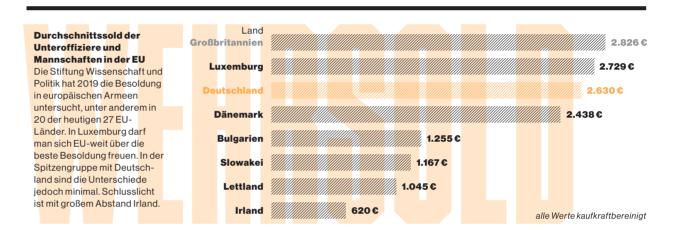
Quellen S. 18-19. IISS Military Balance 2020; Finabel - European Army Interoperability
Centre - Conscription in the European Union Armed Forces: National Trends, Benefits and EL
Modernised Service (2019); SWP - Vergleich der Besoldung europäischer Streitkräfte (2019)

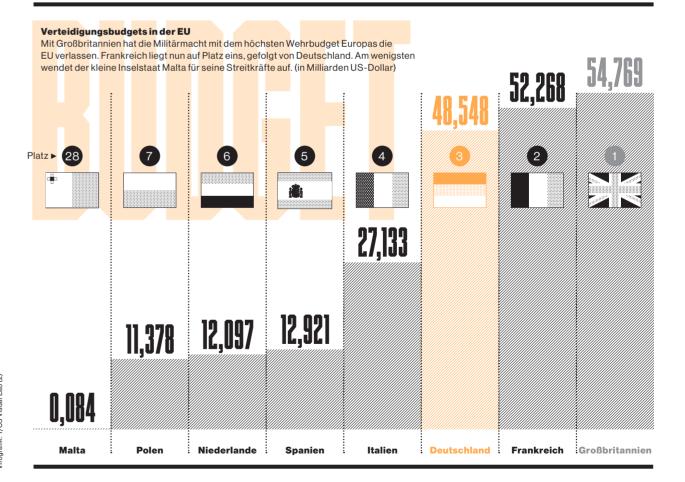
EU-Staaten mit Wehrpflicht Die jüngste Wehrpflicht in der EU gilt in Schweden. Erst 2010 abgeschafft, wurde sie sieben Jahre später wieder eingeführt.

Sie gilt für Männer wie für Frauen.

ÖSTERREICH GRIECHENLAND ZYPERN

DÄNEMARK ESTLAND Schweden finnland Litauen





18 Y – Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Y – Das Magazin der Bundeswehr 19

Intro

Land	schwere Kampfpanzer	Artillerie-Systeme	Hauptkampf- flugzeuge	Hauptkampf- schiffe
				* darunter ein Flugzeugträger ** darunter zwei Flugzeugträger
Belgien	0	60	15	2
Bulgarien	90	176	keine Angaben	4
Dänemark (**)	44	32	44	3
Deutschland	245	252	228	15
Estland	0	165	0	0
Finnland	100	699	62	0
Frankreich	222	265	358	23*
Griechenland	1.228	3.609	230	13
Großbritannien	yy yy yuy llan llan lh	Yu myuy	Wille Win	
Irland	0	131	0	0
Italien	200	908	143	19**
Kroatien	75	167	11	0
Lettland	3	123	0	0

Land	schwere Kampfpanzer	Artillerie-Systeme	Hauptkampf- flugzeuge	Hauptkampf- schiffe
Litauen	0	91	0	0
Luxemburg	0	6	0	0
Malta	0	keine Angaben	0	0
Niederlande	0	119	70	6
Österreich	56	114	27	0
Polen	606	836	95	2
Portugal	37	320	30	5
Rumänien	400	1.118	36	3
Schweden	120	309	96	0
Slowakei	30	49	11	0
Slowenien	14	68	0	0
Spanien	327	1.560	184	11
Tschechien	30	96	14	0
Ungarn	44	31	14	0
Zypern	134	434	0	0

Entsendung von Streitkräften: Einfluss der Parlamente in der EU

Nationale Parlamente haben unterschiedliche Instrumente zur Hand, mit denen sie bei Militäreinsätzen mitentscheiden können. Allerdings gibt es Unterschiede in Bezug auf den Grad ihrer Mitbestimmungsrechte und die rechtliche Verpflichtung der Regierung, der Entscheidung des Parlaments zu folgen. Parlamentarische Zustimmung zu Auslandseinsätzen ist in 17 Ländern notwendig:

DEUTSCHLAND ÖSTERREICH SPANIEN LETTLAND RUMÄNIEN TSCHECHIEN SCHWEDEN

Spezial 4/2020

In neun Ländern gibt das Parlament nicht nur die Zustimmung zu einem Einsatz, bevor Truppen entsendet werden. Diese Parlamente können außerdem selbst die Entscheidung treffen, Truppen in Auslandseinsätze zu entsenden. Hier herrscht also ein starkes Mitbestimmungsrecht:

4/2020 Spezial

• DÄNEMARK	FINNLAND	KROATIEN
<u> </u>	BLAND	LITAUEN
• ESTLAND	TALIEN 14	• SLOWAKEI

Frieden

Gemeinsam mehr the contraction of the contraction o

Europa ist stark, wenn wir zusammenhalten.

Ein Schwarm Fische ist stärker als ein Fisch allein, große Bauwerke zieht niemand im Alleingang hoch. Menschen organisieren sich schon immer in sozialen Verbänden, um sich gegenseitig zu unterstützen. Wenn wir in Europa zusammenhalten, können wir uns gemeinsam für mehr Frieden, mehr Demokratie und mehr Freiheit einsetzen.

TEXT Sebastian Blum & Michael Schulz

Keine Einzelgänger

Zusammenhalt ist überlebenswichtig. Das gilt nicht nur im Tierreich.

Der Atlantische Hering ist Im Verhältnis zur Größe des Ozeans eine vergleichsweise kleine Nummer. Mit seinen durchschnittlich 20 Zentimetern Länge und kaum vorhandenen Abwehrmöglichkeiten würde er es allein nicht weit bringen. In Schwärmen, die Ausmaße bis zu fast fünf Kubikkilometer erreichen, ist er größer als jedes andere Lebewesen. Seine Überlebenswahrscheinlichkeit steigt und souverän auftritt.

drastisch - und im Verbund kann er sogar andere Fische jagen. Forscher haben außerdem herausgefunden, dass ein Schwarm klügere Entscheidungen trifft als ein Fisch allein. Auch wir können von unseren Nachbarn lernen, uns gegenseitig unterstützen und mit ihnen gemeinsam ein starkes Europa bilden, das auf der Weltbühne selbstbewusst

23









0.

morgen

nnd

eit

ant

heute

Weitere Informationen unter

Interessiert









Bundeswehrfachschulen



Ihr kompetenter Partner für Ihre zivilberufliche Karriere bundesweit an zehn Standorten

Wir bieten Ihnen schulische Qualifikationen

- Auffrischungslehrgänge
- Mittlere Reife
- Fachhochschulreife in den Fachrichtungen Sozialpädagogik, Technik oder Wirtschaft
- Studienvorbereitungskurse

und berufliche Abschlüsse

- · Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement
- Staatlich anerkannte/r Erzieherin/Erzieher



www.bildungszentrum.bundeswehr.de

77

BundeswehrWir. Dienen. Deutschland.



Themen: Geschichte der GASP S. 31 • Aufgabenteilung in der GASP S. 32 • Ziele und Handlungsprinzipien S. 33 Die GSVP S. 34 • EU-Missionen und • Operationen S. 36 • Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit S. 38

Außen-, Sicherheitsund Verteidigungspolitik

Eine Stimme auf der Weltbühne

TEXT Sylvia Börner

- Die GASP ermöglicht Europa, die Welt mitzugestalten.
- Die GSVP gewährleistet Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit.



Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas ist wichtig, um eine aktive Rolle in der Gestaltung des eigenen Kontinents zu übernehmen und damit Sicherheit und Wohlstand seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das erkannten die Staaten der früheren Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereits in den 1970er-Jahren. Doch erst der Vertrag von Maastricht im Jahr 1992 über die Gründung der Europäischen Union schuf die institutionellen Voraussetzungen für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und formulierte auch den Anspruch einer Gemeinsamen Sicherheitsund Verteidigungspolitik (GSVP). 1997 folgte im Vertrag von Amsterdam die Einrichtung des Amts des Hohen Vertreters der EU für die GASP. 1999 beschloss der EU-Rat



Der Spanier Josep Borrell ist seit 1. Dezember 2019 Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik in der Kommission von Ursula von der Leyen.

formulierte auch den Anspruch einer Gemeinsamen Sicherheitsund Verteidigungspolitik (GSVP).
1997 folgte im Vertrag von Amsterdam die Einrichtung des Amts des Hohen Vertreters der EU für die GASP. 1999 beschloss der EU-Rat die Bildung einer Eingreiftruppe

Dienst. Mit der EU-Globalstrategie von 2016 vollzieht die EU einen Wandel hin zu mehr Selbstschutz und Widerstandsfähigkeit als Zielsetzung. Ihren Prinzipien und Grundsätzen in der Außenpolitik (Werteorientierung, Multilateralismus) will sie jedoch treu bleiben.

31

Frieden

GASP

UN-Polizisten der MINUSMA-Mission bilden in Kooperation mit der zivilen EU-Mission EUCAP Sahel Personenschützer der malischen Nationalgarde aus.

Wer macht was?

Die Ausgestaltung und Umsetzung der GASP sind zwischen Mitgliedstaaten und Union geteilt.

- Die Mitgliedstaaten sind für die Ausgestaltung verantwortlich.
- Der Europäische Auswärtige Dienst setzt die Ziele um.

Die GASP liegt in der Verantwortung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten. Sie legen die Ziele, Grundsätze und Leitlinien fest. Beschlüsse können nur einstimmig im Rat der Europäischen Union von den Ministerinnen und Ministern der Mitgliedsländer oder im Europäischen Rat von den Staats- und Regierungschefs gefasst werden.

Der Rat der EU erarbeitet Standpunkte sowie politische und militärische Aktionen. Basieren diese auf einer von den Staats- und Regierungschefs beschlossenen Strategie, können sie mit qualifizierter Mehrheit (55 Prozent der Mitgliedstaaten und 65 Prozent der Gesamtbevölkerung) gefasst werden. Ohne eine Strategie ist Einstimmigkeit erforderlich. Bei allen Beschlüssen, für die Einstimmigkeit vorgeschrieben ist, kann ein Mitgliedstaat sich der Stimme enthalten, Beschlüsse aber nicht verhindern. Man spricht von "konstruktiver Enthaltung". Wer sich der Stimme enthält, ist nicht verpflichtet, diesen Beschluss durchzuführen. Das Land akzeptiert aber, dass er für alle an-



deren Staaten bindend ist und unterlässt alles, was die Ausführung des Beschlusses durch die anderen Staaten behindern könnte.

Unterstützt wird der Rat der EU vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK). Dort erledigen hochrangige Angehörige der nationalen Außen-

ministerien die Tagesarbeit. Das PSK erhält seine Weisungen aus den Außenministerien, und lässt sich von EU-Militärausschuss (EUMC), EU-Militärstab (EUMS) und Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CI-VCOM) beraten. Verantwortlich für die Umsetzung der GASP ist

Fotos: UN Photo/Marco Dormino, ullstein bild/BPA der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (derzeit der Spanier Josep Borrell) und der ihm unterstellte Europäische Auswärtige Dienst (EAD) mit 140 EU-Delegationen in Drittländern und bei internationalen Organisationen sowie die diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten.

GASP wie erreichen?
Sie beinhaltet alle

Was soll die

Sie beinhaltet alle Beziehungen und Maßnahmen, die das Außenhandeln der EU ausmachen.

- Die Ziele der GASP sind in Artikel 21 des EU-Vertrags festgelegt.
- Sie sind wertegebunden und basieren auf den Prinzipien des Multilateralismus und des Freihandels.

Wahrung der gemeinsamen Werte, der grundlegenden Interessen, der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit der Union

Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und den Grundsätzen des Völkerrechts

Wahrung des Friedens, Stärkung der internationalen Sicherheit und Verhütung von Konflikten entsprechend der UN-Charta sowie der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris der OSZE

Im Vertrag von Maastricht wurde 1992 zum ersten Mal das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgelegt.

> Förderung nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern

> Förderung der weltwirtschaftlichen Integration und Abbau internationaler Handelshemmnisse

Entwicklung internationaler Maßnahmen im Bereich des
Umweltschutzes

Humanitäre Hilfe bei Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen

Förderung multilateraler Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen Weltordnungspolitik

Ein permanentes Ziel der EU-Außenpolitik ist der Export von Stabilität. Dafür unterstützt die EU bereits seit mehreren Jahrzehnten Staaten oder Staatenbündnisse durch die EU-Beitrittspolitik, die EU-Entwicklungspolitik (1992), die EU-Nachbarschaftspolitik (seit 2003) und PartnerschaftenmitanderenStaatenoder regionalen Zusammenschlüssen. Beispiele für Letztere sind die EU-Schwarzmeersynergie, eine von der EU gestartete Initiative zur Stärkung der Kooperation der Schwarzmeeranrainerstaaten sowie mit der EU selbst, die Zentralasienstrategie oder die Partnerschaften EU-Lateinamerika und EU-Afrika (African Peace Facility). Auf aktuelle Krisen und Konflikte kann die EU mit zivilen und militärischen Missionen reagieren.

32 Y-Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Spezial Y-Das Magazin der Bundeswehr 33

Frieden

GSVP

Die multinationale EU-Ausbildungsmission EUTM RCA mit Hauptquartier in Bangui in der Zentralafrikanischen Republik berät in Fragen der Ausbildung und Organisation der zentralafrikanischen Streitkräfte.



Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) soll dazu beitragen, im Sinne einer wertegebundenen Außenpolitik sowie zum Schutz der eigenen Bürgerinnen und Bürger Konflikten vorzubeugen oder diese beizulegen. Mit dieser Zielsetzung beteiligt sich die EU mit zivilen und militärischen Instrumenten an der internationalen Krisenprävention und Krisenbewältigung in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. GSVP-Missionen umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, militärische Beratung und Unterstützung, Einsätze zur Konfliktverhütung und Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten. Als die Geburtsstunde der Europäischen Sicherheitsund Verteidigungspolitik (ESVP) gilt der Kölner EU-Gipfel von 1999, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs in einer "Erklärung zur Stärkung der GASP" darauf einigten, den Aufbau einer eigenständigen ESVP einzuleiten. Seit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 ist dies die GSVP.



Der Integrierte Ansatz

Das Leitprinzip allen Außenhandelns der EU ist die Koordination.

- Maßnahmen und Akteure sollen abgestimmt werden.
- Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist zentral.

Für die GSVP kann eine Vielzahl verschiedener Instrumente genutzt werden, die es der EU erlauben, effizient und schnell im Krisenmanagement tätig zu werden. Der Integrierte Ansatz verbindet zivile und militärische Konfliktlösungsansätze und verfügbare Instrumente, hat alle Konfliktzyklen von Prävention über Lösung bis Stabilisierung im Blick, geht Konflikte auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene an und bindet alle relevanten Akteure ein. Die EU bedient sich dabei neben zivilen Instrumenten aus den Bereichen Diplomatie, Unterstützung der Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe auch militärischer Mittel. Auch bei den rein militärischen Missionen und Operationen spielt die Abstimmung mit zivilen Komponenten des Konfliktmanagements eine entscheidende Rolle. Zusätzlich dazu zeichnen besonders die finanziellen und wirtschaftlichen Instrumente, wie beispielsweise Sanktionen, die EU im Krisenmanagement aus.



Der Athena-Mechanismus regelt die Finanzierung für GSVP-Missionen und wird von Beiträgen der Mitgliedstaaten getragen. Beim Personal gilt "Costs lie where they fall": Die beteiligten Länder übernehmen die eigenen Kosten.

they fall"

Wie kommen **EU-Missionen** zustande?

- Die Union behält die Sicherheitslage kontinuierlich im Blick.
- An Planung und Umsetzung sind viele Akteure beteiligt.

Beobachtung und Vorwarnung

- Die Mitgliedstaaten, die Kommission, der Rat und das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) beobachten die internationale Lage.
- Der Militärausschuss der EU (EUMC) und der Ausschuss für die zivilen Aspekte der Krisenbewältigung (CIVCOM) bewerten die Lage.
- Bei einer möglichen Krise wird eine Handlungsempfehlung ausgesprochen.

Krisenmanagementkonzept

- Sieht die EU Handlungsbedarf, wird ein Konzept zur Lösung des Konflikts entwickelt, das die politischen Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten berücksichtigt und die strategischen Optionen und das strategische Ziel der Gemeinschaft aufzeigt.
- Der Rat stimmt über das Konzept und damit über eine neue GSVP-Mission beziehungsweise -Operation ab. Entscheidungen im Rat werden einstimmig beschlossen.

Operative Planung

■ Der Rat entscheidet darüber, mit welchem Ziel und in welchem Umfang die Mission/Operation

stattfindet und welche Ressourcen der einzelnen Mitgliedstaaten benötigt werden, um den Konflikt zu lösen.

■ Der Hohe Vertreter koordiniert die zivilen und militärischen Maßnahmen, danach erneute Abstimmung im Rat.

Die Bereitstellung von zivilen und militärischen Kräften, Fähigkeiten und Ausrüstung ist ein politischer Prozess. Die EU ist auf freiwillige Beiträge ihrer Mitgliedstaaten angewiesen. Das Verfahren zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte richtet sich dementsprechend nach den nationalen Gesetzgebungen der Mitgliedstaaten. Für die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte in einen mandatierten EU-Einsatz ist die Zustimmung des Deutschen Bundestages erforderlich - Stichwort Parlamentsarmee.

■ Die Mission/Operation wird eng mit dem Land abgestimmt, in dem der Einsatz stattfindet. Gleichzeitig verständigt sich die EU mit anderen multilateralen Organisationen wie der NATO, der Afrikanischen Union und den UN und koordiniert ihr Vorgehen in Krisenregionen mit deren Kräften vor Ort (Integrierter Ansatz).

Bereitstellung und Implementierung der Ressourcen

■ Die beschlossenen Ressourcen zur Lösung des Konflikts werden unter der strategisch-politischen Leitung des PSK angewendet und durch den Rat kontrolliert.

Evaluierung

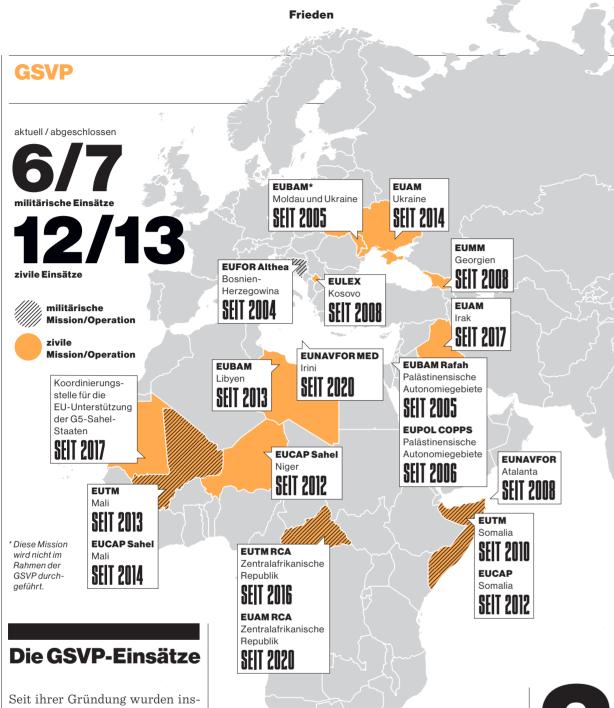
- Die Mission/Operation wird durchgehend evaluiert.
- In dieser letzten Phase entscheidet der Rat darüber, ob die Mission/Operation fortgeführt, geplant auslaufen oder vorzeitig beendet werden soll.

Wie werden die (militärischen) **Anteile geführt?**

- Operationshauptquartiere führen Operationen.
- Missionen werden vom EU-Militärstab in Brüssel geführt.

GSVP-Operationen werden zurzeit durch ein von den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestelltes Operationshauptquartier sowie in Kooperation mit der NATO geführt. GSVP-Missionen, wie aktuell die militärischen Ausbildungsmissionen in Mali, Somalia und der Zentralafrikanischen Republik, werden durch die 2017 in Brüssel eingerichtete Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit (MPCC) geführt, die Teil des EU-Militärstabs (EUMS) ist. Der EUMS soll im Krisenfall die multinationalen Streitkräfte bestimmen, erfassen und aufstellen - meist in Abstimmung mit der NATO. Ihm unterstehen für den Zeitraum des Einsatzes die zugewiesenen EUFOR-Truppen, die sich aus den Kontingenten der Mitgliedstaaten zusammensetzen. Der EUMS wird seit Mitte 2020 von dem französischen Vizeadmiral Hervé Bléjean geführt.

Ende 2020 soll das MPCC neben allen militärischen Missionen zusätzlich eine Operation bis zur Größe eines EU-Gefechtsverbands planen und führen können. Seit 2018 werden die zivilen Missionen von der zivilen Planungs- und Führungsfähigkeit (CPCC) im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) geführt.



gesamt 38 zivile und militärische EU-Missionen und Operationen durchgeführt. Seit der ersten Mission EUFOR Concordia in der heutigen Republik Nordmazedonien 2003 hat sich die EU als wichtiger sicherheitspolitischer Akteur etabliert. Derzeit führt die EU sechs militärische und zwölf zivile Missionen durch. Zu den zivilen Missionen gehören Polizeimissionen, Missionen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Zivilverwaltung und zum Katastrophenschutz. Seit Januar 2003 | Verwaltungen.

stehen bis zu 5.000 Polizistinnen und Polizisten für Einsätze im internationalen Krisenmanagement zur Verfügung und zivile Expertinnen und Experten beraten Organisationen, Behörden und

GSVP-Missionen ohne Exekutivmandat

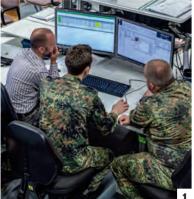
konzentrieren sich auf Aufgahen wie Kanazitätsaufbau, Mentoring, Überwachung oder Ausbildung.

GSVP. Operationer mit Exekutiv mandat

können unter anderem Re gierungs- oder Exekutivaufgaben eine Regierung zu unterstützen oder eine fehlende Staatsgewalt zu vertreten

37 Spezial 4/2020 Y - Das Magazin der Bundeswehr 4/2020 Spezial Y-Das Magazin der Bundeswehr

GSVP









Gemeinsame Projekte

Die EU-Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung nimmt zu.

PESCO, CARD und EVF sind neue Instrumente.

2017 beschlossen die Außen- und Verteidigungsminister von 25 EU-Staaten die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO). Kern sind 20 Verpflichtungen, etwa die Erhöhung der Verteidigungsausgaben und die gemeinsame Fähigkeitsplanung. In drei Runden werden 47 PESCO-Projekte ins Leben gerufen. Deutschland beteiligt sich an 16, sechs davon koordiniert es. Ergänzt wird die Kooperation durch CARD, die koordinierte, jährliche Überprüfung der Verteidigungsplanung. Mitgliedstaaten sollen offenlegen, welche Fähigkeiten sie in welcher Zahl zur Verfügung haben und entwickeln wollen. Zudem stellt der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) mehrere Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für die Verteidigung bereit.











Spezial 4/2020

Fotos: Bundeswehr/Martina Pump, picture alliance/dpa/Ingo Wagner, picture alliance/dpa/Jonas Güttle Bundeswehr/Andrea Bienert, Bundeswehr/Sebasitan Vogt, Bundeswehr/Jonas Weber, Wikipcida/Geme



Cybersecurity und Informationssicherheit in Zeiten des Coronavirus

In zuvor nicht vorstellbarer Weise wurden öffentliche Einrichtungen, Unternehmungen aller Größen und Individuen durch das Coronavirus einem wahren Stresstest ausgesetzt und unterworfen.

Herausforderungen und Risiken der Digitalisierung

Was neben den Herausforderungen im sozialen Bereich deutlich zu Tage tritt, ist der unterschiedliche Stand der Digitalisierung in den verschiedenen Branchen. In manchen Bereichen sind die organisatorischen und technischen Vorkehrungen und Möglichkeiten für Remote-Arbeit nicht ausgeprägt genug und mussten in kürzester Zeit und aller Eile umgesetzt werden, bis hin zu den Situationen wo dies in gewissem Maße bereits möglich war, dann aber der Betrieb in viel größerer Dimension bis auf die absolut kritischen Rollen ausgelagert wurde. Beides Extreme, die ganz eigene Herausforderungen und Risiken mit sich bringen, denn eines hat sich nicht verändert- eher noch gesteigert: die Gefahr von Cyberattacken durch vermehrte Phishingversuche und manipulierte Websites, neuartige Viren in nunmehr teilweise löchrig gewordenen Homeoffice- und Unternehmensnetzwerken. Nicht wirklich überraschend, wird doch der Schutz von Daten und Systemen auch als die größte CIO-Herausforderung 2020 gesehen.

Somit werden einerseits die Informationssicherheit, welche sich mit der Einhaltung von Regularien á la ISO27001, BSI-KritisV, TISAX, BSI-GS befasst und auch das Thema Mitarbeiter-Awareness vorsieht und andererseits die Einrichtung von technischen Maßnahmen und Absicherung der Informationstechnologie im Cybersecurity-Bereich gleichermaßen gefordert.

Cyber-Security Ausbildungen der TÜV Rheinland Akademie

TÜV Rheinland Akademie hat das bestehende Angebot an Informationssicherheitsausbildungen zwischenzeitlich um einen wachsenden Bereich von CyberSecurity-Ausbildungen erweitert und bietet diese zeitgemäß teilweise auch als Online-Schulungen mit virtuellen, praktischen Übungseinheiten an. Von besonderer Bedeutung sind die in Kooperation mit dem weltweit führenden Spezialisten für Cybersecurity-Ausbildungsmodule EC-Council bereitgestellten Certified Ethical Hacker Ausbildungen.

In dem sehr umfangreichen, technischen Seminar des "EC-Council CIEH", dem weltweit fortschrittlichsten und in-

ternational zertifizierten Kurs für ethisches Hacking, erlernen Teilnehmer 20 der aktuellsten Sicherheitsbereiche intensiv kennen um die Sicherheitslage der Organisation zu stärken. Diese Ausbildung ist ein erstklassischer Grundstock der bei Bedarf mit nachfolgenden Spezialisierungen erweitert werden kann. Es werden Themen wie Scanning Networks, Vulnerability Analysis, System Hacking, Malware Threats, Sniffing, Social Engineering, Denialof-Service, Firewalls, and Honeypots, Hacking Web Servers und Web Applications, sowie WLANs und Mobile Plattforms, IoT und Cloud Hacking, sowie Cryptography u.a.m. vermittelt.

Das Seminar wird als Intensivseminar oder in Form eines online-Selbstlernkurses angeboten. Beides kann mit einem international anerkannten Zertifikat von EC-Council abgeschlossen werden. Die Prüfungsgebühr ist bereits im Seminarpreis beinhaltet. Ergänzende Angebote behandeln Awareness-Bildung, Netzwerkabsicherung, sowie die Handhabung von Zwischenfällen und investigativer und forensicher Behandlung.

Weitere Informationen und Termine unter: www.tuv.com/cybersecurity-schulungen





in Somalia ein. Diese Aktivitäten stellen eine erhebliche Gefahr für die maritime Sicherheit und die internationalen Seeverbindungslinien am Horn von Afrika dar.

Wie wird der Einsatz geführt? Das strategisch-operative Hauptquartier (Operation Headquarters, OHQ) befindet sich in Rota in Südspanien. Die multinationalen Stabsangehörigen haben eine Stehzeit von etwa sechs Monaten, Arbeitssprache ist Englisch, Im OHQ dienen etwa 100 Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus derzeit 19 europäischen Nationen. Integraler Bestandteil des OHQ sind die 15 Angehörigen im Maritime Security Center - Horn of Africa (MSCHOA) im französischen Brest. Das MSCHOA ist das maritime Lagezentrum unserer Operation, in dem sämtliche registrierte zivile Schiffsbewegungen im Operationsgebiet rund um die Uhr überwacht werden. Das MSCHOA koordiniert insbesondere die Erstmaßnahmen bei einem Piratenangriff, indem es die Verbindung zwischen dem betroffenen Handelsschiff und Fregatten in See sicherstellt. Dieses maritime Lagezentrum ist ein Alleinstellungsmerkmal der EU am Horn von Afrika und trägt maßgeblich zum Erfolg der Operation bei. Auf der taktischen Führungsebene in See existiert ein FHQ (Force Headquarters) an Bord der spanische Fregatte "Santa Maria". Zurzeit wird der Verband durch einen spanischen Admiral im Einsatzgebiet geführt.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Brüssel und dem EUMS?

Der Befehlshaber Atalanta, Generalmajor Antonio Planells, ist unmittelbar dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK) und somit den Mitgliedsstaaten verantwortlich. Er erhält sein Mandat und seine Weisungen direkt aus Brüssel. Daher gibt es eine über die Jahre gewachsene bewährte Verbindung zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und damit auch zum Europäischen Militärstab (EUMS). Denn nur gemeinsam können wir Antworten auf die politischen und militärischen



Herausforderungen der Operationsführung finden und die Weiterentwicklung der Operation voranbringen. Die abschließende politische Entscheidung über die Fortführung des Mandates und die Weiterentwicklung unserer Operation liegt in den Händen der Mitgliedstaaten der EU.

Wie kam es zu der Standortentscheidung Rota?

Großbritannien hat von Beginn der Operation an das OHQ in Northwood gestellt. Britische Befehlshaber haben die Operation maßgeblich und nachhaltig geprägt. Im Zusammenhang mit dem Brexit wurde erwogen, das OHQ zu verlegen. Spanien hat sich angeboten, diese Aufgabe als Rahmennation zu übernehmen und hat dafür die erforderliche Infrastruktur bereitgestellt.

Was sind ihre Aufgaben als stellvertretender Kommandeur (DCOM)? Ich vertrete den Befehlshaber, der gleichzeitig in seiner nationalen Aufgabe als Divisionskommandeur der



Vernetzter Ansatz

Deutsche Soldaten bilden Angehörige der Küstenwache der Region Somaliland an Bord der Korvette "Erfurt in Grundlagen des maritimen Sprechfunkverkehrs aus.

Spezial 4/2020

Frieden

spanischen Marineinfanterie gebunden ist. Im Schwerpunkt verantworte ich die operativen Aspekte der Operation im OHQ, das heißt die Planung und Führung der eingesetzten Kräfte am Horn von Afrika sowie Fragen der logistischen Durchhaltefähigkeit des Verbandes in See. Letzteres hat uns gerade im OHQ unter den Einschränkungen von Covid-19 sehr beschäftigt.

Wie funktioniert die multinationale Zusammenarbeit im OHQ? Die multinationale Zusammenarbeit im OHQ ist durch ein gemeinsames Auftragsverständnis und hohe Professionalität gekennzeichnet. Die Vielfalt der unterschiedlichen Führungskulturen, Mentalitäten und Einsatzerfahrungen der Stabsangehörigen machen den Reiz in der multinationalen Zusammenarbeit aus und bieten viele Chancen im täglichen Dienst. Diese Vielfalt der militärischen Kulturen erzeugt einen klaren Mehrwert. Ich bin überzeugt, dass im OHQ das multinationale europäische Ganze mehr ist als die Summe seiner nationalen Teile. Darüber hinaus fühlt man in der täglichen Arbeit, dass die enge Zusammenarbeit der Menschen aus den verschiedenen europäischen Nationen einen Beitrag dazu leistet, ein europäisches Selbstverständnis zu erzeugen. Wir merken das hier ganz

deutlich: Wir Europäer haben eine gemeinsame europäische Geschichte und Kultur, die uns verbindet. Das OHQ wirkt für die Stabsangehörigen wie ein Katalysator der europäischen Idee.

Wie sehr beeinflusst die aktuelle Krise ihren Dienstalltag und den Atalanta-Einsatz?

Corona hat natürlich auch erhebliche Auswirkungen auf unseren Einsatz. Wir mussten die Operation schnell auf die Restriktionen im Einsatzgebiet einstellen. Das betrifft insbesondere die Bereiche der logistischen Unterstützung der Einheiten in See und Nachversorgung in den Häfen sowie die sanitätsdienstliche Unterstützung. Denn die Schiffe müssen sich auch auf zivile Krankenhäuser in der Region beispielsweise in Dschibuti stützen können. Die Tatsache, dass die Soldatinnen und Soldaten die Schiffe auch in den Häfen nicht verlassen konnten, stellt für die Besatzungen eine besondere psychische und physische Herausforderung dar. Die spanische und die italienische Fregatte haben trotz dieser Auflagen ihren Auftrag ohne Einschränkungen erfüllt. Vor dieser Leistung habe ich größten Respekt. Inzwischen hat sich die Lage entspannt. Wir beobachten nun sehr genau die Auswirkungen von Covid-19 auf die Sicherheitslage in der Region und unserer Operation.



Piraterie-geplagten Gewässern: Ein Marineoffizier der Operation Atalanta kommt im März 2014 für die persönliche Kontaktaufnahme an Bord der "Aidadiva", die den Golf von Aden passierte













wings.de/experte

Logistik & Schifffahrt



NATO-Battlegroup Estonia Französische Soldatinnen und Soldaten nehmen im April 2017 ihren Dienst bei der NATO-Battlegroup in Estland auf. Sie ist Teil der NATO-Verteidigungs- und Abschreckungsinitiative Enhanced Forward Presence (EFP).

Über den Auto



Johannes Varwick
ist Professor für Internationale Beziehungen an
der Universität HalleWittenberg und Präsident der Gesellschaft
für Sicherheitspolitik. Er
forscht zu GASP, NATO
und Bundeswehr.

lerweile kein EU-Mitgliedstaat seine Sicherheit mehr alleine gewährleisten und nur wenige Staaten verfügen über ein breites militärisches Fähigkeitenprofil. Allerdings: Schon seit fast einem Jahrzehnt bietet der Vertrag von Lissabon die Möglichkeit, einen außen- und sicherheitspolitischen Ansatz mit entsprechenden Fähigkeiten zu stärken und weiterzuentwickeln, denn die Instrumente beziehungsweise der rechtliche Handlungsrahmen sind grundsätzlich vorhanden.

Bereits seit 2004 gibt es eine EU-Verteidigungsagentur (EDA) und seit 2005 EU-Battlegroups, die allerdings noch nie eingesetzt wurden. Seit 2017 sind die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (CARD) und der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) dazugekommen. Alles Schritte in die richtige Richtung, aber kein Quantensprung. Wie setzt man also die Worte in Taten um?

Das Verhältnis zwischen den USA und der EU war wahrlich schon einmal besser. Der andauernde Streit um die angeblich zu niedrigen Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Partner ist da nur ein Faktor. Zusätzlich haben auch die USA ihre Bereitschaft reduziert, sich in europäischen Belangen zu engagieren. Es ist daher an der Zeit, dass Europa seine eigenen Möglichkeiten des Handelns in Krisensituationen verbessert.

An einem Strang ziehen – nur wie?

Die Debatte dreht sich dabei zunehmend um den Begriff der strategischen Handlungsfähigkeit. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, in Europa gemeinsam sicherheitspolitische Prioritäten zu formulieren, über die Mittel - also die institutionellen, materiellen und politischen Voraussetzungen - zu verfügen und die Ziele souverän umzusetzen. Der Begriff ist allerdings mit vielen Fragezeichen verbunden. So ist unklar, was dies genau bedeutet, ob die EU dafür genügend und die richtigen Mittel hat, ob wichtige Mitgliedstaaten wie Deutschland und Frankreich darunter das Gleiche verstehen, was das für die NATO bedeutet und welche Rolle die EU tatsächlich in der Sicherheitspolitik spielen kann und soll. Ist die strategische Handlungsfähigkeit also eine Notwendigkeit oder eine Luftnummer? Grundsätzlich kann mitt-

EUROPAS

EINOPAS

EINOPAS

Die USA ziehen sich aus ihrer Rolle als europäische Schutzmacht zurück.
Gleichzeitig entwickelt die Europäische Union eigene politische Interessen ergänzend zur NATO. Wie ist es um Europas

Selbstständigkeit bestellt, fragt

Johannes Varwick.

Mit Strategie zum Ziel Die griechische Göttin Athene

galt in der griechischen Mythologie unter anderem als die Göttin des Kampfes und der Strategie

TEXT Johannes Varwick

picture alliance/dpa/Sergei Stepano Gawrisch Frieden

Solange die europäischen Nationen keine Einigkeit über die Frage erzielen, wann, wie und wofür Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden, wird sich an dieser Ausgangslage nur wenig ändern. Das Problem ist politisch: Es fehlt am Willen, die bestehenden Instrumente zu nutzen. In der EU ist angesichts von Krisen wie der Corona-Pandemie der Blick vorwiegend nach innen gerichtet. Die EU bleibt damit von außen betrachtet ein zersplitterter Akteur, der in jeder Krise um den inneren Zusammenhalt ringen muss. Staatliche Souveränitätsansprüche bleiben dabei das größte Hindernis für Fortschritte in Europa.

Mit dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU hat ein traditioneller Blockierer einer europäischen verteidigungspolitischen Zusammen-

Saber Strike 2018

Bei der multinationalen Übung von 19 NATO- und Nicht-NATO-Staaten im Baltikum und in Polen wurde ein Gefecht mit Russland und Belarus um den Suwalki-Korridor simuliert. arbeit die Bühne verlassen. Das eröffnet Möglichkeiten. Damit daraus aber keine Abkopplung der EU von der NATO resultiert, muss gleichzeitig die strategische Partnerschaft mit den USA gestärkt werden. Ohne eine annähernd ausgeglichene Verteilung der Kosten und Risiken zwischen Europa und den USA wird die Allianz wohl keinen Bestand haben. Angesichts des Umstandes, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben bei etwa 70 (USA) zu 30 (Europa) liegt, ist der Weg weit. Aber er sollte entschlossen beschritten werden, denn ein Zerbrechen der transatlantischen Beziehungen würde der europäischen Sicherheit erheblichen Schaden zufügen.

Doch auch andere europäische Nationen haben Vorbehalte. Sie sind nur ungern bereit, die Entscheidungsgewalt über den Einsatz ihres Militärs mit den Partnern zu teilen. Erst wenn insbesondere die großen Fünf – Deutschland, Frankreich, Polen, Italien und Spanien – sich einigen, sind substanzielle Fortschritte möglich. Offen bleibt die Frage, ob die Staaten zumindest teilweise zur Aufgabe ihrer Entscheidungshoheit über Struktur und Einsatz der Streitkräfte und damit letztendlich über das Fundament staatlicher Souveränität bereit sind.

Vision Europaarmee?

Wenn Ansätze wie PESCO und CARD funktionieren sollen, müssen visionäre Pläne für eine bessere innereuropäische Arbeitsteilung bis hin zu pragmatischen Schritten zu einer Art europäischen Armee auf die Agenda gesetzt werden. Der Aufbau einer Europaarmee könnte als Instrument einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zusammenwirken mit der Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheitskultur für Europa eine realistische Vision sein. Zugleich bestehen derzeit aber noch sehr unterschiedliche Wahrnehmungen der Sicherheitslage und daraus ableitbare divergierende einzelstaatliche Politiken. Ob der von Deutschland eingebrachte strategische Kompass einen Beitrag dazu leisten kann, ist noch offen. Eine gemeinsame strategische Kultur in Europa bleibt ein Zukunftsprojekt.

Die Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit der EU-Staaten sind bereits derart hoch, dass der Sprung hinzueiner Europaarmee – auch wenn er nicht in kurzer Frist zu verwirk-



European Advance 2019

Im Vorfeld zur Übernahme der halbjährlichen Rotation üben Bundeswehreinheiten mit österreichischen (hier im Bild) und kroatischen Kräften auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig die Zusammenarbeit. lichen ist - eines Tages die logische Folge des europäischen Integrationsprozesses sein dürfte. Im Klein-Klein verharren oder den großen Sprung wagen, so ließe sich die Alternative zuspitzen. Denn eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann nur in dem Maße funktionieren und wachsen, wie sich die gesamte EU in Richtung mehr Staatlichkeit und hin zu einem einheitlichen politischen Akteur entwickelt. Viel ist schon passiert, doch um die Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, braucht es einen Riesenschritt. Der Weg zu mehr strategischer Handlungsfähigkeit Europas ist eine große Herausforderung, aber notwendig. •

Anzeige



Jetzt exklusiv bis zu 33 % Preisvorteil auf Mobilfunk, Internet und mehr sichern!



Einfach bestellen unter:
www.bundeswehr-vorteilsprogramm.de

46 Y — Das Magazin der Bundeswehr

Spezial 4/2020



Die Europäische Union ist einer der wenigen internationalen Akteure, die das gesamte Spektrum der Krisen- und Konfliktbewältigung beherrschen, sagt Ronja Kempin von der Stiftung Wissenschaft und Politik im Interview.

Doch allzu oft seien die Mitgliedstaaten sich noch uneins.

Y: Mit PESCO gibt es seit 2017 ein großes sicherheitspolitisches Projekt. Geht es voran mit einer autonomen europäischen Strategie?

Ronja Kempin: Ich finde, dass man im Moment eher eine gemischte Bilanz ziehen muss. Ich will mit einem "Jein" antworten.

 $Woran\,liegt\,das?$

4/2020 Spezial

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU ist noch immer schwach ausgeprägt. Vor allem, wenn man sie mit anderen Feldern wie der Wirtschafts- und Währungsunion vergleicht. Die Mitgliedstaaten haben bisher darauf verzichtet, sicherheits- und verteidigungspolitische Souveränität auf die europäische Ebene abzugeben.

Krisen sind oft Auslöser für Veränderungen. Glauben Sie, dass der Brexit, die Trump-Administration und die Lage an der NATO-Ostflanke die EU-Staaten zusammenschweißen?

Ja. Das sicherheitspolitische Umfeld hat sich stark gewandelt, deshalb ist es wichtig, strategisch autonomer zu werden. Die Erkenntnis ist unverändert: Wir sind stärker, wenn wir gemeinsam voranschreiten. Großbritanniens Aus-

Das Interview führt Matthias Lehna.



Ronja Kempin ist Senior Fellow am Berliner Thinktank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und erforscht die europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

tritt aus der EU hat institutionelle Möglichkeiten geöffnet. Die Briten haben mit dem Verweis auf die NATO immer wieder Doppelstrukturen gebremst.

Wie läuft die sicherheitspolitische Entscheidungsfindung in der EU ab? Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist bisher eine nationale Angelegenheit, deshalb spielen europäische Institutionen wie die EU-Kommission kaum eine Rolle. Es läuft alles zwischen den Regierungen und ihren Botschafterinnen und Botschaftern in Brüssel ab. Beschlüsse werden in politischen und sicherheitspolitischen Komitees ausgefochten. Gibt es hier eine Einigung, geht es auf die nächsthöhere Ebene der Au-Benministerien sowie der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs. Hier wird dann eine Mission wie EUTM Mali formal angenommen und beschlossen. Parallel dazu finden in Gremien wie dem Europäischen Militärstab die genauen Ausplanungen statt.

Sind die Sicherheitsstrukturen geeignet, um die Interessen und Ziele der EU durchzusetzen? Ein zentrales Kennzeichen ist der integrative Grundgedanke. Es gilt das 🕻

Einstimmigkeitsprinzip: Alle Mitgliedstaaten müssen einer EU-Mission zustimmen. Der Vorteil ist, je mehr Staaten sich verständigen, um in einen Konflikt einzugreifen, umso legitimer und glaubwürdiger wird ihr Anliegen. Allerdings ist es schwierig, einen Konsens unter allen Mitgliedstaaten zu erzielen. Oft passieren zwei Dinge: Das Mandat einer Mission ist ganz eng formuliert und geht am Kern des Konflikts vorbei. Oder das Mandat ist so breit, dass alle ihre nationale Agenda einbringen können.

Welche Chancen und Probleme sehen Sie auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik? Es gibt immer wieder Debatten darüber, das Einstimmigkeitsprinzip zu lockern. Wenn wir den Blick nicht nur auf die militärischen Fähigkeiten einengen, dann ist die EU aber schon heute einer der wenigen internationalen Akteure, die das gesamte Spektrum der Krisenund Konfliktbewältigung beherrschen. Eine große Stärke der EU ist die Vernetzung der Verteidigungs-, Sicherheitsund Entwicklungspolitik im Einsatz. Die EU verfügt über alle Instrumente und ist konzeptionell weiter als die NATO.

Der vernetzte Ansatz ist gleichzeitig Schwäche und Stärke der EU. Was kann die deutsche Ratspräsidentschaft hier tun?

Wir sind gut darin, die Schwächen zu betonen, dabei sollten wir die Stärken in den Vordergrund stellen. Deutschland hat den vernetzten Ansatz mit am stärksten im Blick. Es kann integrierend wirken und als Brückenbauer zwischen den Mitgliedstaaten fungieren, die aufgrund ihrer Geschichte und Geografie sehr unterschiedlich auf Konflikte und Bedrohungen schauen.

Treffen der EU-Außenminister

Am 6. März tagte der Rat für Auswärtige Angelegenheiten in Zagreb, da damals Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft innehatte. Auf der Agenda der EU-Außenministerinnen und -minister standen der Konflikt in Syrien und die Menschenrechtslage in Idlib.

50



Vijeće za vanjske poslove Zagreb, 6. ožulka 2020. Foreign Affairs Council Zagřeb, 6 March 2020

Wir suchen!

Fahrlehrer/in Klasse C/CE, D/DE

Dozent/in für Transport, Verkehr, Logistik

für unsere Standorte in:

Chemnitz, Erfurt, Kulmbach, Leipzig, Nürnberg, Plauen, Würzburg, Zella-Mehlis, Zwickau

Verkehrsakademie

Forschung - Beratung - Schulung

Sie suchen neue Herausforderungen? Kein Problem - Wir bilden Sie aus!

EUTM Mali

Soldaten hereit

Seit 2013 bildet die EU malische

Streitkräfte aus, damit diese selbst

für Frieden und Sicherheit sorgen

können, 22 EU-Staaten und sechs weitere europäische Staaten stel-

len dafür rund 700 Soldatinnen und

Können Sie ein Beispiel nennen

für eine gelungene EU-Initiative

Ein Projekt ist besonders spannend:

die militärische Mobilität bei PESCO.

Die Mitgliedstaaten haben beschlos-

zu werden. Im Prinzip soll möglichst

B gebracht werden - das haben wir

seit den 1990er-Jahren ein bisschen

verdeutlicht sehr gut den Gleichwertig-

schnell militärisches Gerät von A nach

sen, infrastrukturell kompatibler

verlernt. Ich glaube, das Projekt

keitsgedanken in der EU. Eine Be-

drohung der portugiesischen Außen-

grenze ist demnach genauso wichtig

wie die Stärkung der starken Präsenz

an der östlichen EU-Außengrenze.

Das Projekt hat keine große Strahlkraft, aber es ist wichtig für die

Handlungsfähigkeit und die strategi-

sche Autonomie Europas.

auf strategischer Ebene?

- Fahrlehrer (aller Klassen)
- Führerscheinerwerb (LKW, Bus, Gabelstapler, Ladekran)
- Kraftverkehrs-/Logistikmeister
- Sachkunde Güter-/Personenverkehr
- Gefahrgut

Wir beraten Sie gern!

Info und Kontakt:

kostenlose Infoline 0800 634 638 2 www.verkehrsakademie.de

Y - Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020

Den Vorsitz über den Ministerrat hat nicht eine Person, sondern ein Land. Dieses hat die Aufgabe, die gemeinsamen Treffen zu lei-

ten und zu moderieren sowie

die übrigen Mitgliedstaaten

EU-Institutionen und die EU

auf internationaler Ebene zu

vertreten. Es gibt aber eine

Ausnahme: Der Rat für Aus-

wird immer vom Hohen Ver-

treter der EU für Außen- und

Sicherheitspolitik geleitet.

In den anderen Politikfel-

dern wechselt der Vorsitz,

auch Ratspräsidentschaft

genannt, alle sechs Monate.

In dieser Zeit hat das vorsit-

zende Land die Möglichkeit,

besonderen Einfluss auf die

Themen zu nehmen, die der

Ministerrat behandeln soll.

inne. Im kommenden Jahr

sich eng abstimmen.

folgen Portugal und Slowe-

nien. Alle drei Länder wollen

Seit dem 1. Juli hat Deutsch-

land die Ratspräsidentschaft

wärtige Angelegenheiten

gegenüber den anderen

Deutschland hat seit dem 1. Juli 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne.

 Was ist von seinem Vorsitz zu erwarten?

Im Rat der Europäischen

Union treffen sich die EU-Ministerinnen und -minister. Er wird daher auch Ministerrat genannt. Er ist nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat der EU-Staatsund Regierungschefs und auch nicht mit dem Europarat, der als internationale Institution nicht zur EU gehört. Je nach Themengebiet tagen im Ministerrat die jeweiligen Fachministerinnen und -minister in verschiedener Zusammen<mark>setz</mark>ung. Geht es zum Beispiel um sicherheitsund verteidigungspolitische Themen, kommen die Verteidigungsministerinnen und -minister zusammen. Stehen dagegen Agrarthemen auf der Agenda, treffen sich entsprechend die Ministerinnen und Minister aus den Landwirtschaftsressorts.

Deutschland hat Schwerpunkte für alle Politikfelder gesetzt. Aufgrund der Corona-Krise musste es seine Ziele für die Ratspräsidentschaft jedoch anpassen. Im Fokus stehen nun der Kampf gegen das Virus, die Erholung der Wirtschaft sowie die Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas insgesamt (Resilienz). Insbesondere die Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) kann die EU handlungsfähiger machen. Das Verteidigungsministerium hat dafür sechs

Ziele ausgearbeitet.

Handelr können

Exklusive Vorteile im Partner-Programm Sonderkonditionen bei Krediten Kostenloses Girokonto mit Guthabenverzinsung¹ Kostenlose TARGOBANK Partner-Programm

Servicenummer: 0800 - 73 76 22 22 Mo.-Fr. 8.00-20.30 Uhr, Sa. 10.00-14.00 Uhr

Alle Vorteile finden Sie unter www.targobank.de/partnerprogramm





DARF'S EIN

Sonderkonditionen und Vorteile

für die Mitarbeiter der Bundeswehr

BISSCHEN MEHR SEIN?

Alle Vorteile unter targobank.de/partnerprogramm

(1) Kostenlose Kontoführung bei einem monatlichen Gehaltseingang von mindestens 600,- EUR oder einem kontinuierlichen Guthaben von mindestens 2.500.- EUR bei der TARGOBANK. Für jeden Kalendermonat, in dem keine dieser Bedingungen erfüllt wird, fällt im Folgemonat ein Grundentgelt von 5,95 EUR an. Es gelten die Konditionen laut Preis- und Leistungsverzeichnis.

4/2020 Spezia Y-Das Magazin der Bundeswehr

Fortschritt gsinitiat sollen diesen Zielen Neben bei

Der strategische Kompass zielt auf das gemeinsame Verständnis von Sicherheit ab. Die Mitgliedstaaten sollen klären, was die EU können soll und was nicht. Alle stimmen überein, dass die EU handlungsfähig sein muss und auf Krisen schneller reagieren können soll. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird den Grundstein dafür legen und eine gemeinsame Bedrohungsanalyse ausarbeiten.

Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der NATO soll gestärkt werden. Dafür soll sich auch die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten untereinander im Bereich Sicherheit und Verteidigung verbessern, um die Position der EU innerhalb der NATO zu stärken. Die NATO ist und bleibt dabei der Eckpfeiler der kollektiven Sicherheit und Verteidigung in Europa.

Das Vorhaben European Medical Cooperation 2.0 soll die Zusammenarbeit der europäischen Streitkräfte für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und darüber hinaus stärken. Das Ziel ist die Entwicklung modularer Pakete mit Sanitätsmaterial, die gelagert und innerhalb Europas schnell verlegt werden können.

Die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten sollen koordiniert und damit effizienter und zielgerichteter gestaltet werden, um Doppelungen und Lücken zu vermeiden. Die Verteidigungsinitiative Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), der jährliche Bericht über die europäische Verteidigungslandschaft (CARD) und der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) unterstützen hierbei.

Um die Einsatzfähigkeit der EU und die Sicherheit der eingesetzten Kräfte zu gewährleisten, müssen die Führungsprozesse verbessert werden. Der militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPCC) soll die Führungsstrukturen der Operationen und Missionen der GSVP in Brüssel zusammenfassen und die permanente Reaktionsfähigkeit bei Krisen sicherstellen.

Digitale Kompetenzen und Cyberverteidigungsfähigkeiten der europäischen Streitkräfte sollen gestärkt werden. Ziel ist es, neue Technologien gemeinsam zu nutzen. Dies ist insbesondere wichtig, um die erfolgreiche Durchführung von Operationen und Missionen der EU zu ermöglichen.

menr

EU-Ratspräsidentschaft EU-Ratspräsidentschaft



Die weltweite Covid-19-Pandemie ist die größte Herausforderung für die Europäische Union seit ihrer Gründung. Auf eine Katastrophe dieser Größenordnung war sie nicht vorbereitet, daher reagierten die einzelnen Mitgliedstaaten anfangs reflexartig mit Alleingängen und entlang ihrer nationalen Interessen. So wurden Grenzen unabgesprochen geschlossen und Exporte von medizinischem Material ausgesetzt.

Sofortmaßnahmen

Zum Glück änderte sich das bald. Seit Ende Februar 2020 koordiniert die EU die gemeinsame europäische Beschaffung von Schutzausrüstung und reguliert deren Export in nicht-europäische Länder. Zudem wird eine medizinische Reserve unter dem Namen RescEU aufgebaut, aus der die Länder mit Hilfsgütern versorgt werden können. Um die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen, wurden nicht notwendige Einreisen nach Europa

zeitlich befristet ausgesetzt. Mehrere Millionen Euro wurden aus dem EU-Haushalt bereitgestellt, um die Mitgliedstaaten bei der Rückholung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Das Katastrophenschutzverfahren der EU ermöglichte es, nahezu 75.000 Personen zurückzuholen.

Forschung Für die Entwicklung

von Impfstoffen, Dia-

gnosetests und Behandlungsmethoden mobilisierte die EU rund 550 Millionen Euro öffentlicher und privater Fördermittel. Über die Initiative "Innovative Arzneimittel" sammelte die EU zudem 90 Millionen Euro an privaten und öffentlichen Spenden. Das Programm Horizon 2020 investiert weitere 122 Millionen Euro in die Forschung zur Bekämpfung der Pandemie. Für denselben Zweck gehen 166 Millionen Euro über das Accelerator-Pilotproiekt des Europäischen Innovationsrats an kleinere Unternehmen und Start-ups. Außerdem

richtete die Kommission gemeinsam mit mehreren Partnern die europäische COVID-19 Plattform ein, um das Sammeln und den Austausch von Forschungsdaten zu ermöglichen. Zudem hat sie Anfang Mai eine internationale Geberkonferenz organisiert. Dadurch wurden bis Mitte Juni 9,8 Milliarden Euro für die Entwicklung von Impfstoffen und Behandlungsmethoden zu Covid-19 gesammel Die Kommission selbst beteiligte sich mit 1,4 Milliarden Euro.

Wirtschaft Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 750 Milliarden Euro für den Ankauf von Staats- und Unternehmenspapieren bereitgestellt. Über das befristete Soforthilfepaket SURE will die Kommission mit Krediten von rund 100 Milliarden Euro die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, über Kurzarbeit Arbeitsplätze zu sichern. Ende Mai stellte die Kommission zudem einen neuen Aufbauplan namens "Next Generation EU" über

750 Milliarden Euro vor, um den wirtschaftlichen Aufschwung anzustoßen. Aus verschiedenen Fonds und dem EU-Haushalt aehen des Weiteren 50 Milliarden Euro an die Mitgliedsländer, um lanafristia die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen.

Entwicklung

Das Nothilfepaket "Team Europe" über 20 Milliarden Euro unterstützt europäische Nachbarstaaten beim Wiederaufbau und notleidende Länder in Afrika, Asien Lateinamerika und der Karibik bei der humanitären Grundversorgung.

Aufklärung

In Zusammenarbeit mit Online-Plattformen will die EU Desinformation und die Verbreitung von Falschinformationen rund um die Corona-Pandemie bekämpfen. Glaubwürdige Quellen werden hervorgehoben und die Sichtbarkeit von Fake News reduziert. Mehr als 110 De<mark>sinformat</mark>ionsnarrative wurden bereits aufgedeckt und unter www.euvsdisinfo.eu veröffentlicht.

56 **57** Y - Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Spezial Y - Das Magazin der Bundeswehr









GBS Schulen



DIE GBS SCHULEN MÜNCHEN

Ihr Experte für technische und kaufmännische Weiterbildung. Kompetent und leistungsstark!

MASCHINENBAUTECHNIKER/IN staatlich geprüft

- Schwerpunkt Luftfahrttechnik wählbar
- kostenloser Einstiegs-Crashkurs

Nur bei uns: Wir starten zwei Mal im Jahr - im Februar und September!

ELEKTROTECHNIKER/IN

staatlich geprüft

- Schwerpunkt Avionik wählbar
- kostenloser Einstiegs-Crashkurs

Nur bei uns: Wir starten zwei Mal im Jahr - im Februar und September!

INFORMATIKTECHNIKER/IN

staatlich geprüft

kostenloser Einstiegs-Crashkurs

FACHINFORMATIKER/IN (IHK) Umschulung

BETRIEBSWIRT

staatlich geprüft

Schwerpunkte wählbar.

Marketing, Finanzwirtschaft, Personalwirtschaft, Informationswirtschaft, Außenwirtschaft mit Spanisch

- anschließend verkürztes Hochschulstudium
- Voll- und Teilzeitmodell möglich
- kostenloser Vorkurs (Mathe und Englisch) für einen weichen Einstieg

GBS Schulen
Fachschulen für Technik
und Fachakademie für Wirtschaft
Goethestr. 12
80336 München
Tel. 089 5398050
gbs-schulen@sabel.com
www.gbsschulen.de







Zweite Karriere als Personal Trainer

Neue berufliche Perspektive mit der BSA-Akademie

In der Fitness- und Gesundheitsbranche wird die Eins-zu-eins-Betreuung aufgrund der aktuellen Entwicklungen immer wichtiger. Dies können Bundeswehrsoldaten nutzen und an der BSA-Akademie nebenberuflich das "BSA-Personal-Trainer-Zertifikat" erlangen. Durch das Lehrgangssystem, das Fernlernphasen mit kompakten Präsenzphasen vereint, können sich Soldaten während ihrer Dienstzeit weiterbilden und so bereits heute ihre Karriere von morgen vorbereiten. Finanziell gefördert werden sie dabei vom Berufsförderungsdienst der Bundeswehr (BFD).

Die BSA-Akademie ist mit über 70 staatlich geprüften und zugelassenen Qualifikationen einer der größten Bildungsanbieter für Prävention, Fitness und Gesundheit. Soldaten haben dadurch die Gelegenheit, sich flexibel nebenberuflich weiterzubilden.

Start in eine neue berufliche Zukunft

Immer mehr aktive Sportler und auch Einsteiger setzen beim Fitnesstraining auf die individuelle Betreuung durch einen Fitnesstrainer, das sogenannte Personal Training. Um die professionelle Grundlage für die kompetente und effektive Durchführung eines Personal Trainings zu schaffen, bietet die BSA-Akademie das "BSA-Personal-Trainer-Zertifikat" an. Nachdem Teilnehmende die drei festgelegten Basisqualifikationen "Fitnesstrainer/in-B-Lizenz", "Existenzgründung" und "Fitnesscoach" (alternativ "Mentaltrainer/in-B-Lizenz") absolviert haben, können sie weitere individuell wählbare Lehrgänge absolvieren und sich unter anderem auf Schwerpunkte wie Training (z.B. "Trainer/in für Freihantel- und Kettlebelltraining"), Ernährung (z. B. "Ernährungstrainer/in-B-Lizenz") und Entspannung (z. B. "Entspannungstrainer/in") konzentrieren. Bereits mit zwei Spezialisierungslehrgängen erhalten Teilnehmende ihr individuelles "BSA-Personal-Trainer-Zertifikat".

Kompetenzerweiterung jederzeit

Um den steigenden Kundenansprüchen gerecht zu werden und sich am Markt bestmöglich zu positionieren, sollten besonders Personal Trainer großen Wert auf kontinuierliche Weiterbildung legen. Deswegen hat die BSA-Akademie das Zertifikat so konzipiert, dass es jederzeit um zusätzliche Lehrgänge erweiterbar ist. Die BSA-Lehrgänge werden vom Berufsförderungsdienst der Bundeswehr (BFD)

Alle Infos unter: bsa-akademie.de/pt

AUFSTIEGSKONGRESS FACHKONGRESS FÜR AKTIVE GESUNDHEITSGESTALTER

Aufstiegskongress 2020

Der Aufstiegskongress hat sich in den vergangenen 13 Jahren als DER Fachkongress für aktive Gesundheitsgestalter etabliert. Auch in diesem Jahr können Sie sich auf interessante Vorträge, aktuelle Fach-Foren und praxisnahe Intensivseminare freuen. Erstmals wird die Veranstaltung als Online-Kongress stattfinden.

Bleiben Sie immer aktuell informiert. Melden Sie sich auf der Kongresswebseite (aufstiegskongress.de) für den kostenfreien Newsletter (ganz unten auf der Seite) an oder folgen Sie uns auf Facebook (facebook.de/aufstiegskongress).



SPEZIALISIERUNGEN -**INDIVIDUELL & VIELFÄLTIG**

Ihr Weg zum **BSA-Personal-Trainer-Zertifikat**

Drei Basislehrgänge

- Fitnesstrainer/in-B-Lizenz
- Existenzgründung
- Fitnesscoach

Zwei Spezialisierungen, z. B.

- Ernährungstrainer/in-B-Lizenz
- Berater/in für Sporternährung

bsa-akademie.de/pt



4/2020 Spezia

: Was in der Charta steht S. 68 • EU-Recht und nationales Recht – wie geht das zusammen? S. 70 • Interview mit Professor Matthias Ruffert S. 71

Grundrechtecharta

Der moralische Kompass

- Die EU bekennt sich zu grundlegenden Rechten und Freiheiten.
- Nationale und europäische Grundrechte sind gleichberechtigt.



Y - Das Magazin der Bundeswehr

Freiheit Freiheit

Grundrechtecharta

Fast zehn Jahre lang rang die Europäische Union um einen gemeinsamen Wertekanon. So wurde aus der Wirtschafts- eine Wertegemeinschaft



Würde des Menschen

Die Menschenwürde ist in Artikel 1 der Charta allen anderen Grundrechten vorangestellt. Das unterstreicht die zentrale Bedeutung dieses Gr<mark>undre</mark>chts. In Artikel 2 folgen unmittelbar das Recht auf Leben und das Verbot der Todesstrafe. Letzteres ist ein gutes Beispiel für eine unmittelbare Wirkung der Grundrechtecharta in den Mitgliedstaaten. Weil nationale Gesetze, die der Charta widersprechen, nicht angewendet werden dürfen, wäre das Verhängen der Todesstrafe oder ihr Vollzug in EU-Ländern immer illegal.

Artikel 3 sichert jedem Menschen das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit zu. Zusätzlich stellt die Norm Hürden

auf, soweit diese in die körperliche Unversehrtheit eingreifen. So ist das reproduktive Klonen von Menschen ebenso verboten wie Organhandel oder eugenische Praktiken, die die Selektion von Menschen zum Ziel haben. In den Artikeln 4 und 5 werden Folter und Sklaverei explizit verboten. Ebenso jede Form erniedrigender Strafen, Menschenhandel und die Leibeigenschaft.

Freiheiten

Artikel 6 bis 19 widmen sich den Freiheitsrechten der Menschen in der EU. Neben Freiheit und Sicherheit der Pe<mark>rson wird zu</mark>m Beispiel auch das Recht auf die Gründung einer Familie sowie das Eingehen einer Ehe ausdrücklich gewährleistet. Die Charta führt die

Religions- und Bekenntnisfreiheit auf und sichert jeder Person die Möglichkeit zu, den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern.

In Artikel 12 wird jeder Person die Versammlungsfreiheit zugestanden. Damit ergänzt die Norm den Artikel 8 des Grundgesetzes, der dieses Recht in Deutschland nur deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern zuspricht. Somit hat zum Beispiel auch eine Französin oder ein Däne das Recht, sich in Deutschland an Demonstrationen zu beteiligen. Artikel 14 gewährt das Recht auf Bildung und Artikel 15 sogar das Recht auf Arbeit. Solche Normen enthalten einen Gestaltungsauftrag für die Mitgliedstaaten. Sie müssen geeignete nationale Regelungen schaffen, um dieses Recht mit Leben zu füllen.

In den Artikeln 18 und 19 sind weitreichende Regelungen zum Asylrecht und zum Schutz vor Abschiebungen enthalten.

Gleichheit

Die Artikel 20 bis 26 der Charta befassen sich mit Gleichheitsrechten. Diese entsprechen in Teilen fast wörtlich den Regelungen in Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes, enthalten aber noch weitergehende Rechte und Diskriminierungsverbote. So werden etwa die besonderen Rechte von Kindern, Älteren und Menschen mit Behinderung besonders herausgestellt.

Solidarität

In diesem Kapitel werden soziale Grundrechte und hier vor allem die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betont, wie beispielsweise der Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und den sozialen Diensten – auch | dauerhaft in Athen wohnt, darf | vermutung.

im europäischen Ausland. Artikel 32 verbietet explizit die Kinderarbeit, in weiteren Artikeln bekennt sich die Charta zum Gesundheitsund Umweltschutz. Artikel 38 verpflichtet die Union dazu, ein hohes Maß an Verbraucherschutz sicherzustellen. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die de facto Abschaffung der Roaminggebühren beim mobilen Telefonieren durch eine EU-Verordnung 2017.

Bürgerrechte

Die Bürgerrecht<mark>e sin</mark>d in den Artikeln 39 bis 46 niedergelegt Sie stellen zum Beispiel sicher, dass jede <mark>Union</mark>sbürgerin und jeder Unionsbürger am jeweiligen Wohnsitz das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen genießt. Und zwar zu denselben Bedingungen wie Angehörige dieses Mitgliedstaates. Im Klartext: Eine Person aus Deutschland, die

dort auch an den Kommunalwahlen teilnehmen. Artikel 45 sichert den Bürgerinnen und Bürgern der Union Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu. Das heißt, jeder darf sich frei im gesamten Gebiet der EU bewegen und aufhalten. Gemäß Artikel 46 haben Unionsbürger im Ausland außerdem Anspruch auf diplomatischen Schutz durch die Vertretungen anderer EU-Staaten, wenn ihr Heimatland dort keine eigene Vertretung unterhält.

Justizielle Rechte

Die justiziellen Rechte umfassen zum Beispiel das Recht auf ein faires Verfahren, das Verbot der Doppelbestrafung und die Unschulds-



Grundrechtecharta

Welches Recht gilt?

EU-Recht und nationales Recht – wie geht das zusammen?

Alle Mitglieder sind an die Gründungsverträge gebunden.

Neue Gesetze müssen in nationales Recht integriert werden.

Primärrecht der EU

Die Mitgliedstaaten erkennen mit Eintritt in die EU die grundlegenden Verträge und alle Gesetzgebungsakte und damit auch die Charta der Grundrechte an. Sie verpflichten sich damit, die in der Charta aufgeführten Freiheiten und Grundrechte zu garantieren, wenn sie EU-Recht in ihren Ländern umsetzen.

Dies ist in Deutschland möglich, weil sich die Bundesrepublik im Grundgesetz bereits 1949 dem Ziel verschrieb, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Artikel 24 des Grundgesetzes ermöglicht es, "Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen" zu übertragen. Damit konnte supranationalen Einrichtungen wie der Europäischen Union Hoheitsgewalt auf deutschem Staatsgebiet eingeräumt werden. Deren Maßnahmen sind dann ohne staatliche Umsetzungsakte unmittelbar rechtlich bindend.

Alle Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates haben grundsätzlich auch die Unionsbürgerschaft inne. Das ergibt sich aus dem Vertrag von Maastricht von 1992. Die

Unionsbürgerschaft tritt neben die jeweilige Staatsangehörigkeit und ergänzt diese. So sichert sie Unionsbürgerinnen und -bürgern europaweit Rechte wie die Freizügigkeit, das Wahlrecht bei Kommunalwahlen oder das Diskriminierungsverbot in anderen

Freiheit

Sekundärrecht der EU

Mitgliedstaaten zu.

Sekundärrecht sind Rechtsakte der Organe der EU, neben den Verordnungen und Richtlinien auch Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen. EU-Verordnungen gelten unmittelbar und sind zwingend. Eine Umsetzung ins nationale Recht ist nicht erforderlich. EU-Richtlinien lassen den Mitgliedstaaten gewisse Spielräume bei der Umsetzung. Vorgeschrieben ist seitens der EU, was in etwa zu regeln ist und binnen welcher Frist. Darauf müssen die

und nationale Regelungen schaffen. Ein gutes Beispiel ist die Arbeitszeitrichtlinie von 2003. Sie mündete aus Sicht der Bundeswehr 2015 in die Soldatenarbeitszeitverordnung.

Rechtsprechung

Oberstes Gericht der EU ist der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. Er wacht über die Einhaltung und Auslegung der Verträge durch die Mitgliedstaaten. Seine Entscheidungen sind für Legislative und Judikative der Mitgliedstaaten bindend. Nationale Gerichte können Fälle dem EuGH vorlegen, wenn sie zum Beispiel für möglich halten, dass die Anwendung nationalen Rechts im konkreten Fall gegen höherrangiges europäisches Recht verstieße. Das nennt man Vorabentscheidungsverfahren. Einzelpersonen können dagegen grundsätzlich Mitgliedstaaten dann reagieren nicht vor dem EuGH klagen.

Interview

Professor Matthias Ruffert lehrt seit 2016 Öffentliches Recht und Europarecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er war Richter am Thüringer Oberverwaltungsgericht und Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs.

Auf welcher Grundlage breitung unterbunden wird. Die konnte die Freizügigkeit ingesetzliche Befugnis dazu ergibt nerhalb der EU während der sich aus Kapitel 6 der Freizügig-Covid-19-Pandemie so massiv keitsrichtlinie von 2004, in dem eingeschränkt werden? die Beschränkung des Ein-Die Freizügigkeit ist ein Grundreise- und Aufenthaltsrecht aller EU-Bürgerinnen rechts aus Gründen und -Bürger und eines der der öffentlichen wichtigsten überhaupt. Abe Ordnung, Sicherauch dieses Grundrecht heit oder Gesundmuss bei einer akuten Geheit geregelt ist. fahr für die öffentliche Sicherheit eingeschränkt werden können. Covid-19 kann nicht grenzüber schreitend bekämnft werden Das geht nur auf lokaler Ebene und dadurch. dass eine un kontrollierte Weiterver-

In welchem Verhältnis stehen aus der Sicht des Bürgers und der Bürgerin die Grundrechte aus dem Grundgesetz und der Europäischen Grundrechtecharta sowie der Furo. päischen Menschenrechtskonvention zueinander? Deutsche und europäische

Grundrechte stehen nebeneinander und nicht in Konkurrenz zueinander. Das Bundesverfassungs gericht hat schon vor Jahren entschieden, dass das Grundgesetz im Lichte der Europäischen Menschenrechtskonvention auszulegen ist. Nach einer weiteren spektakulären Entscheidung vom November 2019 gilt das so nun auch für die Rechte aus der Europäischen Grundrechtecharta.

Was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Errungenschaft der Europäischen Union?

Der Frieden. Wir haben durch die europäische Integration großen Teilen Europas eine seit 75 Jahren dauernde Friedensordnung. Das ist eine große Frrungenschaft

"Deutsche und europäische Konkurrenz zueinander."



Sie leisten viel bei gefährlichen Einsätzen im In- und Ausland. Wir sichern Sie lebenslang gegen finanzielle Folgen von Unfällen ab. Mit der **DBV Unfallversicherung** komfort speziell für Bundeswehrsoldaten. Profitieren Sie als Mitglied im Deutschen BundeswehrVerband

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter www.DBV.de.

von 3% Nachlass.

Über 60 Jahre Partnerschaft mit dem DBwV - rund 150 Jahre Soldatenversicheren





70 Y - Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020





Anstrengungen zum Schutz der Grundrechte von Flüchtlingen sind wirklich groß."

Dagmar Busch,

Abteilungsleiterin für Angelegenheiten der Bundespolizei im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) andersetzung. "Kein Staat kann den Grenzschutz alleine bewältigen. Wir brauchen die Agentur, um gemeinsam und solidarisch den EU-Raum zu sichern." Andernfalls, so Busch, wären der Binnenmarkt und die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger nicht zu gewährleisten. Deswegen seien "alle Mitgliedstaaten sich einig, dass Europa sichere Grenzen und effektive Kontrollen braucht. Das öffentliche Bild von Frontex können wir aber nur begrenzt beeinflussen", erklärt Busch. Deutschland hat sich für die EU-Ratspräsidentschaft das Ziel gesetzt, noch mehr Transparenz zu schaffen und das rechtsstaatliche Handeln weiter zu schärfen. Frontex entsendet neben Einsatzkräften auch Beraterinnen und Berater, die die Arbeit an den Grenzen kontrollieren und Rechtsverstöße verhindern sollen. "Es gibt viele Anfragen aus dem Deutschen Bundestag, alle werden fachgerecht beantwortet. Die Anstrengungen zum Schutz der Grundrechte von Flüchtlingen sind wirklich groß", sagt Busch.

Frontex steht mitten drin im Grundkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Politische Fragen wie die Verteilung von Flüchtlingen kann die Agentur nicht lösen. Sie setzt den Willen der EU-Staaten durch. "Wir dürfen Frontex nicht für grundlegende Fragen verantwortlich machen, die unter den Mitgliedstaaten umstritten sind." Die zentrale Frage, wie Migration nach Europa gesteuert werden kann, muss in Brüssel entschieden werden.

Mehr Aufgaben, mehr Personal

Frontex wurde im Jahr 2004 gegründet, um die EU-Staaten und die Länder, die am Schengen-Raum teilnehmen, beim Grenzschutz zu unterstützen. "Die Agentur ist seitdem stetig ausgebaut worden, ihr Stellenwert für die innere Sicherheit immer weiter gestiegen", sagt Busch. Auch das Aufgabenspektrum hat sich vergrößert: Frontex koordiniert heute die

75



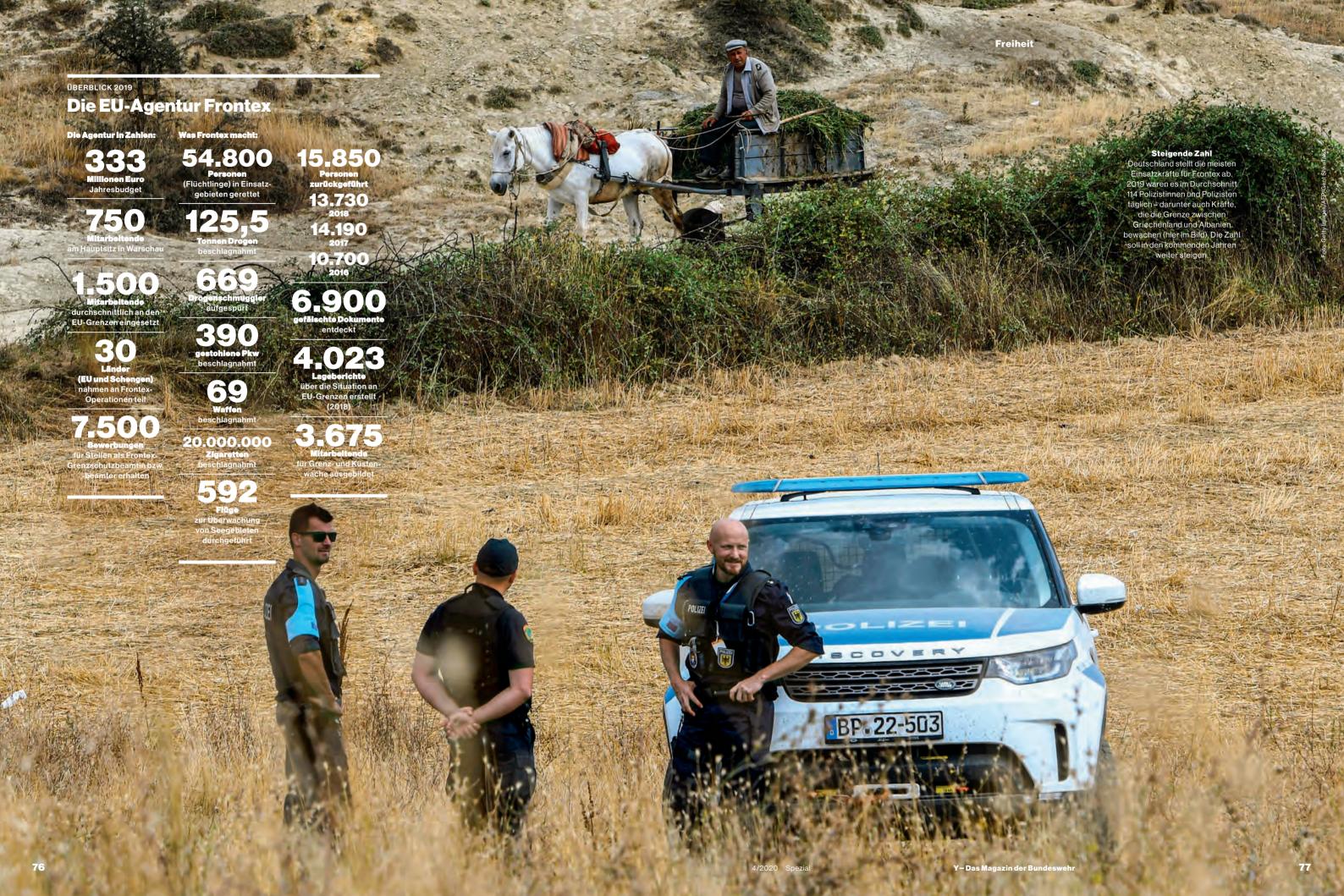
Die Bilder gingen um die Welt: Mehr als eine Million Flüchtlinge machten sich 2015 auf den Weg, um in Europa Schutz und bessere Lebensverhältnisse zu finden. Die Staaten an der EU-Außengrenze waren darauf nicht vorbereitet; von einer gere-

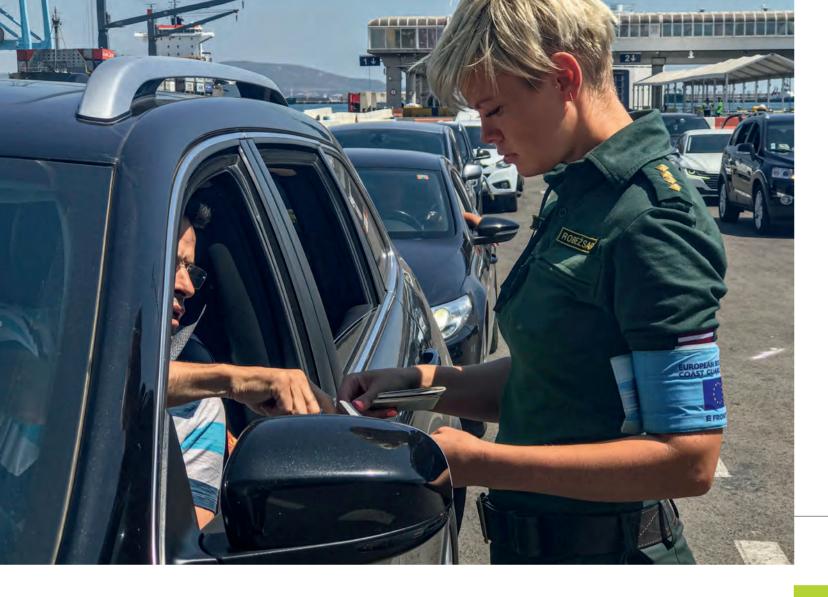
Konfliktfeld Migration

Die übergeordneten Fragen, wie Migration nach Europa gesteuert und wie Fluchtursachen in Afrika und Asien gemindert werden können, müssen politisch entschieden werden. Frontex setzt nur die Beschlüsse der EU-Staaten durch. gelten Einreise und Verteilung der Asylsuchenden war die Union weit entfernt. Seitdem hat sie viele Vorkehrungen getroffen, um eine ähnliche Situation zukünftig zu verhindern und gemeinsame Grenzen besser kontrollieren zu können. Eine zentrale Rolle spielt dabei Frontex, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache. Die Aufgaben und Befugnisse der EU-Einrichtung sind seit dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise weiter gestärkt worden. Die Kontrollen an den Außengrenzen und die Arbeit von Frontex im Allgemeinen sorgen in der

Öffentlichkeit aber immer wieder für Kritik. Medien und Nichtregierungsorganisationen berichten über Gewalt an den Grenzen und abgedrängte Flüchtlingsboote im Mittelmeer.

Die Agentur habe sich seit ihrer Gründung stetig weiterentwickelt und viele Fortschritte gemacht, erklärt Dagmar Busch vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Die Juristin ist dort als Abteilungsleiterin zuständig für die Bundespolizei und damit für den deutschen Beitrag für Frontex. Sie wünscht sich eine sachliche Ausein-





kommen 540 Kurzzeitverwendungen und 225 Soforteinsatzkräfte", erklärt Busch. Die Bundespolizistinnen und -polizisten werden im Vorfeld auf ihre Aufgaben vorbereitet und in Vollzugs-, Grundrechts- und Völkerrechtsfragen geschult. "Wir schicken nur erfahrenes Personal, das seit Jahren im Polizeidienst ist", sagt Busch. Das BMI habe keine Probleme, Freiwillige auch für kurzfristige Einsätze zu finden, im Gegenteil: "Das Interesse ist groß."

Helfen und Lasten teilen

Die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei ist zurzeit die aktivste Route für illegale Migration und bindet, neben griechischem Grenzschutzpersonal, rund 600 Frontex-Angehörige. Anfang März drohte die Lage dort zu eskalieren, nachdem die Türkei erklärte, dass ihre Grenzen zu Europa offen seien. Griechenland forderte schnelle zusätzliche Hilfe an.



Zentrale

Im Lagezentrum in Warschau laufen alle Informationen aus den Einsatzgebieten der Grenzheamtinnen und -heamten zusammen. Zu den Aufgaben von Frontex gehört auch das Erstellen von Lageberichten zur Entwicklung an den EU-Außengrenzen. 2018 waren es 4.023 Berichte.

Busch gehört dem Verwaltungsrat von Frontex an, in dem solche Anfragen entschieden werden: "Wir haben die Situation beraten und schnell geklärt, welches Land Personal und Material zur Verfügung stellen kann." Dänemark bot ein Flugzeug an, Bulgarien, Frankreich und Rumänien Küstenwachboote. Deutschland einen Hubschrauber. Busch meint: "Die Länder wollen sich helfen und die Lasten teilen."

bwconsulting

www.bwconsulting.de/karriere

Du bist es gewohnt, in anderen Mustern zu denken? Dann bewirb dich jetzt! Die BwConsulting ist ein Beratungsunternehmen mit einem sehr speziellen Fokus: Als Inhouse-Gesellschaft beraten wir die strategischen Projekte des Verteidigungsministeriums und der Bundeswehr. Im Auftrag der ministeriellen Leitung sind wir damit treibende Kraft für die kontinuierliche Weiterentwicklung des

gesamten Ressorts.

Verstärkung.

Für unser starkes Team suchen wir

Deine Aufgaben

Du berätst Projekte mit unmittelbarer verteidigungspolitischer Relevanz in Themenbereichen wie Rüstungsmanagement, Cybersicherheit, Steuerungssysteme, Organisationsentwicklung u.v.m. Hier bringst du deine methodischen Fähigkeiten ein, zeigst Lösungswege auf und realisierst gemeinsam mit deinen Projektpartnern die Veränderungen.

Dein Profil

Du analysierst gern und entwickelst daraus zielorientierte Lösungen. Du liebst es, "über den Tellerrand hinaus" zu blicken. Du hast einen sehr auten Hochschulabschluss erzielt sowie idealerweise Berufspraktika in der Beratungsbranche absolviert.

Und vor allem: Du hast auch nach dem Dienstzeitende Lust auf eine Tätigkeit mit besonderem Sinn!

Die EU schützen

operative Zusammenarbeit der Staa-

ten, unterstützt sie in Krisensituati-

onen, bildet Grenzschützerinnen und

-schützer aus und führt Risiko- und

Gefahrenanalysen durch. Das The-

ma Migration steht im Vordergrund,

ist aber nicht das einzige Tätigkeits-

feld. Denn auch die Zusammenarbeit

mit Europol zur Bekämpfung der

organisierten Kriminalität, die or-

ganisatorische Unterstützung von

Rückführungen in Drittstaaten sowie

Rettungseinsätze für Menschen in

Seenot gehören zu den Aufgaben von

der Zentrale in Warschau beschäftigt.

Darüber hinaus stellen die EU-Mit-

gliedstaaten derzeit bis zu 1.700 Be-

amtinnen und Beamte für den Grenz-

schutz vor Ort. "Die Hilfe von Frontex

wird niemandem aufgezwungen. Sie

erfolgt nur dann, wenn ein Mitglied-

staat Personal und andere Unterstüt-

Rund 750 Mitarbeitende sind in

Grenzkontrollen sind wichtig um den Binnenmarkt und die Freizügigkeit in der EU zu schützen. Dabei geht es nicht nur um illegale Migration, sondern auch um Terrorismus. den Schmuggel von Drogen und Waffen und andere kriminelle Tätigkeiten.

zungsleistungen anfordert", erklärt Busch. "Die betroffenen Länder müssen hier ihre Zurückhaltung überwinden und den Mehrwert von Frontex erkennen." Bis 2027 soll Frontex über 10.000 Einsatzkräfte verfügen. Das Lagezentrum in Warschau arbeitet schon heute Tag und Nacht, um schnell reagieren und Soforteinsätze koordinieren zu können.

Deutschland stellt das größte Kontingent bei Frontex. 2019 waren im Durchschnitt täglich 114 deutsche Polizistinnen und Polizisten in Italien, Spanien, Bulgarien oder Griechenland im Einsatz. Die meisten von ihnen kommen von der Bundespolizei. Boote und Streifenfahrzeuge werden ebenfalls gestellt. Zurzeit stellt sich das Innenministerium auf den Personalaufwuchs bei Frontex ein. "Ab 2021 wollen wir 61 Langzeitexpertinnen und -experten abordnen, die für zwei Jahre für Frontex arbeiten. Dazu

BwConsulting. Die Inhouse-Beratung der Bundeswehr.

78 Y-Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 Freiheit Freiheit

stillstand statt neuer Visionen S. 80 · Rechtsruck in vielen Staaten S. 82 · Flüchtlingspolitik spaltet Union S. 83 Gefahren aus dem Inneren S. 84 · Unsichere Zeiten S. 85

Bedrohungen

Eine knappe Mehrheit der britischen Bevölkerung sprach sich 2016 in einem Referendum für den Austritt aus der EU aus. Es folgten langwierige Debatten und innenpolitische Turbulenzen, ehe der Brexit im Januar 2020 unter Premierminister Boris Johnson vollzogen wurde.

Zerreißprobe für Europa

- Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen, die die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger gefährden.
- Einige Länder und Parteien stellen die EU infrage.

TEXT Florian Stöhr

Stillstand statt neuer Visionen

Wohin sich die EU entwickeln soll, darüber sind sich die Mitglieder uneins.

- Ein Mitgliedstaat ist aus der EU ausgetreten.
- Streitfragen landen vermehrt vor Gericht.

Am 31. Januar war es soweit: Großbritannien ist aus der EU ausgetreten. Nach zähen Verhandlungen hat erstmals ein Mitgliedstaat die Union verlassen. Die Folgen des Brexit sind ungewiss. Nicht ausgeschlossen, dass es Nachahmer geben wird. Das europäische Projekt steckt in der Krise: Einige Mitgliedstaaten denken zuerst an den eigenen Vorteil statt an die Gemeinschaft. Es wird gestritten um Kompetenzen, Rechtsverstöße und Geld. Eine gemeinsame Vision, wie der Integrationsprozess weitergehen soll, ist derweil kaum die EU-Kommission Klage gegen

zu erkennen. Durch viele Bereiche zieht sich die Frage, ob die Staaten weitere Befugnisse abtreten oder lieber national handeln wollen. Darunter leiden drängende Zukunftsfragen wie die Klimapolitik. Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leven hat mit dem Green Deal zwar durchaus ambitionierte Pläne vorgestellt, in einigen Mitgliedstaaten regt sich aber bereits Widerstand.

Der Integrationsprozess ist nicht zum ersten Mal ins Stocken geraten. Die Liste unvollendeter Projekte und Rückschläge ist lang: 1954 scheiterte die Idee der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und einer gemeinsamen Armee. Außerdem fielen mühsam ausgehandelte Verträge in Referenden durch - auch der Versuch, Europa eine Verfassung zu geben.

In der Vergangenheit haben es die Mitgliedstaaten immer geschafft, Bedenken auszuräumen und aus Krisen gestärkt hervorzugehen. Davon ist die EU heute weit entfernt. Vermehrt landen Streitfragen und Vertragsverletzungen vor dem Europäischen Gerichtshof. Erst im Mai reichte

Österreich ein. Der Vorwurf: Das Land macht Sozialleistungen vom Aufenthaltsland abhängig und verstößt damit gegen die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger. Ein Trend stimmt aber optimistisch: Die Zustimmungswerte zur EU in der Bevölkerung steigen. Die Mehrheit ist davon überzeugt, dass die europäischen Staaten zusammengehören.

sind aktuell der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache ist. Das ist der höchste Wert in den vergangenen 25 Jahren

Land der EU bei. Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei werden offiziell als Beitrittskandidaten geführt.



Bedrohungen

In fast allen europäischen Staaten haben sich rechtspopulistische Parteien in den Parlamenten etabliert. In acht Ländern sind sie Teil der Regierung.

rechtspopulistische Partei

letzter Parlamentswahl)

in der Regierung

in der Regierung (mit Ergebnis bei

keine rechtspopulistische Partei

Rechtsruck in vielen Staaten

EU-feindliche Parteien regieren in manchen Ländern bereits mit.

- Rechtspopulisten stellen viertgrößte Fraktion im EU-Parlament.
- Skandale kratzen am Ansehen der rechten Parteien.

Österreich sorgte im Jahr 2000 für einen Tabubruch. Die konservative ÖVP ging ein Regierungsbündnis mit der rechtspopulistischen FPÖ ein. Als Reaktion schränkten die europäischen Staaten vorübergehend die Zusammenarbeit ein. Ein Expertenrat musste vermitteln und Kompromisslinien ausloten. Mittlerweile haben sich in ganz Europa rechte Parteien etabliert, die mit einfachen Botschaften und nationalistischen Parolen bei Wahlen erfolgreich sind. In acht der 27 Mitgliedstaaten sind sie Teil der Regierung. Besonders kritisch ist die Situation in Polen und Ungarn. In beiden Ländern sind Rechtspopulisten seit Jahren allein an der Macht und setzen demokratische Regeln außer Kraft.

Deutschland galt lange Zeit als Ausnahme - bis die AfD aus der Bundestagswahl 2017 als größte Oppositionspartei hervorging. Geht es nach ihr, sollten die EU und ihre Institutionen abgeschafft oder zumindest stark in ihren Befugnissen beschnitten werden.

Es geht ein Rechtsruck durch Europas Gesellschaften. Das zeigt sich nicht nur bei Länderwahlen, sondern auch im EU-Parlament.

Bei der Europawahl 2019 hatten europaskeptische, nationalistische und rechtsextreme Parteien enormen Zulauf. Um den Einfluss Brüssels zurückzudrängen, haben sie die Fraktion "Identität und Demokratie" gegründet. AfD-Chef Jörg Meuthen gab die Stoßrichtung vor: "Wir sind hierhergekommen, um Stachel im Fleisch der

Eurokraten zu sein." Mit 76 Abgeordneten ist das Bündnis die viertgrößte Fraktion im Parlament. Allerdings kratzen Skandale und interne Streitigkeiten am Image der Rechtspopulisten. So flog die FPÖ 2019 nach der "Ibiza-Affäre" aus der österreichischen Regierung. Bei den anschließenden Neuwahlen stürzte sie ab.

Slowenien

24,9 %

Estland Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estnische Konservative Volkspartei)

Lettland

Kam pieder valsts (Wem gehört der Staat?)

14,3 %

Nacionālā apvienība (Nationale Vereinigung) 11.1%

Polen

Slowakei

osobnosti

25,0 %

8,2%

Slovenska demokratska stranka

Italien

Movimento 5 Stelle

(Fünf-Sterne-

Bewegung)

32,7%

(Slowenische Demokratische

Sme rodina

Obvčainí ľudia a nezávislé

(Gewöhnliche Leute und

unabhängige Personen)

(Wir sind eine Familie)

Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)

43.6 %

Ungarn Fidesz

(Ungarischer Bürgerbund) 49,3%

Bulgarien Obedineni Patrioti (Vereinigte Patrioten)

705

Geaner der EU

4/2020 Spezial

Die 2019 gegründete Fraktion "Identität und Demokratie" hat 76 Sitze im EU-Parlament, Ihr gehören nationalistische und rechtsextreme Parteien an. Aber auch in anderen Fraktionen gibt es rechtspopulistische und EU-skeptische Parteien.

Flüchtlingspolitik spaltet Union

Wie sollte mit Migration umgegangen werden? Ein Thema, das Zündstoff liefert.

- Die EU-Staaten sind sich uneins über die Verteilung von Asylsuchenden.
- Infolge der Flüchtlingskrise 2015/16 wurden die Außengrenzen massiv gestärkt.

Kein Thema hat die EU-Staaten in den vergangenen Jahren so beschäftigt wie die Flüchtlingskrise. Die hohe Zahl an Migranten, die in Europa Schutz und Asyl suchen. setzt die Staaten unter Druck. Rechtspopulisten nutzen das Thema, um Vorurteile zu schüren.

Seit der Flüchtlingskrise 2015/2016 ist die Europäische Union bei diesem Thema gespalten. Die Mitgliedstaaten verfolgten damals wie heute unterschiedliche Strategien. Polen, Tschechien und Ungarn weigerten sich, Flüchtlinge aufzunehmen. Der Europäische Gerichtshof befand zwar 2020, dass sie damit gegen EU-Recht verstoßen haben, dennoch konnten sich die Staaten bis heute nicht auf einen Mechanismus zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen einigen.

Keine gemeinsame Linie

Y-Das Magazin der

Bis heute konnten sich die EU-Staaten nicht auf einen gemeinsamen Umgang mit Flucht und Migration einigen. Im März endete die EU-Operation Sophia, bei der Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet wurden. Aber noch immer sterben Menschen auf dem Weg nach Europa.

Infolge der Krise stärkten die europäischen Staaten die EU-Außengrenzen und schlossen Abkommen mit Nachbarländern, um illegale Migration zu erschweren. Die EU-Operation EUNAVFOR MED Sophia rettete bis vor Kurzem Tausende Schiffbrüchige im Mittelmeer. Zivile und militärische Einsätze in Afrika zielten und zielen immer noch auf die Bekämpfung von Fluchtursachen ab.

Die grundsätzliche Frage bleibt aber offen: Wie lässt sich Zuwanderung nach Europa steuern und organisieren? Eine gezielte Migrationspolitik ist angesichts der Überalterung der Gesellschaften eigentlich unverzichtbar, die Fronten sind in der EU aber verhärtet. Das Thema wird daher weiterhin für Zündstoff sorgen.

.Die Seenotrettung ist für uns nicht nur Verpflichtung, sondern sie ist ein Gebot der Humanität."

Angela Merkel, Bundeskanzlerin

Bedrohungen

Die Militärausgaben steigen laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI weltweit. Gut zwei Drittel der Ausgaben fallen auf sieben Länder, darunter Deutschland.

Gefahren aus dem Inneren

Terrorismus und Verbrechen bedrohen den Frieden innerhalb der EU.

- Immer wieder kommt es zu verheerenden Anschlägen.
- Durch Kriminelle entstehen Schäden in Milliardenhöhe.

Europa war in jüngster Zeit Schauplatz verheerender Terroranschläge. Paris, Oslo, Brüssel, Berlin - religiöser und politisch motivierter Terrorismus ist eine der größten Gefahren der inneren Sicherheit. Die EU-Staaten haben 2005 eine gemeinsame Strategie aus Prävention, Strafverfolgung und Schutz kritischer Infrastrukturen beschlossen. Die Strategie wird seitdem regelmäßig aktualisiert, zuletzt wurde im März 2020 die Liste der Terrororganisationen erneuert, die überwacht werden und deren Vermögen eingefroren wird.

Die Anstrengungen zeigen Wirkung: Die Zahl der Terroropfer geht zurück, nachlassen darf die EUnicht. Unter den islamistischen Tätern sind nicht nur ausländische Kämpfer, sondern immer öfter auch Rückkehrer aus Kriegsgebieten und Bürger, die sich durch das Internet radikalisieren. Letzteres gilt auch für rechtsextreme Terroristen, die zuletzt verstärkt in Erscheinung traten.

Die Bekämpfung des Terrorismus ist eine Daueraufgabe, das gilt auch für organisierte Kriminalität. Das BKA beziffert die Schäden durch Drogen- und Waffenhandel, Prostitution und Wirt-

schaftsdelikte allein in Deutschland auf rund 700 Millionen Euro im Jahr. Die EU-Staaten arbeiten in der Innen- und Justizpolitik eng zusammen, um den Binnenmarkt und die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und Missbrauch zu erschweren. So sollen die Polizeibehörde Europol und die Grenzschutzagentur Frontex die EU sicherer machen. Um Internetkriminalität zu stoppen, wurde die Cyberagentur ENISA gegründet.

In der gemeinsamen Strategie für innere Sicherheit von 2010 wird auch der Bevölkerungsschutz bei Epidemien und Katastrophen genannt. Die Corona-Krise lehrt: Die EU ist nur so stark, wie es die Mitglieder zulassen. Zu Beginn vertrauten diese meist auf nationale Strukturen. Es brauchte einige Zeit, bis sie erkannten, dass grenzüberschreitende Gefahren besser gemeinsam bewältigt werden können.



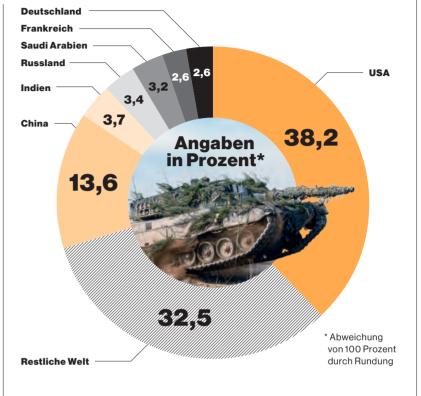
Unsichere Zeiten

Zwischen den globalen Mächten rumort es, altes Vertrauen geht verloren.

- Russland gilt seit der Krim-Annexion als Aggressor.
- Das Verhältnis zur Schutzmacht USA ist abgekühlt.

Bewaffnete Kräfte blockieren Straßen, besetzen Polizeistationen und Kasernen. Die "grünen Männchen" tragen keine Abzeichen und unterstützen Rebellen beim Kampf gegen die Regierung. Was sich anhört wie ein Übungszenario, war der Beginn der Krimkrise im Jahr 2014. Kurze Zeit später annektierte Russland die ukrainische Halbinsel.

Europa wird seitdem von einer neuen Konfliktform bedroht: hybride Kriege. Sie sind eine Mischform aus offenen und verdeckten Mitteln, regulären und irregulären Strategien, um freie Gesellschaften zu destabilisieren. Russland setzte neben militärischen Mitteln auf Propaganda, wirtschaftlichen Druck und Cyberangriffe. Die osteuropäischen Staaten fühlen sich infolge dessen von ihrem großen Nachbarn bedroht und vertrauen bei ihrem Schutz auf die NATO. Dabei ist



das europäische Verhältnis zu den USA unter Präsident Donald Trump merklich abgekühlt.

Hinzu kommen weitere Faktoren, die die Sicherheit bedrohen: Viele Staaten der Welt rüsten auf. Die großen Mächte vertrauen sich nicht, gemeinsame Abrüstungsabkommen werden aufgekündigt. Europa wird zugleich mit Konflikten im Mittleren Osten und Afrika konfrontiert, die die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit weiter verschwimmen lassen.

Seit 2003 hat die EU 38 militärische und zivile Missionen durchgeführt, um Krisenherde

zu stabilisieren und Frieden und Menschenrechte zu fördern. Dem Selbstverständnis als Gestaltungsmacht mangelt es aber vielfach an Fähigkeiten und Durchschlagskraft. Die Mitgliedstaaten sind sich nicht immer einig, wie weit die Integration in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik reichen soll. Einige Staaten, darunter auch Deutschland, gehen seit 2017 mit der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) voran. Von einer gemeinsamen Stimme ist die EU noch weit entfernt, eine europäische Armee ist aktuell nicht geplant.

"Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung."

Vertrag über die Europäische Union (Fassung von 2008), Artikel 42, Absatz 7

84 Y-Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Spezial Y-Das Magazin der Bundeswehr 85

Tatort: Darknet

Im September 2019 hebt die Koblenzer Staatsanwaltschaft einen der größten Darknet-Hoster weltweit aus. Doch an das kriminelle Datenzentrum ranzukommen, dauert fast fünf Jahre. Erst als Europol die nationalen Behörden vernetzt, sammeln sie genug Beweise, um die Verbrecher dingfest zu machen.

Eine europäische Crime-Story!

TEXT Patrick Enssle ILLUSTRATION Marie Saathoff

Der Niederländer Herman Johan Xennt und sein Geschäftspartner Sven Olaf Kamphuis kaufen am 26. Juni 2013 von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die ehemalige Kaserne Mont Royal in Traben-Trarbach für 450.000 Euro. Dort richten sie ein Serverzentrum für ihre Firma Cyberbunker ein. Das ist ein von ihnen geführter Internet Service Provider.





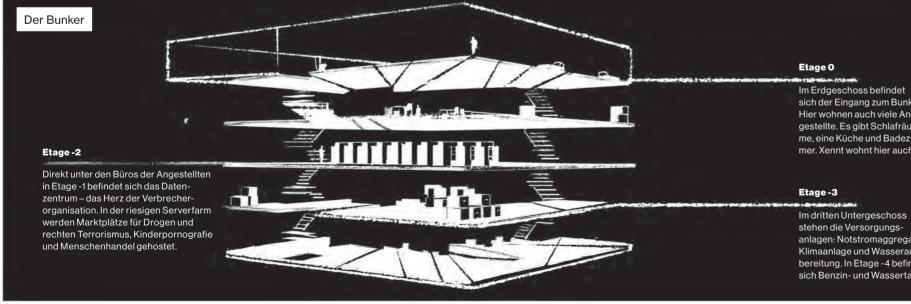
Spezial 4/2020







Market vertreiben private Anbieter Drogen, gestohlene Daten, gefälschte Dokumente und Schadsoftware.



sich der Eingang zum Bunker. gestellte. Es gibt Schlafräume, eine Küche und Badezim

anlagen: Notstromaggregate Klimaanlage und Wasseraufbereitung. In Etage -4 befinder sich Benzin- und Wassertanks



und anonymes Hosting passen zum kriminellen Geschäft.

Herr Angerer? Hier spricht Europol.
Wir haben gemeinsam mit dem finnischen Zoll die illegale Online-Plattform
Valhalla lahmgelegt. Jetzt registrieren
wir verstärkte Bitcoin-Ströme bei
Wall Street Market. Die Dealer haben
dort anscheinend ein neues Zuhause
gefunden. Das sollten Sie sich ansehen!

Der Bunker ist gut geschützt: Stacheldraht, Wachhunde und ein nicht einsehbares Gelände. Mit klassischen Ermittlungsmethoden komme ich hier nicht weiter ...



Ich habe die Orangen gefunden, erzählen Sie mir mehr dazu.

Es ist ein Chinese und der hat 700 Kisten Orangen bekommen, er braucht noch 350 Kisten, damit er die Ladung vollmachen kann. Das ist nicht so einfach, ich weiß.



Xennt und seine Männer wissen, dass sie beschattet werden. Sie sind vorsichtig und sprechen in Codes.



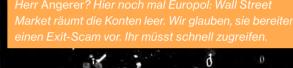
Oberstaatsanwalt Jörg Angerer, Chef einer Spezialeinheit

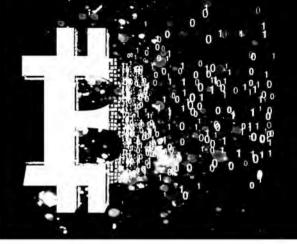


Über Monate lässt Angerer den Bunker observieren: Hubschrauber liefern Bilder, Verdächtige werden beschattet und Mobiltelefone angezapft.



Derweil schlendert Xennt mit einem Unbekannten durch die Stadt. Die Ermittler erkennen in ihm Mr. Green, einen irischen Mafiaboss, der bereits seit Jahren die Insel mit Drogen überschwemmt.

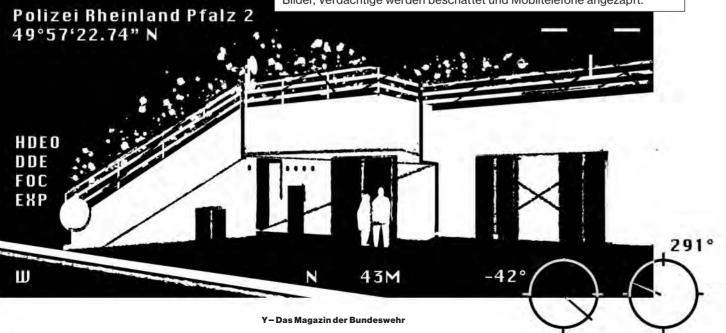




Europol bestätigt den Verdacht: Ja, das ist unser Mr. Green. Wir folgen bereits Hinweisen anderer Mitgliedstaaten, nach denen er womöglich in Cybercrime-Aktivitäten in Deutschland involviert ist. Das müssen wir gemeinsam anpacken.

Ab Anfang 2019 führen Europol, FBI und das Bundeskriminalamt verstärkte Ermittlungen gegen Wall Street Market durch.
Als die Betreiber der Plattform Angst bekommen, versuchen sie Bitcoins im Wert von mehreren Millionen Euro beiseitezuschaffen und fliegen dabei auf. Xennts Team händigt die Server von Wall Street Market widerstandslos an die Polizei aus.





4/2020 Spezial

Freiheit Freiheit



Auf den Servern von Wall Street Market hat Angerer genügend Beweise gefunden, um Cyberbunker anzapfen lassen zu können. Er schleust zudem einen Maulwurf ein und bereitet die Haftbefehle vor.











650 Polizeibeamte entdecken im Bunker Schaltschränke mit 400 Servern, zwei Milliarden Megabyte Daten befinden sich darauf. Ausschließlich kriminelle Seiten wurden gefunden.

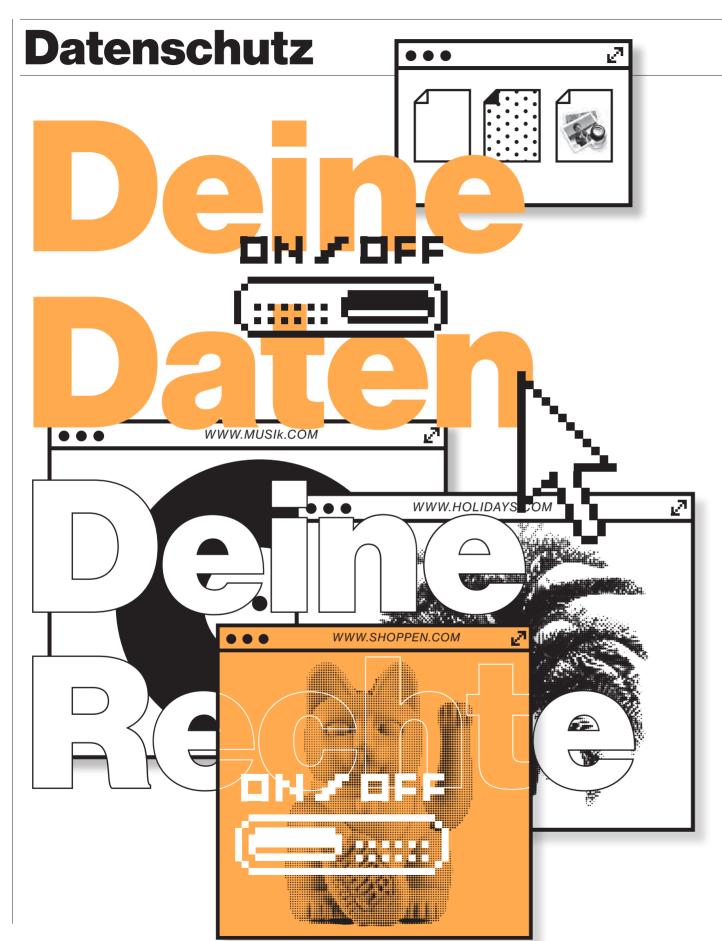
Rund ein halbes Jahr später wird Anklage gegen Xennt und sieben seiner Mitstreiter erhoben. Ihnen wird unter anderem Beihilfe zu Datenhehlerei und Drogenhandel vorgeworfen.





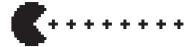
Die Auswertung aller Daten wird Monate, vielleicht Jahre dauern. Viele Fragen sind offen. Welche Rolle spielte zum Beispiel Mr. Green? Und wer war noch involviert? Der Job ist noch nicht erledigt, aber gemeinsam bleiben Europol und die Staatsanwaltschaft dran.

Freiheit Freiheit



92

Mehr Informationen gibt es unter www.verbraucherzentrale.de/wissen/digitale-welt/datenschutz



- > Seit Mai 2018 gilt die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Sie wurde zuvor vom Europäischen Parlament beschlossen.
- Viele Unternehmen ächzen aufgrund der neuen Regeln, da sie mehr Aufwand bedeuten. Doch für die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU stellen sie einen wirksamen Schutz ihrer Daten dar.

TEXT Sebastian Blum



Zwei wichtige Punkte vorweg: Die DSGVO ist eine Verordnung, keine Empfehlung der EU. Das heißt, die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, das Gesetz umzusetzen. Außerdem gilt das Marktortprinzip: Die DSGVO greift also nicht nur bei den Unternehmen, die innerhalb der EU ihren Sitz haben, sondern auch für jene, die innerhalb der EU Geschäfte betreiben, also zum Beispiel Facebook oder Google. Das garantiert den Menschen in der EU einheitliche Datenschutzregeln.

Was sind Personendaten?

Nach dem Grundsatz der informationellen Selbstbestimmung haben EU-Bürgerinnen und -Bürger das Recht, über die Verwendung ihrer personenbezogenen Daten zu bestimmen. Zu den betroffenen Daten zählen alle Informationen zu einer Person, wie Name, Alter und Geschlecht, aber auch Wohnort, Arbeitgeber und Krankengeschichte. Bilder, die eine Identifizierung der Person zulassen, sind

ebenfalls darin eingeschlossen wie alle Daten, die sich auf eine identifizierbare, echte Person beziehen. Achtung: Nicht jedes Foto fällt unter den Datenschutz. Analoge Aufnahmen sind ausgenommen, ebenso private Bilder wie Familienfotos und solche, die von Journalistinnen und Journalisten im Kontext einer Berichterstattung gemacht werden.

Einwilligen: ja oder nein?

Die für Nutzerinnen und Nutzer deutlichste Änderung seit Inkrafttreten der DSGVO ist die Einwilligung. Jeder Datenverarbeitung muss vorher explizit zugestimmt werden. Das Unternehmen hat die Pflicht, dies zu dokumentieren und muss in der Lage sein, jederzeit darüber Auskunft zu geben. Diese Einwilligung kann übrigens jederzeit vom Nutzer beziehungsweise der Nutzerin zurückgenommen werden. Achtung: Bestimmte Aktionen erfordern bestimmte Daten. Aus Prinzip jeder Datenspeicherung zu widersprechen, ist keine Lösung. Besser: Genau hinschauen, welche Daten gespeichert werden sollen und zu welchem Zweck.

Was wird gespeichert?

Unternehmen sind verpflichtet, nur die für das anliegende Geschäft wichtigen Daten zu erheben. Für die Buchung eines Hotelzimmers könnte der Hotelbetreiber also wissen wollen. ob du Raucher bist oder nicht. Er könnte außerdem abfragen, ob du bereits im geschäftsfähigen Alter bist. Dein Geburtsdatum dagegen geht ihn nichts an. Außerdem dürfen Unternehmen die von ihnen erhobenen personenbezogenen Daten nur für den einen, zuvor definierten Zweck gebrauchen, und sie sind verpflichtet, bestimmte Daten nach Erfüllung des Zwecks wieder zu löschen. Achtung: Andere Daten sind sie verpflichtet zu speichern, zum Beispiel deine Einwilligung zur Datenspeicherung. Mehr dazu unten.

Welche Rechte gibt es noch?

Alle EU-Bürgerinnen und -Bürger haben das Recht, auf Anfrage von jedem Unternehmen zu erfahren, welche Daten dieses Unternehmen von ihnen speichert und was es damit macht. Du hast außerdem das Recht, die Daten korrigieren zu lassen, der Verarbeitung zu widersprechen und sogar eine Löschung, Aushändigung oder Übertragung deiner Daten zu fordern. Dadurch wird zum Beispiel der Wechsel zu einem anderen Mobilfunkanbieter erleichtert.

Y-Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Spezial Y-Das Magazin der Bundeswehr 93



Die EU habe Millionen von Menschen Schutz und Unterstützung geboten, Menschenleben gerettet und Schleusernetze zerschlagen. Die Zahl der irregulären Einreisen nach Europa sei auf das niedrigste Niveau seit Jahren gesunken. Darüber hinaus habe die EU dazu beigetragen, die wahren Ursachen der Migration zu beseitigen und bessere Chancen in den Herkunftsländern zu schaffen. Das bescheinigt sich die Europäische Kommission in einem Rechenschaftsbericht im Frühjahr 2019. Das ist eine gute Zusammenfassung der Erfolge, doch gibt es in Sachen Migration und Asyl weiterhin Handlungsbedarf.

Gute Flüchtlingspolitik oder nur Scheckbuchdiplomatie?

Rückblick: Im März 2016 schlossen die EU und die Türkei ein Abkommen, mit dessen Hilfe die Fluchtbewegung in die EU unterbunden oder zumindest reduziert werden sollte. Die Türkei erhielt in der Folge rund sechs Milliarden Euro, um Flüchtlinge im eigenen Land zu versorgen und ihre Weiterreise nach Europa zu verhindern. Tatsächlich verringerte sich die Zahl der im türkischen Nachbarland Griechenland ankommenden Migrantinnen und Migranten um 97 Prozent. Im zentralen Mittelmeerraum ging 2018 ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent zurück und sank 2019 erneut drastisch. Der Rückgang der Migrationszahlen ist jedoch auch das Ergebnis institutioneller Anstrengungen, wie beispielsweise der Stärkung der Grenzschutzagentur Frontex und der Einrichtung von sogenannten Hotspots auf den griechischen Ägäisinseln und in Italien, wo ankommende

Flüchtlinge zusammengefasst, identifiziert, registriert und einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Hinzu kommt die finanzielle Förderung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern.

Trotz aller Anstrengungen steht die EU vor einem Dilemma: Wie passt das Bestreben, möglichst viele Flüchtlinge vor den Grenzen Europas abzufertigen, zu dem selbst gesetzten Anspruch, möglichst vielen Menschen ein Leben in Würde unter Achtung ihrer Menschenrechte zu ermöglichen? Von einer nachhaltigen und solidarischen Flüchtlingspolitik im Sinne ihrer Werteorientierung ist die EU weit entfernt.

Mit Blick auf das Europa-Türkei-Abkommen von 2016 sprechen Kritiker von europäischer Scheckbuchdiplomatie, mit deren Hilfe die Türkei gegen Geld Geflüchtete von Europas Grenzen fernhalten solle. Nach einer weiteren Eskalation des syrischen Bürgerkriegs und der kurzzeitigen Öffnung der türkischen Grenze im Februar 2020 stellte die Kommission für die Türkei - zusätzlich zu den bereits ausgezahlten beziehungsweise zugesagten sechs Milliarden Euro nochmals 485 Millionen Euro bereit. Die EU, so der Vorwurf, habe die eigene Migrationspolitik in die Türkei ausgelagert.

Der Staatenbund befindet sich in einer Zwickmühle zwischen dem ideologischen Anspruch der Durchsetzung der allgemeinen Menschen-



Mit Handschlag beschlossen Der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu (I.), der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk (m.), und der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker (r.), beschließen 2016 den Flüchtlingsdeal.



tem sind nach wie vor vage.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die EU künftig mit den vielen Personen umgehen soll, die Schutz vor Krieg oder politischer Verfolgung suchen und das in Artikel 18 der EU-Grundrechtecharta sowie in den nationalen Verfassungen der Mitgliedstaaten verbriefte Recht auf Asyl einfordern. Eine Lösung scheint überfällig, denn zahlreiche Migrantinnen und Migranten reisen in die EU ein und wandern von Land zu Land, stellen mehrfach einen Asylantrag und wechseln nach der Ablehnung in einem nationalen Asylsystem und erfolgloser Ausnutzung aller gerichtlichen Einspruchsmöglichkeiten in einen anderen Mitgliedstaat. Einige EU-Länder verweigern die vertraglich vereinbarte Rücknahme von Asylsuchenden und die Durchführung von deren Verfahren. Im Ergebnis halten sich zahlreiche Menschen ohne Schutzgründe teils über viele Jahre in Europa auf und belasten die nationalen Sozial- und Asylsysteme, mit der Folge, dass die Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten wächst.

Uneinigkeit darüber, wie es weitergehen soll

Um menschenwürdige Asylverfahren zu ermöglichen, sehen aktuelle Vorschläge in Fortschreibung des Ansatzes der Hotspots vor, den Asylanspruch schon an den europäischen Außengrenzen zu prüfen. Wer gemäß der einschlägigen EU-Verordnungen und Richtlinien als schutzbedürftig eingestuft wird, soll in ein europäisches Land verteilt werden, das zur Übernahme und zur endgültigen Abwicklung des Asylverfahrens bereit ist. Dabei sind die Mitgliedstaaten ver-



Warten in Ungewissheit
Das Flüchtlingslager Moria
auf Lesbos ist mit rund
20.000 Bewohnerinnen und
Bewohnern Europas größtes
Flüchtlingslager.

pflichtet, die gültigen EU-Richtlinien umzusetzen, etwa was die Standards der Unterbringung, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Durchführung des Asylverfahrens angeht. Nicht schutzbedürftige Personen hingegen sollen schon an der Außengrenze in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden, wobei Frontex eine Schlüsselrolle zukommen soll. Kritiker lehnen diese Vorprüfungen an den EU-Außengrenzen jedoch generell ab, weil diese das verfassungsmäßig verbriefte Recht auf Asyl unterlaufen. Alle Schutzsuchenden müssten in der EU ein faires Asylverfahren erhalten. Push-Backs, also Zurückweisungen Schutzbedürftiger ohne die Abwicklung des Asylverfahrens mit umfassender Einzelfallprüfung, seien illegal und müssten ausgeschlossen werden.

Insbesondere bei der Frage, nach welchem Schlüssel die Migrantinnen und Migranten innerhalb der EU ver-

Spezial 4/2020



Endlich angekommen Seine Flucht führte den Gambier Omar Ceesay über Libyen und Italien an den Bodensee. Dort machte er eine Schreinerausbildung. Erst wenige Tage vor Ausbildungsbeginn erhielt er ein Visum für Deutschland.

teilt werden sollen, zeigen sich die Mitgliedstaaten uneins. Eine solidarische Lösung, das heißt die Verteilung von Flüchtlingen ausschließlich an aufnahmewillige Staaten, läuft dem europäischen Gedanken der Lastenteilung und auch dem für die EU grundlegenden Bekenntnis zu den Menschen- und Grundrechten zuwider, das schließlich alle Mitgliedsländer abgegeben haben. Die Forderung wiederum, die Aufnahme verweigernde Mitgliedstaaten sollten finanzielle Ausgleichszahlungen leisten, lässt sich in der Praxis nur schwer durchsetzen und führt zu zusätzlichen Spannungen innerhalb der Union. Bei der Seenotrettung oder bei der Rückholung von Kindern aus Griechenland springen immer nur wenige Staaten ein, während andere die Kosten oder vermeintlichen Lasten der Zuwanderung auf andere Staaten abwälzen.

Glaubwürdigkeit der EU steht auf dem Spiel

Für April 2020 hatte die EU-Kommission einen neuen Pakt für Asyl und Migration angekündigt, um die jahrelange politische Blockade zu überwinden und zu einem krisenfesteren, belastbareren europäischen System der Lastenteilung zu gelangen. Hierzu kam es wegen der Corona-Pandemie nicht. Der Streit um ein europäisches Asylsystem geht weiter, Grundsatzkonflikte in der EU-Migrations- und Asylpolitik werden sich absehbar nicht entschärfen.

Der zentrale Streitpunkt, wie die Asylantragstellenden innerhalb der EU zu verteilen sind, wird bis auf Weiteres wohl nur in freiwilligen Koalitionen umgangen werden können. Aufnahmezentren und Vorabprüfungen in Grenznähe lassen sich, seit dem Frühjahr unter den Anforderungen des Gesundheitsschutzes mit Corona, kaum realisieren, während für die Einrichtung von EU-Asylzentren in vielen Mitgliedstaaten der politische Wille fehlt. Wenn die Werteunion glaubwürdig bleiben will, muss sie für diese Probleme bald eine Lösung finden.



Wir haben Vergangenheit. Wir bilden Zukunft!® 🥍

Dein Bildungserlebnis am
Campus Regenstauf:
Weiterbildung in den Bereichen
Technik & Industrie, Wirtschaft & Handel

Jetzt durchstarten, z.B. als angehender

- Staatlich geprüfter Techniker
- Staatlich geprüfter Hotelbetriebswirt
- Küchenmeister IHK

oder Hotel & Gastro

und vieles mehr!



INFOTAG

1x im Monat, 10 Uhr am Campus Regenstauf

Infos und Anmeldung unter 09402 502-484 oder lisa.uebelacker@eckert-schulen.de

die EU de<mark>mokra</mark>tisch gen<mark>ug</mark> nnen wir mitbestimmen?



ist migrationspoli tischer Sprecher der Grünen im Europaparlament. Als Fotogra reiste er entlang der Fluchtrouten zudem nahm er an Rettungseinsätzen

im Mittelmeer teil.

Oft fragen mich Bürgerinnen und Bürger, ob es in der Europäischen Union ausreichend demokratisch zugeht. Die Skepsis gegenüber der EU ist bei denen oft größer, die weniger Informationen über die EU haben, 96 Prozent der Deutschen haben laut Eurobarometer vom Europäischen Parlament gehört, 87 Prozent von der Europäischen Kommission. doch nur 62 Prozent vom Rat der Europäischen Union.

Wenn man nun fragt, was die Aufgaben dieser Institutionen sind, dann fühlen sich leider noch zu wenige Menschen in Europa gut darüber informiert.

Die EU besteht aus 27 Staaten Da jeder einzelne Mitgliedstaat oder Steuerpolitik, wehren und eine gemeinsame EU-Politik dafür verhindern kann, sind die Entscheidungsprozesse in der EU etwas komplizierter als im | Mühsam Kompromisse finden Bundestag und auch schwerer zu Als Abgeordnete des Europäi-

scheidungsprozesse oft weit weg Gesetze nicht ohne Konsultatiund in den Medien ist nicht ge- on mit den Mitgliedstaaten vornug Raum, um über alle EU-Ent-

der Eindruck, es ginge in Brüss

Wahlen zum Parlament

Die wichtigste Grundlage demokratischer Strukturen sind freie und -Bürger dürfen mitwählen. teten in Europa ein. Aber wenn Diese Bedingung ist also erfüllt Regierungen wie in

gerechter wäre, in allen Ländern muss sich erst der

tritt, kann jede Wählerin und je- wir eigene Gesetze einbringen der Wähler nur Abgeordnete aus könnten und nicht dem eigenen Staat wählen. So wurde ich als einer von 96 deut- und der EU-Kommiss über 700 Abgeordnete aus allen

schen Parlaments können wir schließen. alistische Europäischen Rat, dem Gremium der Interessen sames Interesse im Kompromiss zu finden.

Ein Beispiel: Ich setze mich ropawahlen wird das Europäi- als flüchtlingspolitischer Spresche Parlament gewählt und alle cher meiner Fraktion für eine hteten auf-In Österreich und Malta nehmen wollen und alles tun, en Mitgliedstaaten chen, in Deutschland erst ab 18 | zu verhindern, kann man das sen. Dazu ropäische

> U könnte wenn sie ament dem Europäischen Parlament einräumt. toll, wenn chen Rats ion warten

Einfluss der Lobbyisten

Einer der häufigsten Vorwürfe an die EU ist, dass in Brüssel in Wirklichkeit die Lobbyisten die Macht haben. Es stimmt, dass es viele Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter in Brüssel gibt, doch ihr Einfluss wird oft überschätzt. Ich persönlich bekomme viele Einladungen. von denen ich nur die wenigsten annehmen will. Es ist aber auch nicht grundsätzlich schlecht, dass es Interessenvertretungen gegenüber den Parlamenten gibt, sie sollten nur transparent und sauber arbeiten. Der Lobbyismus in der EU wird viel strenger kontrolliert als beim Bundestag in Berlin. Im Europäischen Parlament müssen alle Abgeordneten die Treffen mit Lobbyisten dokumentieren und online so eintragen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sehen, wer sich wann mit wem getroffen hat.

Kooperation vs. Alleingänge

Es gibt an manchen Stellen noch Demokratiedefizite in der EU. Es deutet aber nichts darauf hin, dass es ohne die EU besser oder demokratischer wäre. Natürlich ist es manchmal anstrengend wenn Menschen aus 27 Staaten gemeinsam nach Lösungen suchen und dabei unterschiedliche Ideen und Interessen vertreten Aber es ist besser, als wenn sie auf sich gestellt sind.

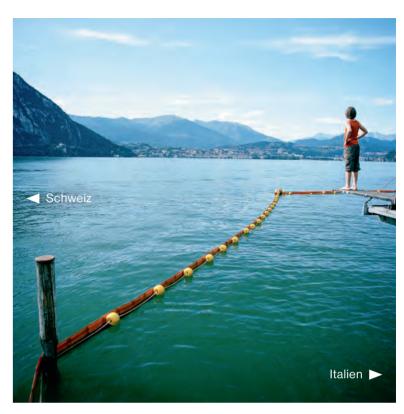
Gerade in Zeiten einer wachsenden Globalisierung und zunehmender globaler Herausforderungen, ob nun im Bereich Migration, Klima, Handel oder auch Sicherheit, lassen sich Probleme nicht mehr auf nationaler Ebene lösen. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass Europa noch demokratischer und damit noch besser wird.

99

















Grünes Gold für Europa

Je größer und offener der Markt, desto höher sind die Chancen auf

Gewinn. Für Produkte wie Olivenöl, die nur in bestimmten Regionen hergestellt werden können, gilt das umso mehr. Die EU hat mit ihrem Binnenmarkt dafür die Voraussetzungen geschaffen. Das Beispiel Olivenöl zeigt, wie er funktioniert.

TEXT Frank Buchstein

INFOGRAFIK Sebastian Müller & Natalia Alicja Dziwisch

Anbau & Ernte

Direktzahlungen an Landwirte - der größte Posten im EU-Haushalt

in Milliarden Euro, 2019



Arbeitskräfte in der **Landwirtschaft Italiens**

Verhältnis Festangestellte zu Saisonarbeitern:



Verhältnis inländischer zu ausländischen Saisonarbeitern:



Rund 1 Million ausländische Saisonarbeiter arbeiteten 2018 in Italien Im selben Jahr lebten oder arbeiteten 17 Millionen EU-Bürger in einem anderen FU-L and

Verarbeitung & Verpackung

Anbau & Ernte

In Italien ist der Anbau von zu: Begünstigt durch die freie Wahl angestellt werden dürfen.

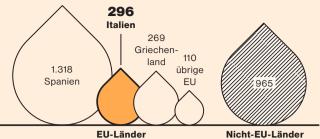
des Arbeitsplatzes kommen jedes Jahr Tausende Erntehelfer aus anderen EU-Ländern wie Rumä-Oliven noch immer in der Hand nien, Bulgarien und Polen zur Ernvieler kleiner Familienbetriebe. Sie tesaison auf die Olivenplantagen. sind vielerorts in Genossenschaf- Sie können flexibel eingesetzt ten verbunden, um vor allem die werden – anders als Gastarbeiter Weiterverarbeitung der geernteten aus Nicht-EU-Ländern, die eine Oliven zu bündeln. Bei der Ernte Arbeitserlaubnis brauchen und geht es inzwischen international nur unter bestimmten Auflagen

Verarbeitung & Verpackung In der EU gelten genaue

Qualitätsstandards für die Herstellung von Olivenöl. Dies soll erhalten. Ist die Qualität nicht gewährleisten, dass Olivenöle nach einheitlichen Normen zu gleichbleibender Qualität erzeugt werden – und der Verbraucher weiß, was er kauft. Den größten Teil machen hochwertige native

Olivenöle aus, die rein durch Pressen, Filtern und Zentrifugieren gewonnen werden. So bleibt der typische Geschmack ausreichend, muss das Öl raffiniert und mit nativem Olivenöl vermischt werden, bevor es als Olivenöl verkauft werden darf So ist der Anreiz groß, hochwer tiges Olivenöl zu produzieren.

Vermarktung & Verkauf



sicherung und Modernisierung.

talienische Erzeugerorganisationen und Branchenverbände für Oliven und Olivenöl pro Jahr von der EU für Vermarktung, Werbung, Qualitäts-

Italien

USA

SUPERMERCATO



bei Bio-Ölen:

Normierte Qualität





Vermarktung

innerhalb der EU gingen in der Saison 2019/20 bislang nach Italien. Allein Spanien exportiert rund ein Viertel **Handelsweg**

46 % der Olivenölexporte

"geschützte Ursprungsbezeichnung" anerkannt ist. Und der Binnenmarkt bietet auch Chancen zur Diversifizierung: Während Italien etwa eher auf hochwertige Olivenöle zu höheren Preisen setzt, bedient der stärker industrialisierte mehrt auch den Massenmarkt

Handelsweg & Vertrieb

der EU

Jahresumsatz

mit Olivenöl

Der Olivenölhandel kann innerhalb der EU auf ein offenes Vertriebsnetz und gewachsene Logistikstrukturen setzen. Olivenöl kann guer durch den EU-Raum frei gehandelt und transportiert werden – ohne Grenzen, Zölle oder Einfuhrbestimmungen. Das

kurbelt den innereuropäischen Handel an. In vielen EU-Ländern gibt es auf Olivenöl spezialisierte Handelsorganisationen, deren Lieferketten von europaweit agierenden Spediteuren bedient werden. Sie alle sind Teil der Dienstleistungsbranche, die zwei Drittel der EU-Wirtschaft und rund 90 Prozent der Arbeitsplätze in der EU ausmachen.

Importeur-Länder von

italienischem Olivenöl

25 % derinden

deten Lebensmittel-

fälschungen betreffen

in tausend Tonnen, Fünfiahres durchschnitt (2014/15 bis 2018/19),

ohne Oliventresteröl

Das ist notwendig, denn anders Olivenölproduzenten.

Abnehmer Olivenöl aus der EU ist ein Exportschlager. Dank der Gemeinsamen Agrarpolitik hat die EU auf dem Weltmarkt eine stärkere Verhandlungsposition und sorgt für bessere Konditionen, als sie ein einzelner Staat bekommen würde.

50 % USA -

10 % Japan —

Außerhalb

der EU

Einkommensgewinn

eines EU-Bürgers pro Jahr

durch den EU-Binnenmarkt

Errechnet anhand der Veränderung des BIP.

in Euro und Preisen des Jahres 2016

1. Luxemburg

9. Deutschland

EU-Durchschnitt

12. Italien

16. Spanien

28. Bulgarien

23. Griechenland

10 % Kanada —

30 % andere —

- 31 % Deutschland

1 1064

840

— 22 % Frankreich

— 10 % Spanien

37 % andere

Innerhalb

der EU

als auf dem EU-Binnenmarkt schränken nationale Interessen und diverse Beschränkungen den Handel ein – wie zuletzt US-Strafzölle auf EU-Waren zeigten, die auch Olivenöl betrafen. Die EU importiert auch Olivenöl aus Nicht-EU-Ländern Dafür gelten strenge Quoten zum Schutz der europäischen

ITALIA



Über die Qualität wachen 47 Olivenöl-Panels, die in Verkostungen die sensorischen Eigenschaften bestimmen. Nur wer hier besteht, darf sein Produkt als "Natives Olivenöl extra", die höchste Kategorie, verkaufen. Die EU-weiten Kontrollen sind nötig: Gepanschte oder falsch deklarierte Olivenöle gehören zu den häufigsten Lebensmittelfälschungen.

& Verkauf Wer in der EU Olivenöl produziert, schaut auf die regionalen Großhandelsbörsen. Dort werden die Preise gemacht, die ihnen die Abfüller zahlen. Die Wettbewerbsbedingungen sind dabei für alle gleich. EU-Verordnungen regeln alles bis ins Detail etwa, was auf dem Etikett einer

Olivenölflasche stehen muss. Dazu beobachtet die EU-Kommission den Olivenölmarkt permanent, und alle Mitgliedstaaten sind zu regelmäßigen Qualitätskontrollen verpflichtet. Bei der Vermarktung kann man neben dem Qualitätsstandard auch mit der Herkunft aus einer traditionsreichen Anbauregion werben. wenn diese von der EU als mit günstigen Ölen.

& Vertrieb

Y - Das Magazin der Bundesweh Spezial 4/2020

Binnenmarkt

Freiheit bringt Wohlstand

- Die EU hat den größten einheitlichen Markt der Welt.
- Diese vier Grundfreiheiten sorgen dafür, dass er funktioniert.

Freier Personenverkehr

Jeder EU-Bürger darf sich frei in der EU bewegen und in jedem Mitgliedstaat wohnen, arbeiten oder lernen.

Die jüngeren Generationen kennen es nicht anders: ohne Visum und Grenzkontrollen quer durch Europa reisen, problemlos im EU-Ausland studieren oder ein paar Jahre in einer europäischen Metropole leben. Auch in einem anderen EU-Land zu arbeiten oder dort ein Unternehmen zu gründ<mark>en, ist</mark> kein Problem - formal werden alle EU-Bürger hier gleichbehandelt.

Freier Warenverkehr

Waren dürfen im zollfreien Raum EU uneingeschränkt gehandelt, verkauft und transportiert werden.

Die nationalen Grenzen sind auch für den Warenverkehr gefallen. Innerhalb der EU gibt es weder Ein- und Ausfuhrzölle noch Mengenbeschränkung durch Quoten oder dergleichen. Gleichzeitig schützen diese Außenhandelsinstrumente für Nicht-EU-Länder, die einheitlich im ganzen EU-Raum gelten, die europäischen Hersteller. Für einen gemeinsamen Warenmarkt mussten vor allem einheitliche Normen und Standards gefunden werden - denn Qualität und Beschaffenheit vieler Produkte waren von Land zu Land verschieden. Dieser Prozess dauert bis heute an.

Freier Dienstleistungsverkehr

Dienstleistungen dürfen EU-weit angeboten und in Anspruch genommen werden.

Wer auf der Suche nach einer Versicherung. einem Handwerker, einem Spediteur oder einem Experten für die nächste Werbekampagne ist, kann sich EU-weit das günstigste Angebot aussuchen. Das stärkt den Wettbewerb und erhöht gleichzeitig für Anbieter von Dienstleistungen die Zahl der potenziellen Kunden – ohne eine Zweigstelle im jeweiligen Land haben zu müssen. Die Freiheit ist aber gleichzeitig Verpflichtung. Denn sie bedeutet auch, dass sich alle an die gleichen Verb<mark>raucherschu</mark>tzund Datenschutzregeln halten müssen.

Freier Kapitalverkehr

Kapital und Wertpapiere sowie andere Finanzdienstleistungen dürfen EU-weit gehandelt werden.

Die Liberalisierung des Kapitalmarkts hat Devisenkontrollen und Beschränkungen im Zahlungsverkehr vergessen gemacht. Banken können länderübergreifend operieren. Das erleichtert zum Beispiel Investitionen in die EU-Wirtschaft und Handelsgeschäfte. Zum Teil wurden Finanzdienstleistungen günstiger oder wie mit dem SEPA-Verfahren für Überweisungen EU-weit harmonisiert. Der freie Kapitalverkehr birgt aber auch Gefahren: Steuerhinterziehung oder Geldwäsche müssen in der EU g<mark>emei</mark>nsam bekämpft werden.



020 Snezial V- Das Magazin der Rundeswehr

Wohlstand

TEXTManuel Kellerbauer & Luigi Malferrari 1

S

So mancher wird bei den Stichworten Gurkenkrümmungsverordnung oder Glühbirnenverbot an die Europäische Union denken. Die Empörung darüber, dass die EU festlegen wolle, wie alles auszusehen und zu funktionieren habe, gehört mittlerweile zum Standardrepertoire jeder namhaften Boulevardzeitung. Auch deutsche Politikerinnen und Politiker können nicht immer der Versuchung widerstehen, Brüssel als Sündenbock für ein Übermaß an Bürokratie auszumachen. Daher lohnt sich ein kleiner Faktencheck. Was ist dran an der Brüsseler "Regulierungswut"?

Anmerkungen

1 Die Autoren sind beim

der Europäischen Kommission in Brüssel

Ansichten wider.

2 Siehe dazu das Urteil

des Europäischen

3 Siehe dazu das Urteil

der Rechtssache C-22/18 – Topfit/Biffi.

tätig. Der Beitrag spie-

Der EU-Binnenmarkt bringt Licht ins Dickicht der nationalen Überregulierung

Wer die Realität der europäischen Integration kennt, wird sich ein Schmunzeln schwer versagen können, wenn Politikerinnen und Politiker der Mitgliedstaaten ein Zuviel an europäischen Regeln beklagen. Schließlich geht es dem EU-Binnenmarkt gerade darum, das Dickicht nationaler Regeln zu lichten, und zwar dort, wo es Bürger und Unternehmen daran hindert, in anderen Mitglieds-

ländern ihr Glück zu versuchen. Die Behörden der Mitgliedstaaten sind oft erstaunlich erfinderisch, solche Hindernisse zu rechtfertigen, während die EU-Behörden nichts unversucht lassen, Beschränkungen der Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit auf das wirklich Notwendige zu begrenzen. Ein typisches Beispiel: Als ein deutscher Lehrer im fortgeschrittenen Alter seine Tätigkeit in Österreich fortführen wollte und dafür sein Beamtendasein an den Nagel hängen musste, knüpften die deutschen Regeln daran den Verlust über Jahrzehnte erworbener Versorgungsansprüche. Ein Verstoß gegen die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die es Unionsbürgerinnen und -bürgern erlaubt, in anderen Mitgliedstaaten tätig zu werden, ohne deshalb ungerechtfertigte Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.²

Das Beispiel verdeutlicht: Die EU arbeitet häufig daran, Überregulierung auf nationaler Ebene zu beseitigen. Seit den 1990er-Jahren profitieren davon auch Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich in anderen Mitgliedsländern aufhalten, ohne Geld verdienen zu wollen. Dies kam jüngst einem Amateursportler zugute, der seit vielen Jahren für einen Berliner Sportklub angetreten war und in seinem Heimatland auf die Möglichkeit verzichtet hatte, an Wettläufen teilzunehmen. Der Deutsche Leichtathletik-Verband wollte ihn aufgrund seiner Staatsangehörigkeit von der Teilnahme an Meisterschaften ausschließen, sah sich aber durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs dazu veranlasst, diesen pauschalen Ausschluss von Personen aus anderen Mitgliedsländern zu überdenken.³

Von Kinderspielzeug, krummen Gurken und Glühbirnen

Natürlich gibt es sie, die viel gescholtene EU-Regulierung. Seit jeher geht es um einheitliche Standards, die den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern sollen. Dabei orientiert man sich gerade nicht am Mitgliedstaat mit den anspruchslosesten Vorschriften, sondern will ein hohes Schutzniveau für Sicherheit, Gesundheit und Umwelt erreichen. So gelten etwa nach der EU-Spielzeug-Richtlinie scharfe Kontrollpflichten für Hersteller und Importeure im Hinblick auf die Sicherheit von Spielzeug. 4 Ein Schnellinformationssystem sieht Meldepflichten vor, um gefährliches Spielzeug so schnell wie möglich aus dem Verkehr zu ziehen. Wenn man von diesen Regeln nichts in der Presse hört, dann kann dies als gutes Zeichen verstanden werden: Sie erfüllen ihren Zweck anscheinend.

Kein gutes Zeichen ist es dagegen, wenn EU-Vorschriften über krumme Gurken das öffentliche Meinungsbild prägen. Gemeint ist eine Verordnung zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken, 5 die unter anderem bestimmte, welche maximale Krümmung eine Gurke der Handelsklasse "Extra" aufweisen durfte und daher für Spötter bald als "Gurkenkrümmungsverordnung" gefundenes Fressen wurde. Dabei waren krumme Gurken natürlich weiter erlaubt. Obwohl die Autoren dieses Beitrags keine ausgewiesenen Gurken (krümmungs)experten sind, erscheint es ihnen, als ließen sich Gründe für diese Regel 6 anführen: Gerade Gurken passen in gleicher Stückzahl in standardisierte Kartons und ermöglichen transparente Gewinnspannen pro verkaufter Einheit. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Regel ist allerdings längst hinfällig:

Auf Vorschlag der Kommission wurde die "Gurkenkrümmungsverordnung" bereits 2009 abgeschafft, interessanterweise gegen den Widerstand einer Vielzahl von Mitgliedstaaten und des deutschen Handels.

EU-Kritiker haben sich dadurch allerdings nicht davon abhalten lassen, die Verordnung weiter zur Zielscheibe ihres Ärgers zu machen. 7

Heutzutage verfolgen Regeln auf EU-Ebene vielfach Ziele, die über die rein wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten hinausreichen. Es gilt Probleme zu bewältigen, mit denen einzelne Staaten überfordert wären. Im Kampf gegen die Finanzierung von Terrorismus hat die EU etwa strenge Regeln gegen Geldwäsche erlassen. Vor dem Hintergrund des drohenden Klimawandels wurden herkömmliche Glühbirnen in der EU seit 2009 schrittweise verboten, um Millionen Tonnen unnötige CO₂-Emissionen zu vermeiden.

Anmerkungen

- 4 Siehe die Richtlinie 2009/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über die Sicherheit von Spielzeug.
- 5 Siehe die Verordnung Nr. 1677/88/EWG der Kommission vom 15. Juni 1988 zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken
- 6 Überraschenderweise soll die Gurkenkrümmungsregelung keine Erfindung der Brüsseler Bürokratie sein, sondern auf eine preußische Regelung zum Verbraucherschutz zurückgehen. Siehe hierzu Claus Mayrs Beitrag "Wehrt euch gegen blanken Unsinn!", abrufbar unter: www.euractiv.de/section/prioritatender-eu-fur-2020/news/wehrt-euch-gegenblanken-unsinn
- 7 So zum Beispiel Hans Magnus Enzensberger in seinem Buch "Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas", Suhrkamp 2011.

112 Y- Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 Spezial Y- Das Magazin der Bundeswehr 113

Wohlstand

Und das Schengener Informationssystem und der Europäische Haftbefehl unterstützen die Sicherheitsbehörden bei der Prävention, Fahndung und Ahndung von Straftaten.

Zu viel des Guten oder Edmund Stoiber als Mr. Red Tape

Anmerkungen

8 Mein Fazit nach sieben

Arbeit ist positiv: Wir

als ich selbst erwartet

IP/14/1116 vom

14. Oktober 2014.

9 In einem Vergleich mit

politik der EU im Jahr 2018 als eine der besten

ples-2019-apr-15_de

EU-Parlamentarierinnen

und -Parlamentariern

wird in Deutschland

10 Die größte Anzahl von

Wo eine Vielzahl gut gemeinter Regeln aufeinandertreffen, kann es für diejenigen, die sie befolgen müssen, auch einmal zu viel des Guten werden. Seit geraumer Zeit hat die EU daher dem Red Tape, also der übertriebenen oder unsinnigen Bürokratie, den Kampf angesagt. Niemand Geringerer als der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber zog 2007 als Vorsitzender der "Hochrangigen Gruppe im Bereich Verwaltungslasten" nach Brüssel, um den Überregulierern das Fürchten zu lehren. Als er 2014 voller Zufriedenheit über die erreichten Erfolge in den Freistaat zurückkehrte, 8 ging in Brüssel das Ringen mit der Überregulierung in die nächste Runde. Ein regulatorisches Tauglichkeitsund Leistungsprogramm (REFIT) schreibt vor, wie neue Vorschriften mit den Betroffenen beraten und durch Folgeabschätzungen auf Herz und Nieren geprüft werden müssen, um die Belastung für Unternehmen und Bürger möglichst zu begrenzen. In einem Online-Portalkönnen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder Verbände Gesetze melden, die ihrer Ansicht nach über ihr Ziel hinausschießen oder gar überflüssig sind. Dafür gab es schon so manches Lob. 9

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schlug sogar den Grundsatz des "one in – one out" vor, wonach neue Vorschriften nur dann erlassen werden sollen, wenn sie zugleich Entlastungen vorsehen. Nicht alle sind

von diesem Vorschlag begeistert. "Des einen Leid, des anderen Freud" gilt nämlich auch beim Regulieren. Wer beispielsweise in der "Tagesschau" die deutsche Autoindustrie über die "ausufernde EU-Umweltgesetzgebung" lamentieren hört, ahnt bereits, dass wenig später die Umweltverbände ins Bild kommen werden, um über die "völlig unzureichende EU-Umweltgesetzgebung" zu klagen. Dies wirft die Frage auf, wer denn nun eigentlich über das richtige Maß an Regulierung in der EU zu entscheiden hat.

Und wer entscheidet?

Mittlerweile ist allgemein bekannt, dass wichtige Regeln auf europäischer Ebene von Vertreterinnen und Vertretern der nationalen Regierungen im Rat der EU unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments erlassen werden. Das heißt: Sowohl die deutsche Regierung als auch die in Deutschland gewählten Abgeordneten im Europaparlament sind beteiligt, wenn diese Vorschriften entstehen – und zwar mit erheblichem Einfluss. 10

Weniger bedeutsame Durchführungsregeln können von der Kommission erlassen werden, aber nur, nachdem die Mitgliedstaaten ihre Kontrolle oder Entscheidungsrechte ausgeübt haben. Es sind demnach nicht die Beamtinnen und Beamten der Kommission, sondern die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten sowie direkt gewählte EU-Parlamentarierinnen und -parlamentarier, die beim Regulieren das Sagen haben.

Was manche nicht wissen: An der Rechtsetzung auf EU-Ebene sind überdies die Parlamente der Mitgliedstaaten und teils auch die Bürgerinnen und Bürger selbst beteiligt. Die nationalen Parlamente werden zu Gesetzgebungsvorschlägen der EU angehört und überprüfen dann unter anderem, ob diese mit dem Grundsatz der Subsidiarität vereinbar sind. In den meisten Bereichen darf die EU nämlich nur dann handeln, wenn ihr Tätigwerden wirksamer ist als nationale, regionale oder lokale Maßnahmen. Und die Parlamente der Mitgliedstaaten können der Kommission die "Gelbe Karte" zeigen, wenn sie der Meinung sind, dass Regeln besser auf Ebene der Mitgliedstaaten getroffen werden sollten. ¹¹

Schließlich kann eine Gruppe von mindestens einer Million EU-Bürgerinnen und -Bürgern die Kommission

auffordern, Rechtsvorschriften vorzuschlagen. So hat zum Beispiel eine Bürgerinitiative einen verbesserten Zugang zu sauberem Trinkwasser für alle Menschen in Europa gefordert. Dies hat die Kommission zu einem entsprechenden Gesetzgebungsvorhaben veranlasst. 12 Mit dem Erlass dieser Regeln durch Rat der EU und EU-Parlament ist in absehbarer Zeit zu rechnen. Dann gibt es wieder mehr Regeln auf EU-Ebene - auf ausdrücklichen Wunsch von Unionsbürgerinnen und -bürgern, die in der Boulevardpresse wohl weiterhin Klagen über die "Brüsseler Überregulierung" vernehmen werden.

Anmerkungen

- Parlamente mit einem
 Drittel der ihnen zugewiesenen Stimmen
 Zweifel anmelden, wird dies auch als "Gelbe Karte" bezeichnet.
 Dann ist die Kommission aufgeten.
- 12 Informationen zur europäischen Bürgerinitiative "Right2Water" und den anschließenden Kommissionsvorschlag finden sich unter: https://ec.europa.eu/ commission/presscorner/detail/de/IP 18 429

Anzeige



#WirfürdieBundeswehr

Unterstützung auch in Ausnahmesituationen

Unsere Streitkräfte leisten einen hervorragenden Dienst. Mit größtem persönlichem Einsatz meistern sie Tag für Tag neue Herausforderungen.

Wir als BWI unterstützen die Bundeswehr dabei. Gemeinsam setzen wir herausfordernde und zukunftsweisende Projekte um und tun alles dafür, dass die IT-Systeme stabil und sicher laufen – selbst in Ausnahmesituationen. Und wenn es darauf ankommt, die Bundeswehr für die Erfüllung ihres Auftrags schnell mit neuen Systemen zu unterstützen: Wir stehen bereit.

Auch in Zukunft unterstützen wir die Streitkräfte mit unseren bewährten IT-Leistungen – damit unsere Soldaten, Soldatinnen und zivilen Angestellten auch weiterhin ihr Bestes geben können. #WirfürdieBundeswehr

@BWI_IT 🕑

/BWIITfuerDeutschland (f

www.bwi.de/news-blog 🔞

/bwi-gmbh (in)

www.bwi.de

114 Y-Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020

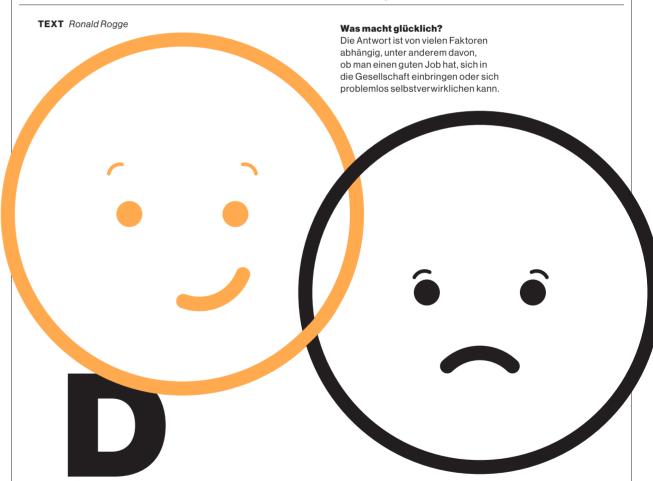


n: Sozialpolitik S. 117 • Faire Löhne und Arbeitsbedingungen S. 118 • World Happiness Report der UN S. 118 Unterstützung ärmerer Regionen S. 119 • Fonds für Umwelt, Landwirtschaft und Fischerei S. 121

Gerechtigkeit

Europa ist für die Menschen da

- Gleiche Chancen und Wohlstand für alle will die EU erreichen.
- Mit viel Geld fördert sie Länder und Projekte.



Der beste Freund macht Stress, die Kollegen streiten und die Liebe will auch nicht so recht: Ob man sich gut oder schlecht fühlt, wird von persönlichen Erlebnissen wie diesen bestimmt. Doch bei Weitem nicht nur. Auch der Staat – und in | wichtig, um ein zufriedenes Le-

unserem Fall zudem die Europäische Union - trägt zum Wohlbefinden bei. Schließlich sind beispielsweise ein funktionierender Arbeitsmarkt und Regelungen, die vor Benachteiligungen schützen,

ben zu führen. Die EU unterstützt daher ihre Mitgliedstaaten jährlich mit vielen Milliarden Euro und erarbeitet Standards und Regelungen, um das Lebensniveau aller Bürgerinnen und Bürger zu halten oder sogar zu verbessern.

Dafür gibt es wichtige Dienstleistungen und Bereiche, die viele Menschen brauchen. Dazu zählen die öffentliche Infrastruktur, die öffentliche Sicherheit, ein Mindestmaß an sozialer Absicherung und ein ausreichendes Einkommen bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit. In diesen Bereichen übernehmen oder fördern die einzelnen Staaten mit öffentlichem Geld.

Auch wenn in der EU in erster Linie die Einzelstaaten für die Sozialpolitik verantwortlich sind, ist Brüssel trotzdem auf diesem Gebiet aktiv. So hat die EU sozialpolitische Mindeststandards festgelegt, die in allen Mitgliedstaaten gelten. Denn viele Punkte lassen sich nur für alle gemeinsam verbindlich regeln, etwa die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt. Dass Frauen seit 2001 in der Bundeswehr dienen dürfen. ist nur durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs möglich geworden, der streng auf die Einhaltung solcher Regelungen achtet.

Fairer Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen

Arbeitsschutz und die Verhinderung von Lohndumping sind ebenfalls Teile der EU-Sozial politikund von EU-Regelungen. Innerhalb der Union gibt es zwischen Mitgliedstaaten und Regionen erhebliche Lohngefälle. Eine Lohnstunde kostet in Deutschland im Schnitt 35,40 Euro, während sie in Bulgarien für rund vier Euro zu haben ist. Sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grenzüberschreitend in einer Region mit viel höherem Lohnniveau tätig und würden dort nicht den gleichen Lohn wie Einheimische bekommen, käme es zu Wettbewerbsverzerrungen. Der bulgarische Altenpfleger muss deshalb in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn oder

Wohlstand Der World Happiness Report wird jährlich von den Vereinten Nationen veröffentlicht. Er enthält Ranglisten zur Lebenszufriedenheit weltweit und basiert auf der Auswertung zahlreicher Daten. Maximalpunktzahl: 10.000 HAPPINESS-INDEX 7.353 IN DER EU Stand 2020 6.022 5.950 6.215 7.449 6.186 7.076 6.864 6.911 7.238 6.281 Am un-glücklichsten: 6.000 7.294 6.664 6.124 6.363 5.505 5.102 6.401 5.911 6.387 5.515 6.159 6.773

4/2020 Spezia

Tariflohn bekommen wie seine deutschen Kolleginnen und Kollegen auch. Dafür sorgt die europäische Entsenderichtlinie. So bleibt es auch für Einheimische fair, denn sie können nicht durch Marktmechanismen am Ende auf das bulgarische Lohnniveau gedrückt werden.

Auch die EU-Arbeitszeitverordnung ist Teil der Sozialpolitik der Union. Um die Gesundheit und die Sicherheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu schützen, müssen entsprechende Gesetze der Mitgliedstaaten EU-weiten Standards genügen. Dazu zählt die Begrenzung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit auf maximal 48 Stunden, vier Wochen bezahlter Mindestjahresurlaub und verbindliche Ruhepausen und -zeiten. Die EU-Arbeitszeitverordnung wird auch in der Bundeswehr umgesetzt.

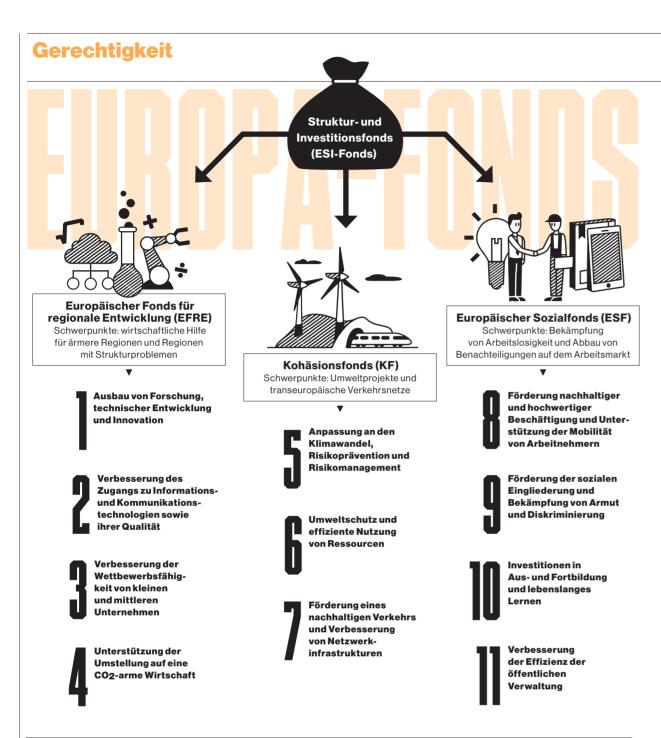
Ärmere Regionen werden besonders unterstützt

Die EU-Sozialpolitik will mehr, als nur den gesetzlichen Rahmen stecken. Sie hat auch das Ziel, eine Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren Regionen zu organisieren, ungleiche wirtschaftliche Entwicklungen auszugleichen und annähernd gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Den Bürgerinnen und Bürgern soll so geholfen werden, in ihrer Region Arbeit zu finden und ein besseres Leben zu führen.

Auch Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz fördert die EU. Bei der Entwicklung von schlecht entwickelten Gebieten nimmt sie eine zentrale Stellung ein. Wichtigstes Mittel Brüssels dafür sind die Strukturund Investitionsfonds, kurz ESI-Fonds. Dafür standen in den letzten sechs Jahren rund eine

Y - Das Magazin der Bundes

Wohlstand Wohlstand



halbe Billion Euro zur Verfügung. Grundsätzlich gilt bei der Mittelvergabe, dass sich die Mitgliedstaaten an jedem Projekt mit eigenen Geldern beteiligen müssen. Die EU legt je nach Fonds bis zu 80 Prozent obendrauf.

Auch Deutschland profitiert davon. Rund 28 Milliarden Euro hat die Bundesrepublik in der För-

derperiode 2014 bis 2020 erhalten. Das Geld ist in verschiedene ESI-Fonds aufgeteilt, die unterschiedliche Förderschwerpunkte

Dabei reicht die Förderung von kleinen Einzelbetrieben, wie der Entwicklung von besseren Blutpumpen für Säuglinge in Berlin, bis hin zur Unterstützung von städtischen Infrastrukturprojekten, wie dem Energieberg Georgswerder in Hamburg mit rund vier Millionen Euro. Dort wird eine Mülldepound finanziell unterstützt werden. | nie in ein Informationszentrum

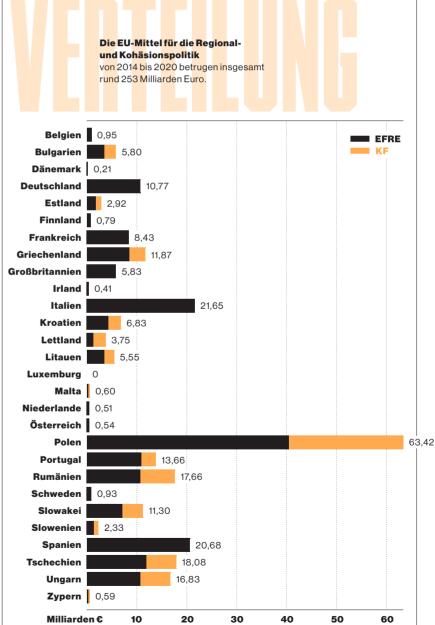
Zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zählen neben den drei Fonds auf der linken Seite noch der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF)

für ökologische Zukunftsfragen umgewandelt. Insgesamt erhält Deutschland rund elf Milliarden Euro in der aktuellen Förderperiode aus dem EFRE.

Der zweite große Fonds ist der Europäische Sozialfonds (ESF). Mit den Geldern aus diesem Fonds soll in der EU ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau erreicht werden. Dazu wird in die Qualität der Arbeitsplätze und in Bildungsmaßnahmen investiert. Der Fonds existiert bereits seit mehr als 60 Jahren. Deutschland hat 7,5 Milliarden Euro für den Zeitraum 2014 bis 2020 aus dem Fonds erhalten. Mit diesem Geld wurden unter anderem rund 700.000 Beschäftigte, 450.000 Arbeitslose und 260.000 Langzeitarbeitslose unterstützt. Die Liste der Projekte ist lang. Das Programm "Jobstarter plus" fördert beispielsweise kleine und mittlere Unternehmen, die ihr Ausbildungsangebot für Berufsanfängerinnen und -anfänger erweitern wollen.

Umwelt, Landwirtschaft und Fischerei

Daneben gibt es noch drei weitere Fonds im Bereich der Sozialpolitik. Die Landwirtschaft Deutschlands erhielt 2014 bis 2020 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) rund 9,5 Milliarden Euro für die nachhaltige Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen. Fischereibetriebe werden mit Geldern aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) unterstützt, um auf eine nachhaltige Fischerei umzustellen. Dazu werden Küstenregionen gefördert, Arbeitsplätze abseits des Fischfangs zu schaffen. Deutschland bekam dafür 220 Millionen Euro in den letzten sechs Jahren. Der Kohäsionsfonds (KF) ist ein großes Investitionsprogramm in den Bereichen Umwelt und transeuropäische Verkehrswege mit über 60 Milliarden Euro. Er fördert nur Maßnahmen in EU-Mitgliedstaaten, deren Pro-Kopf-Einkommen unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Dies sind im Wesentlichen die Mitgliedstaaten Osteuropas. Einige der genannten Maßnahmen wirken sich nur indirekt auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger aus, doch dass sie in ihrer Gesamtheit einen positiven Effekt haben, zeigt ein Blick in den World Happiness Report der Vereinten Nationen. Unter den glücklichsten Ländern der Welt befinden sich auffallend viele Mitglieder der EU.



haben. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll die regionalen Ungleichheiten abbauen, indem benachteiligte Wirtschaftsräume strukturell

120 121 Y - Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020 4/2020 Spezial Y-Das Magazin der Bundeswehr

Outro Wede Keine

Die Politik der Europäischen Union prägt auch die Bundeswehr – nicht immer zur Freude ihrer Angehörigen. Teilweise machen die neuen Impulse die Truppe aber besser und stärker.

TEXT Stefan Klein

5

So stellt sich die militärische Landkarte der Europäischen Union auch nach bald 70 Jahren Gemeinschaft dar: 27 Länder, 27 Armeen. Zwar hatten auf dem Gipfeltreffen von Bratislava vom September 2016 die teilnehmenden EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen, im Bereich externe Sicherheit und Verteidigung ihre Zusammenarbeit zu verstärken. Doch ist es weiterhin Sache der einzelnen Staaten, geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit zu treffen und Entscheidungen über die Organisation ihrer Streitkräfte zu erlassen. Trotzdem wirken sich die Beschlüsse und Regelungen der EU auf die einzelnen Armeen aus, und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs haben auch einschneidende Folgen für die Bundeswehr.

Soldatinnen sind mittlerweile in allen Bereichen vertreten

"Der Fall Tanja Kreil gegen die Bundesrepublik Deutschland hat Wehrrechtsgeschichte geschrieben und die deutsche Politik alt aussehen lassen", sagt Patrick Heinemann, Wehrrechtsexperte und Major der Reserve. Die Elektronikerin Kreil klagte Ende der 1990er-Jahre auf Einstellung in die Bundeswehr als Waffenelektronikerin vor dem Verwaltungsgericht. Damals wurden noch keine Frauen für den aktiven Militärdienst bei der Bundeswehr eingestellt. Ausnahmen bildeten lediglich der Sanitäts- und der Militärmusikdienst. Doch die Europäische Gemeinschaft hatte >

Foto: Alamy Stock Foto/Supa

Spezial 4/2020

Outro Outro

bereits 1976 eine entsprechende | politischen Willen, unsere Wehrver-Gleichstellungsrichtlinie erlassen. Im Gegensatz zu Verordnungen gelten Richtlinien aber nicht grundsätzlich unmittelbar, sie müssen erst von den nationalen Regierungen in geltendes Recht umgesetzt werden. Doch im Grundgesetz Artikel 12a hieß es damals noch: "Frauen dürfen auf keinen Fall Dienst an der Waffe leisten." Dies sei rechtswidrig, befand der Europäische Gerichtshof und entschied im Januar 2000, dass auch Frauen in der Bundeswehr zum Dienst an der Waffe zuzulassen seien.

Die Bundeswehr hat sich mittlerweile gegenüber Frauen als Soldatinnen völlig geöffnet. Das zeigt auch der "Fünfte Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Soldatinnenund Soldatengleichstellungsgesetz" des Verteidigungsministeriums, der im Januar dem Bundestag vorgelegt wurde. "Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass im Berichtszeitraum erneut wichtige Schritte gemacht wurden, um den Dienst in den Streitkräften gerade für Soldatinnen noch attraktiver zu gestalten", so das Fazit. Der Anteil der Soldatinnen habe sich von 2015 bis 2018 in allen Bereichen "kontinuierlich und messbar erhöht". Frauen streben vor allem Führungsverantwortung an: Zuletzt stellten sie etwa jede dritte Bewerbung für die Laufbahn der Offiziere.

Das freut die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Eva Högl: ..Wir brauchen den weiblichen Einfluss in der Bundeswehr, und Soldatinnen sind heute in allen Truppenteilen selbstverständlich." Obwohl Ausnahmen für spezielle Kampfeinheiten im Urteil des Europäischen Gerichtshofs zugelassen wurden, steht Frauen in der Bundeswehr auch der Weg dorthin offen. Und er wurde und wird genutzt. Lediglich bei den Kampfschwimmern gibt es noch keine Soldatinnen. Heinemann ist mit dem Erreichten noch nicht zufrieden: "Bis heute fehlt es am | satz 1 Nr. 1 des Soldatengesetzes (SG)

fassung komplett geschlechtergerecht zugestalten." Erweist daraufhin, dass die allgemeine Wehrpflicht, seit 2011 für Friedenszeiten ausgesetzt, weiterhin nur für Männer gilt.

Erstmals wurde eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit festgelegt

Eine weitere Richtlinie der Europäischen Union ist 2016 mit der Einführung der Arbeitszeitverordnung für Soldatinnen und Soldaten in nationales Recht umgesetzt worden. Die Verordnung dient vor allem dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit der Soldatinnen und Soldaten. In der neuen Soldatenarbeitszeitverordnung wurden die Besonderheiten der Streitkräfte, die sich aus den militärischen Aufträgen und Einsätzen ergeben, mit den Vorgaben der EU-Arbeitszeitrichtlinie verbunden. Für den Grundbetrieb der Streitkräfte gilt erstmals in der Geschichte der Bundeswehr eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 41 Stunden ohne Pausen. Ausnahmen gibt es zum Beispiel bei militärischen Einsätzen, Naturkatastrophen und humanitären Hilfsdiensten. Heinemann meint dazu: "So wollte der Gesetzgeber die Attraktivität der Bundeswehr steigern und zugleich die Vorgaben der EU-Arbeitszeitrichtlinie umsetzen." Wehrbeauftragte Högl wird bei ihren Truppenbesuchen auf das Thema angesprochen. "Gerade junge Soldaten und Soldatinnen wollen Familie und Dienst miteinander verbinden", sagt sie, "dafür ist eine geregelte Arbeitszeit Voraussetzung."

Eine Grundfrage ist weiter offen: Sollen Bürgerinnen und Bürger aus Mitgliedstaaten der EU in der Bundeswehr dienen dürfen? Oder gilt weiterhin das Wort des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst, wonach nur die Bürger eines Landes die geborenen Verteidiger desselben sind? Paragraf 37 Ab-

"Wir brauchen den weiblichen **Einfluss in der Bundeswehr**, und Soldatinnen sind heute in allen Truppenteilen selbstverständlich." Eva Högl, Wehrbeauftragte

besagt, dass die deutsche Staatsbürgerschaft Voraussetzung für die Berufung von Zeit- und Berufssoldaten ist. Bereits Absatz 2 eröffnet aber die Möglichkeit, in Ausnahmefällen von dieser Bestimmung abzuweichen. Schon heute dient ein rumänischer Staatsangehöriger als Sanitätsoffizier in der Bundeswehr. Mit einer Anpassung des Soldatengesetzes könnte Deutschland also seine Streitkräfte für Nichtdeutsche öffnen - solange verfassungsrechtlich nichts dagegen spricht. "Dies muss der Regelfall werden", fordert Högl. Auch Heinemann kann sich das als Jurist und Soldat vorstellen: "Traditionell gilt das Militär als starker, wenn nicht stärkster Ausdruck nationaler Souveränität. Der Wehrdienst von Ausländern muss das nicht infrage stellen, wie etwa das Beispiel der Fremdenlegion in Frankreich oder der Gurkhas im Vereinigten Königreich zeigt." Doch er hat auch Bedenken: "Im Fall der Bundeswehr wird man sich iedoch kaum vorstellen können, separate Verbände für EU-Ausländer aufzustellen", so Heinemann, "Geht es hier um ein europäisches Projekt oder sollen die Akzeptanz- und Attraktivitätsprobleme des Soldatenberufs in Deutschland kaschiert werden?" Högl sagt dazu: "Es darf nicht sein, dass Soldatinnen oder Soldaten aus anderen EU-Ländern quasi als Erntehelfer geholt werden, um Personallücken hierzulande zu schließen."

Die vollständige Überwindung des militärischen Nationalismus könnte wohl allenfalls eine europäische Armee bringen, wie sie in den 1950er-Jahren beinahe Realität geworden wäre. Dafür müsste von Scharnhorsts Satz nur ein wenig geändert werden: Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind die geborenen Verteidiger derselben.





Die Europäische Union setzt sich für Frieden, Freiheit und Wohlstand ein. Sich für diese Ziele stark zu machen und sie zu unterstützen, steht uns allen frei.

TEXT Sylvia Börner

Bei Dienstantritt schwören die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen". Deutschland beteiligt sich gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes an der Verwirklichung eines vereinten Europas und kann Hoheitsrechte an die EU übertragen. Bedeutet das, dass Angehörige der Truppe auch die EU befürworten müssen?

Gemäß Paragraf 6 des Soldatengesetzes haben Soldaten als Staatsbürger in Uniform das Recht auf freie Meinungsäußerung. Kritik ist erlaubt, wenn sie Grundentscheidungen nicht infrage stellt und sachlich, besonnen und tolerant geäußert wird. Das gilt natürlich auch für Kritik an der EU. Die Grundpflicht der Soldatinnen und Soldaten, der Bundesrepublik treu zu dienen und in diesem Zusammenhang auch in EU-Einsätze zu gehen, bleibt davon unberührt. Ebenso wie die Pflicht, für die freiheitlichen Werte Deutschlands und Europas stets aktiv einzustehen.

Impressum

Herausgeber Bundesministerium der Verteidigung, Presse- und Informationsstab. Stauffenbergstraße 18. 10785 Berlin

Vertrieb Anteil Öffentlichkeitsarbeit

ment der Bundeswehr II 1.4 Vertrieb: Brühler Straße 309, 50968 Köln, bapersbwll14vertrieb@bundeswehr.org

Verteilung innerhalb der

Regelungsmanagement der Bundeswehr Mediendisposition: GM Freiherr-von-Gersdorff-Kaserne, Kommerner Straße 188, 53879 Euskirchen, 02251/953-3747, Bundeswehrkennzahl: 3461, SKAMediendisposition@ bundeswehr om

Redaktionsanschrift Zentrum Informationsarbeit Bundeswehr, Redaktion der Bundeswehr/

YeRedaktion, Reinhardtstraße 52, 10117 Berlin, Bundeswehrkennzahl: 8841, zivile Einwahl: 030/886228-Durchwahl redaktionbwy-magazin@bundeswehr.org

Redaktionssekretariat

-2131, Fax: -2065, redaktionbweingang@ bundeswehr.org

Leiter Redaktion der Bundesweh Obersti.G. Roman Grunwald, redaktionbwleiter@bundeswehr.org

Chefin vom Dienst Y & Leitende Redaktion Y (komm.)

Sylvia Börner (SYB), -2411, cvd@v-magazin.de

Redaktion Florian Stöhr (FS), -2412, florian.stoehr@y-magazin.de

Bildredaktion Andrea Bienert, -2660; Andrea Wöhrmann, -2665,

Schlussredaktion Frank Buchstein schlussredaktion@y-magazin.de

Verlegerische Betreuung, Gestaltung und Produktion

C3 Creative Code and Content Gmbl Heiligegeistkirchplatz 1, 10178 Berlin, info@c3 co

Projektmanagement Tanja Klebsch

Textredaktion Sebastian Blum, Senior
Editor (BLU); Michael Schulz, Editor (MIS)

Gestaltung Michael Pfötsch, Senior Art Director, Mareike Bongen, Art Director, Marje Saathoff, Information Designer, Diana Brkovic, Information Designer, Sebastian Müller, Information Designer, Natalia Alicja Dziwisch, Information Designer

Mitwirkender Bildredakteur

Aboverwaltung Im Auftrag von C3 Creative Code and Content GmbH: FAZIT Communication GmbH, c/o InTime Media Services GmbH, Postfach 1363, 82034 Deisenhofen, 089/85853-832, fazit-com@ intime-media-services.de

Bezugspreis Jahresabonnement 22,20 € inkl. MwSt. und Versandkoste Bundeswehrangehörige, Reservister Schüler, Auszubildende, Studenten und Ruheständler erhalten mit Nachweis 15 Prozent Rabatt.

Erscheinungsweise Mindestens sechs Ausgaben im Jahr

Anzeigenleitung und -verwaltung Veit Medienvermarktung, Brahmsweg 7, 14532 Kleinmachnow, 033203/899836

Anzeigenverkauf Presse- und Werbeagentur Hans Bratsch, Siegwartstraße 3 89081 Ulm, 0731/6106-26, info@bw-zeitungen-bratsch.de,

Druck Dierichs Druck + Media GmbH & Co. KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel, www.ddm.de

www.bw-zeitungen-bratsch.de

Auflage 31.000

Leserbriefe Bei Veröffentlichungen von Leserbriefen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor leserbriefe@y-magazin.de

Hinwels Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach schriftlicher Zustimmung seitens der Redaktion und mit Quellenanaben erlaubt.

Redaktionsschluss Ausgabe Nr. 4/2020: 2. Juli 2020 ADG BUSINESS SCHOOL



DIENSTZEITINTEGRIERT STUDIEREN

48 Präsenztage + Selbststudium + Praxistransfer

Bachelor (B.A.)

StudyCheck.de

General Management

Finance

Digital Innovation

Vertrieb & Marketing

Handel

Hotellerie

Master (M.Sc.)

General Management

Banking & Finance

Digital Innovation & Business

Transformation

0.00

Studienstarts:

Bachelor 01.05./01.11.

Master 01.06./01.12.



Studienstandorte:

Hannover Berlin Dortmund Montabaur Stuttgart München

JETZT INFORMIEREN:

www.adg-business-school.de/bachelor-informieren www.adg-business-school.de/master-informieren Tel. 02602 14-209

FACHWISSEN & KOMPETENZ: Dank Management-Studium an der ADG Business School direkt von der Bundeswehr in die Wirtschaft

Ausscheidende und ehemalige Soldaten stehen mit Ende ihrer Dienstzeit bei der Arbeitgebersuche vor besonderen Herausforderungen. Gewohnt festgelegte und vielfach fremdbestimmte Strukturen weichen der Flexibilität und den Anforderungen der freien Wirtschaft.

Ein Studium an der ADG Business School ermöglicht es bereits vor dem Wechsel, Management-Theorie mit Praxisanwendung zu verbinden und sich für neue Karrierewege zu qualifizieren. Und das in Kombination von flexiblem Selbststudium und dienstzeitfreundlichem Präsenzstudium mit insgesamt 48 Präsenztagen.

Als eine School der Steinbeis-Hochschule (Fakultät Business & Economics) bietet die ADG Business School dienstzeitintegrierte Studiengänge mit Branchenfokus im Bachelor und Master an. Alle Studienangebote sind staatlich anerkannt & akkreditiert – der Studienaufbau garantiert, dass die Studierenden überall und zu jeder Zeit an ihrer akademischen Qualifizierung arbeiten können.



Marcel Saur, ehemaliger Bundeswehroffizier, hat den Wechsel in die freie Wirtschaft erfolgreich geschafft. Der Bereichsleiter im Kreditgeschäft einer regionalen Volksbank sieht sein Studium hierfür als wesentlich an: "Als ehemaliger Soldat der Bundeswehr stand auch ich damals vor der spannenden Herausforderung, in die zivile Wirtschaft zu wechseln. Das ManagementStudium war damals meine Eintrittskarte für die Führungs-Ebene der Bank."

Nutzen Sie die individuelle Studienberatung sowie die speziellen Zugangs- und Anrechnungsmöglichkeiten:

ADG Business School an der Steinbeis-Hochschule | Schloss Montabaur | 56410 Montabaur

studienberatung@adg-businessschool.de | Tel. 02602 14-209 www.adg-business-school.de

Kostenfreie Info-Webinare: Termine und Anmeldung unter

www.adg-business-school.de/bachelor-webinare

www.adg-business-school.de/ master-webinare

ÜBERZEUGENDE GRÜNDE:

- dienstzeitintegriert zum staatl anerkannten & akkreditierten Studienabschluss
- Kombination aus Selbststudium + Präsenzstudium (nur 48 Präsenztage) + Transfer
- BWL-Foundation & branchenfokussierte Spezialisierung
- kleine Klassen & familiäre Atmosphäre
- renommierte Professoren & Lehrbeauftragte aus der Praxis
- Zulassung zum Bachelor auch ohne Abitur möglich
- attraktive Anerkennungen von Vorleistungen (z.B. Fach-/ Betriebswirt)
- "Lebenslanges Lernrecht": kostenfreie Wiederholung aller Studienmodule auch nach dem Abschluss
- Studieren an der "Beliebtesten Hochschule Deutschlands 2020" (Platz 1 beim Study-Check-Award 2020)

Y – Das Magazin der Bundeswehr Spezial 4/2020



Qualitativ hochwertige Funktionsschuhe sowie -bekleidung für JOB & FREIZEIT!

